

# **Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR) 2018**

KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG



# **KRAVAG-LOGISTIC**

## **Versicherungs-Aktiengesellschaft**

Heidenkampsweg 102, 20097 Hamburg, Telefon 040 236060  
Eingetragen beim Amtsgericht Hamburg, HRB 76536, gegründet 1999

### **Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR)**

Stichtag: 31.12.2018



## INHALT

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b> .....	<b>4</b>
<b>A GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS</b> .....	<b>7</b>
A.1 Geschäftstätigkeit .....	7
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis .....	9
A.3 Anlageergebnis .....	11
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten .....	13
A.5 Sonstige Angaben .....	14
<b>B GOVERNANCE-SYSTEM</b> .....	<b>15</b>
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System .....	15
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit .....	24
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung .....	27
B.4 Internes Kontrollsystem .....	32
B.5 Funktion der internen Revision .....	33
B.6 Versicherungsmathematische Funktion .....	33
B.7 Outsourcing .....	34
B.8 Bewertung des Governance-Systems .....	35
B.9 Sonstige Angaben .....	36
<b>C RISIKOPROFIL</b> .....	<b>37</b>
C.1 Versicherungstechnisches Risiko .....	37
C.2 Marktrisiko .....	40
C.3 Kreditrisiko .....	44
C.4 Liquiditätsrisiko .....	45
C.5 Operationelles Risiko .....	45
C.6 Andere wesentliche Risiken .....	46
C.7 Sonstige Angaben .....	46
<b>D BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE</b> .....	<b>47</b>
D.1 Vermögenswerte .....	48
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen .....	54
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten .....	62
D.4 Alternative Bewertungsmethoden .....	64
D.5 Sonstige Angaben .....	68

<b>E</b>	<b>KAPITALMANAGEMENT .....</b>	<b>69</b>
<b>F</b>	<b>.....</b>	<b>69</b>
F.1	Eigenmittel .....	69
F.2	Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung.....	72
F.3	Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung .....	73
F.4	Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen .....	74
F.5	Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung .....	74
F.6	Sonstige Angaben.....	74
<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....</b>		<b>75</b>

Aus rechnerischen Gründen können Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben) auftreten

## Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht stellt die Solvabilitäts- und Finanzlage der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG zum 31. Dezember 2018 dar. Er dient der Offenlegung von qualitativen und quantitativen Informationen gemäß Solvency II gegenüber der Öffentlichkeit.

Die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG gehört als Unternehmen von R+V der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken an. Sie hat ein Beitragsvolumen in Höhe von 893.927 TEuro.

Im gewerblichen Güterverkehr ist die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG als Spezialversicherer seit Jahren der unangefochtene Marktführer. Firmenkunden schätzen individuelle Deckungskonzepte und die umfangreiche Unterstützung bei Schadenprävention beziehungsweise -bearbeitung. Auch durch die schnelle Reaktion auf aktuelle Herausforderungen punktet die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG.

Das Versicherungsprogramm umfasst das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft, wobei sie primär in den Versicherungszweigen Kraftfahrt und Transport vertreten ist. In geringem Umfang wird auch das übernommene Versicherungsgeschäft betrieben. Das Geschäftsgebiet umfasst das In- und Ausland. Die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG betreibt eine Niederlassung in Österreich.

Ein Asset-Liability-Management sorgt dafür, dass jederzeit Informationen für eine effiziente Unternehmensleitung vorliegen. Das Asset-Liability-Management ist Element der verabschiedeten und jährlich zu aktualisierenden Risikostrategie der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den

Versicherungsverträgen. Hierzu verfolgt die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG eine auf langfristige Stabilität ausgerichtete Unternehmenspolitik. Ein Kernelement ist die Anlagepolitik, die darauf abzielt, durch Nutzung von Diversifikationseffekten eine hohe Stabilität der bilanziellen Ergebnisbeiträge aus Kapitalanlagen zu gewährleisten.

### Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

Kapitel A des vorliegenden Berichts erläutert die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG. Im Berichtszeitraum erzielte die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG ein versicherungstechnisches Bruttoergebnis von 10.250 TEuro (2017: - 4.955 TEuro). Das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Zuführung zur Schwankungsrückstellung betrug 2.661 TEuro (2017: - 41.255 TEuro). Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von 3.410 TEuro (2017: - 18.139 TEuro).

Die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 40.962 TEuro. Das Kapitalanlageergebnis liegt 2018 unter dem Vorjahrwert. Diese Entwicklung ist auf den einmaligen Sondereffekt der zum 01.01.2018 in Kraft getretenen Neuregelungen des Investmentsteuerreformgesetzes zurückzuführen. So wurden 2017 die in früheren Jahren thesaurierten aber bereits versteuerten Investorerträge ausgeschüttet, um zeitnah eine steuerentlastende Wirkung zu erzielen. Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 4.038 TEuro ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 36.924 TEuro (2017: 42.695 TEuro). Aus dem Saldo der Zu- und Abschreibungen sowie den Abgangsgewinnen und -verlusten resultierte ein außerordentliches Ergebnis von - 3.671 TEuro (2017: 1.234 TEuro). Das Netto-

ergebnis aus Kapitalanlagen, als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses, belief sich damit für das Geschäftsjahr 2018 aufgrund des dargestellten Sondereffektes auf 33.254 TEuro (2017: 43.929 TEuro). Die Nettoverzinsung lag bei 2,9 % (2017: 4,0 %).

Der Saldo aus den Sonstigen Erträgen und Aufwendungen betrug - 8.286 TEuro (2017: - 2.935 TEuro).

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit belief sich auf 28.213 TEuro (2017: 22.694 TEuro). Unter Berücksichtigung eines Steueraufwands von 14.497 TEuro (2017: 3.225 TEuro) ergab sich ein Jahresüberschuss von 13.717 TEuro (2017: 19.468 TEuro).

### **Governance-System**

Kapitel B erläutert das solide und vorsichtige Management des Geschäfts der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG. Die Gesellschaft verfügt über ein angemessenes und wirksames Governance-System. Das Risikomanagement ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und der Governance-Struktur. Es baut auf der vom Vorstand verabschiedeten Risikostrategie auf, die eng mit der Geschäftsstrategie verzahnt ist. Die Governance-Struktur umfasst die drei miteinander verbundenen und in das Kontroll- und Überwachungssystem integrierten Funktionen der operativen Risikosteuerung, der Risikoüberwachung und der internen Revision. Aufgaben der Risikoüberwachung werden durch die Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion und versicherungsmathematische Funktion wahrgenommen.

### **Risikoprofil**

Das Risikoprofil der Gesellschaft wird in Kapitel C beschrieben und quantifiziert. Es wird aufgezeigt, wie Risikominderungstechniken eingesetzt werden und wie mögliche Stress-Szenarien auf das Unternehmen wirken könnten. Das Risikoprofil der

KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG ist in erster Linie durch Marktrisiken und Nichtlebensversicherungstechnische Risiken geprägt. Die Ergebnisse der durchgeführten Stresstests zeigen keine wesentliche Änderung in der Bedeckung, so dass die Risikotragfähigkeit auch unter diesen Szenarien ausreichend sichergestellt ist.

Das Management des versicherungstechnischen Risikos unterliegt der Zielsetzung des Vorhaltens eines breit diversifizierten Produktportfolios sowie der Weiterentwicklung bestehender und der Konzeption neuer, innovativer Produkte.

Eine gezielte Risikoselektion erfolgt mittels Zeichnungsrichtlinien auf Einzelrisikoebene. Prämien sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen so kalkuliert, dass die eingenommenen Prämien zur Deckung der zukünftig anfallenden Schäden und Kosten ausreichen. Kumul- und große Einzelrisiken werden durch Rückversicherungsverträge begrenzt.

Aus den Kapitalanlagen resultieren insbesondere Zins-, Spread- und Aktienrisiken. Versicherungsunternehmen sind verpflichtet, sämtliche Vermögenswerte so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt werden. Die von der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG eingegangenen Marktrisiken spiegeln die im Rahmen der Strategischen Asset Allokation unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit und der langfristigen Ertragsanforderungen entwickelte Portfoliostruktur der Kapitalanlagen wider.

### **Bewertung für Solvabilitätszwecke**

In Kapitel D werden die in der Solvabilitätsübersicht auszuweisenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dargestellt sowie die für diese Zwecke verwendeten Bewertungsansätze und -verfahren beschrieben. Die Solvabilitätsübersicht zeigt auf, inwieweit die Verpflichtungen, die das Versi-

cherungsunternehmen eingegangen ist, unter gewissen Risikoannahmen durch die Vermögenswerte bedeckt sind. In der Solvabilitätsübersicht sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit Marktwerten oder marktkonsistent zu bewerten.

Unterschiede zwischen der Bilanz gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und der ökonomischen Solvabilitätsübersicht begründen sich im Wesentlichen durch ausweistechnische Unterschiede sowie durch abweichende Bewertungsmethoden. Beispiele für wesentliche Unterschiede sind hierbei stille Reserven oder Lasten bei der handelsrechtlichen Bewertung der Kapitalanlagen und die nach HGB vorsichtige Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Bewertung von Investmentfonds sowie der Ausweis von einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen.

### **Kapitalmanagement**

In Kapitel E werden die Eigenmittel der Gesellschaft und die Solvenzkapitalanforderungen sowie die daraus resultierenden Bedeckungsquoten dargestellt.

Die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG verfügte zum 31. Dezember 2018 über Eigenmittel in Höhe von insgesamt 779.208 TEuro.

Die Eigenmittel setzten sich zum Stichtag aus 2.000 TEuro Grundkapital, der Kapitalrücklage gemäß § 272 VAG in Höhe von 90.777 TEuro sowie der Ausgleichsrücklage in Höhe von 686.431 TEuro zusammen. Zum Stichtag wurden die gesamten Eigenmittel der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG als Tier 1 klassifiziert.

Die Eigenmittel stellen im Wesentlichen den Überschuss der Vermögenswerte der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG über ihre Verbindlichkeiten dar und stehen zur Verfügung, um erhöhte Verpflichtungen aufgrund des Eintritts von Risiken zu bedecken.

Bei der Berechnung dieses Solvenzkapitalbedarfs werden alle quantifizierbaren Risiken sowie deren Abhängigkeiten untereinander berücksichtigt. Das Sicherheitsniveau bei dieser Berechnung beträgt 99,5 %.

Die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG verfügte zum Stichtag über ausreichend Eigenmittel, um sowohl die Mindestkapitalanforderung (MCR) in Höhe von 107.102 TEuro als auch den Solvenzkapitalbedarf (SCR) in Höhe von 283.011 TEuro zu decken. Zum 31. Dezember 2018 ergaben sich damit Bedeckungsquoten von 728 % (MCR) beziehungsweise 275 % (SCR). Dabei hat die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG keine genehmigungspflichtigen Instrumente wie Übergangsmaßnahmen oder Volatilitätsanpassungen in ihren Berechnungen angesetzt.

Die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG wird innerhalb der R+V-Gruppe auch weiterhin die sich ergebenden Marktchancen nutzen. Hierzu wurde gruppenweit das Programm „Wachstum durch Wandel“ aufgelegt. Auch in Zukunft steht dabei die langfristige Solidität und Stabilität des Unternehmens im Mittelpunkt der Strategie.

# A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

## A.1 Geschäftstätigkeit

### Rechtsform und Konzernzugehörigkeit

Die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft (KL), Hamburg, ist als Unternehmen des R+V Konzerns, Wiesbaden, als Mitglied der Genossenschaftlichen FinanzGruppe und der KRAVAG-Versicherungsgruppe, Hamburg, der Spezialversicherer des deutschen gewerblichen Güterkraftverkehrs.

Die Anteile der KL werden zu 49,0 % von der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG (KS), einschließlich der Anteile der Straßenverkehrsgenossenschaften, sowie zu 51,0 % von der R+V KOMPOSIT Holding GmbH gehalten. Die R+V KOMPOSIT Holding GmbH wiederum ist eine 100 %ige Tochter der R+V Versicherung AG (RVV). Die RVV fungiert als Obergesellschaft des R+V Konzerns.

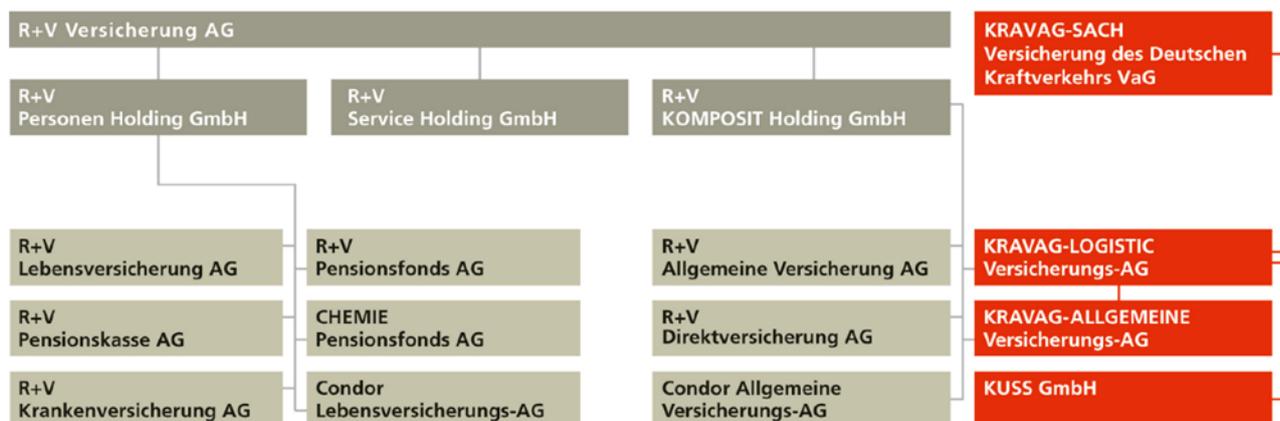
### HALTER QUALIFIZIERTER BETEILIGUNGEN

	Anteil am Kapital in %
R+V KOMPOSIT Holding GmbH, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden	51,0%
KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG, 20997 Hamburg	48,7%
9 Straßenverkehrsgenossenschaften, jeweils unter 1 %	0,3%

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt. Der R+V Konzern wird geführt wie ein einheitliches Unternehmen.

Die einheitliche Leitung des R+V Konzerns findet ihren Niederschlag darüber hinaus in den zwischen den Gesellschaften abgeschlossenen umfangreichen internen Ausgliederungsvereinbarungen.

Das nachfolgende Schaubild zeigt die R+V Gruppe. Diese setzt sich zusammen aus dem R+V Konzern sowie den Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit.



Die KL hält per 31. Dezember 2018 folgende Anteile an verbundenen Unternehmen:

NAME UND SITZ DER GESELLSCHAFT	
	Anteil am Kapital in %
KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs- Aktiengesellschaft, Hamburg	49,0%
KRAVAG Umweltschutz und Sicherheitstechnik GmbH, Hamburg	100,0%
Infrastructure Debt TF2, Luxemburg	1,0%

## Geschäftsbereiche und Regionen

Das Versicherungsprogramm der KL umfasst das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft, wobei sie primär in den Versicherungszweigen Kraftfahrt und Transport tätig ist. In geringem Umfang wird auch das übernommene Versicherungsgeschäft betrieben. Das Geschäftsgebiet umfasst das In- und Ausland. Die KL betreibt eine Niederlassung in Österreich.

Die KL verzeichnete im Berichtsjahr über alle Geschäftsbereiche gebuchte Bruttobeiträge von 893.927 TEuro, die sich per 31. Dezember 2018 wie folgt auf die wesentlichen Geschäftsbereiche verteilen:

GESCHÄFTSBEREICH	
	Anteile in %
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	55,4%
Sonstige Kraftfahrtversicherung	25,6%
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	19,0%
<b>Summe</b>	<b>100,0%</b>

## Finanzaufsicht und externer Abschlussprüfer

Das Unternehmen und die R+V Gruppe unterliegen mit ihren vielfältigen Aktivitäten im Versicherungs-

geschäft und im Asset Management einer umfassenden Regulierung und Überwachung. Die Beaufsichtigung obliegt der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf der Grundlage des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht  
Graurheindorfer Straße 108  
53117 Bonn

Postfach 1253  
53002 Bonn

Fon: 0228 / 4108 – 0

Fax: 0228 / 4108 – 1550

E-Mail: [poststelle@bafin.de](mailto:poststelle@bafin.de)

De-Mail: [poststelle@bafin.de-mail.de](mailto:poststelle@bafin.de-mail.de)

Außerdem ist das Unternehmen als Teil des DZ BANK Finanzkonglomerats in die Beaufsichtigung des Finanzkonglomerats nach Maßgabe der aktuell geltenden gesetzlichen Vorschriften einbezogen. Der Koordinator für die Aufsicht des Finanzkonglomerats ist die Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main.

Der für das Unternehmen und die R+V Gruppe zuständige Abschlussprüfer ist die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mergenthalerallee 3-5, 65760 Eschborn. Sie war erstmals für die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2012 verantwortlich. Auch die im SFCR enthaltene Solvabilitätsübersicht unterliegt nach § 35 Absatz 2 VAG der Prüfung durch den Abschlussprüfer.

## Wesentliche Entwicklungen mit Einfluss auf die Geschäftsentwicklung

Bereits Anfang 2017 startete R+V das Programm „Wachstum durch Wandel“, das die starke Marktposition von R+V festigt. Zu den Eckpunkten des Strategieprogramms zählen die nachhaltige Sicherung ertragreichen Wachstums, die Weiterentwicklung

des Vertriebs und der starken R+V Kultur sowie die verstärkte Fokussierung auf die Kundenbelange. Die zukunftsfähige Ausrichtung wird durch Maßnahmen zur Digitalisierung vorangetrieben, die von Angeboten für Kunden und Vertriebspartner bis hin zur Bearbeitung von Kundenanliegen ein breites Spektrum umfassen.

## A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

### Versicherungstechnisches Ergebnis im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum erzielte die KL ein versicherungstechnisches Bruttoergebnis von 10.250 TEuro (2017: - 4.955 TEuro). Das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Zuführung zur Schwankungsrückstellung betrug 2.661 TEuro (2017: - 41.255 TEuro). Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von 3.410 TEuro (2017: - 18.139 TEuro).

Im Folgenden werden die wesentlichen Größen, gebuchte Bruttobeiträge, die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive der Schadenregulierungskosten (SRK) sowie die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb, dargestellt.

## VERSICHERUNGSTECHNISCHE ERGEBNISGRÖßEN (BRUTTO)

	2018			2017		
	Gebuchte Beiträge	Aufwendungen für Versicherungsfälle inklusive SRK	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	Gebuchte Beiträge	Aufwendungen für Versicherungsfälle inklusive SRK	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	495.265	464.406	60.954	469.447	452.734	58.080
Sonstige Kraftfahrtversicherung	228.545	148.878	34.021	217.615	139.452	32.294
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	170.117	111.536	45.276	163.882	111.272	44.226
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen	0	3.783	0	0	1.600	0
<b>Gesamt</b>	<b>893.927</b>	<b>728.604</b>	<b>140.251</b>	<b>850.944</b>	<b>705.057</b>	<b>134.599</b>

Die KL erzielte im Berichtsjahr über alle Geschäftsbereiche hinweg eine Steigerung der gebuchten Bruttobeiträge um 5,1 % gegenüber dem Vorjahr auf 893.927 TEuro (2017: 850.944 TEuro). Infolge des Bestandswachstums erhöhten sich die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten um 3,3 % auf 728.604 TEuro (2017: 705.057 TEuro). Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 140.251 TEuro (2017: 134.599 TEuro).

Als größter Geschäftsbereich trugen die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung mit 55,4 % (2017: 55,1 %), gefolgt von der Sonstigen Kraftfahrtversicherung mit 25,6 % (2017: 25,6 %) und der See-, Luftfahrt- und Transportversicherung mit 19,0 % (2017: 19,3 %) zu den gebuchten Bruttobeiträgen bei.

In den Geschäftsbereichen **Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung** und **Sonstige Kraftfahrtversicherung** stiegen die gebuchten Bruttobeiträge aufgrund von höheren Vertragsstückzahlen und Beitragsanpassungen gegenüber dem Vorjahr um 5,3 % an.

Infolge des Bestandswachstums erhöhte sich der Geschäftsjahresschadenaufwand. Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten stiegen um 3,6 % auf 613.285 TEuro (2017: 592.186 TEuro).

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 94.975 TEuro (2017: 90.373 TEuro).

Auch im Geschäftsbereich **See-, Luftfahrt- und Transportversicherung** konnte ein Zuwachs der Beitragseinnahmen um 3,8 % erzielt werden, resultierend insbesondere aus einem Bestandswachstum.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten in Höhe von 111.536 TEuro verblieben nahezu auf Vorjahresniveau (2017: 111.272 TEuro).

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 45.276 TEuro (2017: 44.226 TEuro).

Die KL betreibt in geringem Umfang Auslandsgeschäft, das jedoch keinen wesentlichen Anteil darstellt. Zum Stichtag 31. Dezember 2018 verteilten

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	B Governance-System	C Risikoprofil	D Bewertung für Solvabilitätszwecke	E Kapitalmanagement
Anlageergebnis				

sich die gebuchten Bruttobeiträge, die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten und die Bruttoaufwendungen

für den Versicherungsbetrieb wie folgt auf die Länder:

IN- UND AUSLANDSGESCHÄFT (BRUTTO)				
	2018		2017	
	Inland	Österreich	Inland	Österreich
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Gebuchte Beiträge	893.214	713	850.396	548
Aufwendungen für Versicherungsfälle inklusive SRK	728.220	383	704.862	195
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	139.938	312	134.328	271

### A.3 Anlageergebnis

#### Anlageergebnis im Geschäftsjahr

Das Kapitalanlageergebnis (HGB) setzt sich aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis zusammen. Das ordentliche Ergebnis umfasst auf der Ertragsseite Zins-, Dividenden- und Mieteinnahmen und wird auf der Aufwandsseite insbesondere um die Verwaltungskosten, Depotgebühren und die planmäßigen Immobilienabschreibungen vermindert. Im außerordentlichen Ergebnis werden Gewinne und Verluste aus Abgängen von Kapitalanlagen sowie Abschreibungen aufgrund von Wertminderungen sowie Zuschreibungen aufgrund von Wertaufholungen saldiert. Nachstehende Tabelle zeigt die verschiedenen Quellen des Anlageergebnisses:

ANLAGEERGEBNIS IM GESCHÄFTSJAHR		
	2018	2017
	in TEuro	in TEuro
Ordentliche Erträge	40.962	45.338
Ordentliche Aufwendungen	4.038	2.643
Abgangsgewinne	2.235	1.335
Abgangsverluste	27	30
Zuschreibungen	69	659
Abschreibungen	5.948	731
<b>Summe</b>	<b>33.254</b>	<b>43.929</b>

Die KL erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 40.962 TEuro. Das Kapitalanlageergebnis liegt 2018 unter dem Vorjahrwert. Diese Entwicklung ist auf den einmaligen Sondereffekt der zum 01.01.2018 in Kraft getretenen Neuregelungen des Investmentsteuerreformgesetzes zurückzuführen. So wurden 2017 die in früheren Jahren thesaurierten aber bereits versteuerten Investmenterträge ausgeschüttet, um zeitnah eine steuerentlastende Wirkung zu erzielen. Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 4.038 TEuro ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 36.924 TEuro (2017: 42.695 TEuro).

Bei den Kapitalanlagen der KL ergaben sich Abschreibungen von 5.948 TEuro. Aufgrund von Wertaufholungen wurden 69 TEuro zugeschrieben. Durch Veräußerungen von Vermögenswerten erzielte die KL Abgangsgewinne von 2.235 TEuro sowie Abgangsverluste von 27 TEuro. Aus dem Saldo der Zu- und Abschreibungen sowie den Abgangsgewinnen und -verlusten resultierte ein außerordentliches Ergebnis von - 3.671 TEuro (2017: 1.234 TEuro).

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses, belief sich für das Geschäftsjahr 2018 aufgrund des dargestellten Sondereffektes auf 33.254 TEuro (2017: 43.929 TEuro). Die Nettoverzinsung lag bei 2,9 % (2017: 4,0 %).

In der folgenden Tabelle ist die Aufschlüsselung der verschiedenen Ertrags- und Aufwandsquellen nach Vermögenswertklassen dargestellt:

#### ERTRAGS- UND AUFWANDSQUELLEN NACH VERMÖGENSWERTKLASSEN

	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Abgangsgewinne	Abgangsverluste	Zuschreibungen	Abschreibungen
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Derivatives	1.762	2.657	0	0	0	0
Government Bonds	4.888	92	47	0	0	0
Corporate Bonds	12.425	227	1.431	24	0	0
Equity	0	12	0	0	0	0
Investment Funds Collective Investment Undertakings	18.257	206	0	2	69	5.381
Structured notes	1.632	17	0	0	0	567
Collateralised securities	81	2	0	1	0	0
Cash and deposits	10	20	0	0	0	0
Mortgages and loans	4	0	0	0	0	0
Property	1.904	804	757	0	0	0
Other Investments	0	0	0	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>40.962</b>	<b>4.038</b>	<b>2.235</b>	<b>27</b>	<b>69</b>	<b>5.948</b>

Die Verteilung der ordentlichen Kapitalanlageerträge von 40.962 TEuro auf die einzelnen Vermögenswertklassen verdeutlicht die hohe Gewichtung der Anlagen in Zinsträgern. So wiesen die Positionen Corporate Bonds, Mortgages and Loans sowie Government Bonds einen Gesamtertrag von 17.317 TEuro auf. Die Position Investment Funds Collective Investment Undertakings mit einem ordentlichen Ertrag von 18.257 TEuro umfasste Rentenanlagen im Fondsbestand sowie die in Fonds gehaltenen Substanzwerte der Anlageklassen Aktien und Immobilien.

Die ordentlichen Aufwendungen aus Kapitalanlagen wurden insbesondere durch Kosten der Vermögensverwaltung, bilanzielle Rückstellungen, planmäßige Abschreibungen sowie Depotgebühren geprägt. Mit 2.657 TEuro hatte die Position Derivatives den höchsten Anteil an den Aufwendungen im Geschäftsjahr 2018. Der zweithöchste Aufwandsposten stammte mit 804 TEuro aus der Vermögenswertklasse Property. Darin sind die planmäßigen Immobilienabschreibungen in Höhe von 774 TEuro enthalten.

Abgangsgewinne und Abgangsverluste entstehen durch Handelsaktivitäten im Zuge der Portfoliosteuer-

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	B Governance-System	C Risikoprofil	D Bewertung für Solvabilitätszwecke	E Kapitalmanagement
Entwicklung sonstiger Tätigkeiten				

erung und -optimierung. Abgangsgewinne und -verluste gab es hauptsächlich in der Vermögenswertklasse Corporate Bonds.

Die Zuschreibungen in Höhe von 69 TEuro resultierten ausschließlich aus Investment Funds Collective Investment Undertakings. Diese Vermögenswertklasse hat auch der größte Anteil an den im Jahr 2018 vorgenommenen Abschreibungen.

Die Gesellschaft erstellt den Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB). Daher werden Gewinne und Verluste aus Kapitalanlagen nicht direkt im Eigenkapital erfasst.

Das Verbriefungsportfolio der KL bestand zum Berichtsstichtag vollständig aus Collateralized Debt Obligations. Der beizulegende Zeitwert belief sich auf 7.709 TEuro. Die zugrundeliegenden Forderungen stammten überwiegend aus Europa (95,1 %). Der Rest stammte aus den Vereinigten Staaten. Zum 31. Dezember 2018 entfiel das gesamte Exposure auf die beiden höchsten Ratingklassen (AAA und AA). In der Risikomessung werden Verbriefungen im Spreadrisiko berücksichtigt. Die Kapitalanforderung hierfür ergibt sich mithilfe eines Faktoransatzes

auf Grundlage des relevanten Kreditvolumens. Die Höhe des Stressfaktors wird durch das Titel-Rating und die modifizierte Duration der Anlage bestimmt.

## A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

### Sonstiges Ergebnis

Im sonstigen Ergebnis werden bei der KL überwiegend Erträge und Aufwendungen aus erbrachten Dienstleistungen innerhalb der R+V Gruppe sowie unter der Position Übrige Aufwendungen ein erstmals erhobener Gewinnzuschlag für von Konzernunternehmen erhaltene Dienstleistungen ausgewiesen. Des Weiteren sind Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes enthalten.

SONSTIGES ERGEBNIS		
	2018	2017
	in TEuro	in TEuro
<b>Sonstige nichtversicherungstechnische Erträge</b>	<b>5.364</b>	<b>4.046</b>
Erträge aus Dienstleistungen	4.371	3.658
Übrige	992	388
<b>Sonstige nichtversicherungstechnische Aufwendungen</b>	<b>13.650</b>	<b>6.981</b>
Aufwendungen aus Dienstleistungen	4.428	3.717
Aufwendungen für das VU als Ganzes	3.306	2.818
Übrige	5.916	445
<b>Sonstiges Ergebnis</b>	<b>-8.286</b>	<b>-2.935</b>

### Geschäftsergebnis

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit belief sich auf 28.213 TEuro (2017: 22.694 TEuro). Unter Berücksichtigung eines Steueraufwands von 14.497

TEuro (2017: 3.225 TEuro) ergab sich ein Jahresüberschuss von 13.717 TEuro (2017: 19.468 TEuro).

### Operating-Leasing-Verträge

Die KL ist Leasingnehmer bei Verträgen für Büro- und Geschäftsräume. Im Bereich der Anmietung von Büro- und Geschäftsräumen bestehen grundsätzlich Verlängerungsoptionen.

Leasinggeber ist die KL grundsätzlich bei standardisierten gewerblichen Mietverträgen im Immobilienbereich.

### Finanzierungs-Leasing-Verträge

Finanzierungs-Leasing-Verträge lagen zum Stichtag 31. Dezember 2018 nicht vor.

## A.5 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum sind keine weiteren Vorgänge zu verzeichnen, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KL von Bedeutung sind.

## B Governance-System

### B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

#### Vorstand

Dem Vorstand der KL gehören die folgenden Mitglieder an:

**Dr. Edgar Martin – Vorsitzender**

Ressort Vorstandsvorsitz

**Michael Busch**

Ressorts Transport/Verkehrshaftung/Multicover

**Jan Dirk Dallmer**

Ressorts Finanzen/Kraftfahrt

**Heinz-Jürgen Kallerhoff**

Ressort Vertrieb und Marketing (bis 30.09.2018)

**Jens Hasselbächer**

Ressort Vertrieb und Marketing (seit 01.10.2018)

Die KL ist Teil der R+V Gruppe und in das gesamte Governance- und Steuerungssystem der R+V Gruppe integriert. Die Geschäftsorganisation der R+V Gruppe wird von vier ineinandergreifenden Grundsätzen geprägt

- Einheitliche Leitung bei R+V
- Horizontale und vertikale Delegation
- Steuerung nach Ressorts
- Organisation nach dem Gedanken des Gemeinschaftsbetriebs

Die R+V-Gesellschaften werden wie ein einheitliches Unternehmen geführt. Die R+V Versicherung AG ist die leitende Konzern- bzw. Gruppenobergesellschaft. Sie koordiniert die Zusammenarbeit bei R+V. Alle wesentlichen strategischen und operativen Entscheidungen werden – im Rahmen der ge-

sellschaftsrechtlichen Zulässigkeit – durch den Vorstand der R+V Versicherung AG getroffen und durch die Tochtergesellschaften umgesetzt. Die einheitliche Leitung wird auch durch die personelle Besetzung der Vorstände und Aufsichtsräte der R+V-Gesellschaften sichergestellt. Die Vorstände der größeren R+V-Gesellschaften setzen sich ganz oder teilweise aus Vorstandsmitgliedern der R+V Versicherung AG zusammen. Der Vorstandsvorsitzende der R+V Versicherung AG ist zudem regelmäßig Aufsichtsratsvorsitzender ihrer größeren Tochtergesellschaften. Die einheitliche Leitung wird darüber hinaus durch die bestehenden Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträge gewährleistet. Der Organisationsgrundsatz der einheitlichen Leitung ist zudem auch in die Geschäftsordnungen der Vorstände der R+V-Gesellschaften eingeflossen.

Die Verteilung der Verantwortlichkeiten erfolgt nach dem Prinzip der horizontalen und vertikalen Delegation. Auf Ebene des Vorstands der R+V Versicherung AG erfolgt eine horizontale Zuordnung von Verantwortlichkeiten durch die Zuweisung von Ressortzuständigkeiten. Die durch die Ressortzuständigkeit horizontal zugeordneten Kompetenzen werden innerhalb des Ressorts vertikal an Organisationseinheiten bzw. Mitarbeitende zugewiesen, die unmittelbar an das jeweilige Vorstandsmitglied berichten.

R+V stellt hierbei sicher, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten in Einklang mit der Geschäftsstrategie des Unternehmens zugewiesen, abgegrenzt und koordiniert sowie in den Beschreibungen der Aufgaben und Zuständigkeiten wiedergegeben werden. Im Zuge der Zuweisung wird eine Vermeidung von potentiellen Interessenkonflikten gewährleistet. Insbesondere wird dafür Sorge getragen, dass Personen, die für den Aufbau von Risikopositionen zuständig sind, nicht auch mit der Kontrolle dieser Risikopositionen betraut werden. R+V trägt diesen Anforderungen sowohl im Rahmen der horizontalen als auch

im Rahmen der vertikalen Delegation der Verantwortlichkeiten Rechnung. Bereits im Rahmen der horizontalen Delegation wird sichergestellt, dass die risikoinitierenden Ressorts grundsätzlich organisatorisch getrennt von den Mitarbeitern sind, die risikokontrollierende Aufgaben wahrnehmen. Diese organisatorische Funktionstrennung wird unter dem Aspekt der Sachgerechtigkeit aber teilweise durch ressortübergreifend organisierte Aufgabenwahrnehmung mit zentralen und dezentralen Komponenten überlagert, insbesondere bei den zentral / dezentral organisierten Schlüsselfunktionen „Risikomanagement“ und „Compliance“. Soweit risikoinitierende und risikokontrollierende Mitarbeiter innerhalb eines Ressorts tätig sind, wird der Grundsatz der Funktionstrennung durch die Schaffung sonstiger angemessener organisatorischer Rahmenbedingungen sichergestellt, die Interessenkonflikte ausschließen (bspw. Funktionstrennung auf Abteilungsebene oder Ausschluss von Vorbefassung).

Diese horizontale und vertikale Delegationskette wird unter dem Organisationsgedanken des Gemeinschaftsbetriebes ergänzt durch die Ausgliederung und Zentralisierung der Geschäftstätigkeit auf die mitarbeiterführenden Gesellschaften. Die Aufgaben aller Unternehmen sind R+V-intern bei einzelnen Gesellschaften zentralisiert, die diese Tätigkeiten dann als Dienstleister für die anderen R+V-Gesellschaften erbringen. Die Organisation nach dem Gemeinschaftsbetrieb gewährleistet eine klare, transparente Organisationsstruktur und ermöglicht zum Nutzen der Versicherungsnehmer eine effiziente und kostengünstige Wahrnehmung aller Aufgaben.

Die Vorstände und Aufsichtsräte stehen in angemessener Interaktion mit den eingesetzten Ausschüssen, den Schlüsselfunktionen und den anderen Führungskräften des Unternehmens. Diese angemessene Interaktion umfasst vor allem einen Informationsfluss aus allen Bereichen des Unternehmens an den Vorstand. Die regelmäßigen und anlassbezogenen Informationen an den Vorstand werden durch entsprechende Informations- und Beratungspflichten der anderen Stellen sichergestellt. Neben den geforderten

Prozessen zur Übermittlung von Informationen und Berichten aus allen Unternehmensbereichen an die Geschäftsleitung umfasst die angemessene Interaktion auch Prozesse, die sicherstellen, dass die bearbeitenden Stellen über die getroffenen Entscheidungen der Geschäftsleitung informiert werden.

### Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse überwachen die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften fortlaufend, begleiten diese beratend und entscheiden über die vorgelegten zustimmungspflichtigen Geschäfte. Die Überwachungsaufgabe des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses bezieht sich insbesondere auch auf die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie des internen Revisionsystems. Der Aufsichtsrat setzt sich zum Stichtag aus den folgenden Personen zusammen:

**Dr. Norbert Rollinger** – Vorsitzender –  
Vorsitzender des Vorstands, R+V Versicherung AG,  
Direktion, Wiesbaden

**Werner Gockeln** – Stellv. Vorsitzender –  
Geschäftsführender Vorstand der SVG  
Bundes-Zentralgenossenschaft Straßenverkehr eG,  
Frankfurt am Main

**Dr. Christoph Lamby**  
Mitglied des Vorstands, R+V Versicherung AG, Di-  
rektion, Wiesbaden

**Tillmann Lukosch**  
Mitglied des Vorstands, R+V Versicherung AG, Di-  
rektion, Wiesbaden  
(seit 28.06.2018)

**Hans Metzger**  
Geschäftsführer der Metzger Spedition GmbH, Neu-  
Kupfer

## Allgemeine Angaben zum Governance-System

**Marc René Michallet**

Mitglied des Vorstands, R+V Versicherung AG, Direktion, Wiesbaden

**Ortwin Nast**

Vorsitzender der Geschäftsführung (CEO), Hoyer GmbH, Hamburg

**Hans-Dieter Otto**

Inhaber, Spedition Otto, Benneckenstein

**Peter Weiler**

Mitglied des Vorstands, R+V Versicherung AG, Direktion, Wiesbaden  
(bis 21.06.2018)

**Stefan Wurzel**

Geschäftsführer, Erich Wurzel GmbH & Co. KG, Niederlassung Hamburg, Hamburg

Der Aufsichtsrat wird grundsätzlich durch den Vorstand informiert.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Personalausschuss und einen Prüfungsausschuss gebildet.

Die Berichterstattung der Bereichsleiter der internen Revision, des Rechnungswesens, des Konzern-Risikomanagements, der Compliance-Funktion sowie die Berichterstattung des Verantwortlichen Aktuars erfolgt (als ausschließliche oder zusätzliche Berichterstattung) direkt an den Prüfungsausschuss.

### Ausschüsse und Kommissionen des Vorstands

Wesentliches Element der R+V Governance-Struktur sind auch die Konzernausschüsse und -kommissionen. Der Vorstand der R+V Versicherung AG als Gruppenobergesellschaft hat verschiedene Ausschüsse und Kommissionen eingesetzt. Diese sind jeweils mit mindestens einem Mitglied des Vorstands besetzt. Ausschüsse entscheiden für den Vorstand und sind daher mehrheitlich mit Vorstandsmitgliedern besetzt. Kommissionen dienen vorwiegend

der Koordination einer Ressortverantwortlichkeit, die auch andere Ressorts betrifft. Die Leitung der Kommission liegt daher beim jeweils federführenden Ressort. Die Ausschüsse und Kommissionen bereiten Beschlussfassungen des Vorstandes vor. Darüber hinaus berichten sie mindestens jährlich an den Vorstand und stellen somit eine wichtige Informationsquelle des Vorstands im Sinne einer angemessenen Interaktion dar. Die Berichterstattung über die Arbeit der Ausschüsse und Kommissionen obliegt dabei dem jeweiligen Vorsitzenden. Die in den Ausschüssen und Kommissionen vertretenen Vorstandsmitglieder unterrichten ihrerseits die übrigen Ausschuss- bzw. Kommissionsmitglieder. Zuständigkeiten, Zusammensetzung und Verfahrensabläufe der Ausschüsse und Kommissionen sind in ihren Geschäftsordnungen geregelt.

Nachfolgend sind die wesentlichen Ausschüsse und Kommissionen beschrieben:

#### Finanzausschuss

Bestimmte Geschäfte sind aufgrund ihrer Risikorelevanz an den Finanzausschuss zu berichten. Andere Geschäfte bedürfen aufgrund ihrer besonderen Risikorelevanz der Zustimmung des Finanzausschusses. Er steht in der Entscheidungs pyramid zwischen der Entscheidungskompetenz des Ressortvorstands Finanzen (ggfs. unter Einbindung des Investmentkomitees) und der Entscheidungskompetenz des Gesamtvorstands. Welche Geschäfte jeweils berichtsbedürftig oder zustimmungsbedürftig sind, hängt von ihrer Art und/oder ihrem Volumen ab. Des Weiteren bereitet der Finanzausschuss die Beschlussfassung des Vorstands über die Definition einer strategischen Anlagepolitik vor. Ferner nimmt er die vierteljährliche Berichterstattung über die Kapitalanlagen entgegen, steuert die Asset-Liability-Management-Prozesse, beauftragt die Weiterentwicklung des Asset-Liability-Managements (ALM) und managt das ALM-Risiko auf Basis einer regelmäßigen Berichterstattung und von Erkenntnissen aus der Risikokommission. Der Finanzausschuss tritt vierteljährlich zusammen.

### Rückversicherungsausschuss

Der Rückversicherungsausschuss entscheidet über die Rückversicherungspolitik und den Abschluss bestimmter Rückversicherungsgeschäfte, die ihm durch die Zeichnungsrichtlinie der aktiven Rückversicherung zugewiesen sind. Er steht zwischen der Entscheidungskompetenz des Ressortvorstands Rückversicherung und des Gesamtvorstands. Ferner koordiniert und bewertet er diese Geschäftsvorfälle auch im Hinblick auf die Belange der Risikostrategie und koordiniert die Zeichnungsrichtlinien mit den Belangen des Risikomanagements. Des Weiteren nimmt er die Berichterstattungen über die vom Vorstand zu verabschiedende operative Planung für das Ressort Aktive Rückversicherung, über die Planung der Rückversicherungsergebnisse für das abgegebene und übernommene Gruppengeschäft und über den halbjährlichen Bericht im Rückversicherungsausschuss entgegen. Er bereitet die Beschlussfassung des Gesamtvorstands über die Grundsätze der Rückversicherungspolitik und ihrer Änderung vor. Der Rückversicherungsausschuss tagt halbjährlich.

### Investitionskommission

Die Investitionskommission tritt mindestens vierteljährlich zusammen und entscheidet über bestimmte Investitionsprojekte bis zu einem definierten Gesamtbetrag. Investitionsprojekte oberhalb dieses Betrages bedürfen zusätzlich der Zustimmung des Gesamtvorstands. Diese Beschlussfassung wird von der Investitionskommission vorbereitet. Darüber hinaus bereitet die Investitionskommission auch Beschlussfassungen des Gesamtvorstands über die Grundsätze der Investitionspolitik vor. Ferner obliegt ihr die Festlegung, fortlaufende Kontrolle und Anpassung des Projektportfolios und des Investitionscontrollingverfahrens sowie die Überprüfung und Kommunikation von wesentlichen Nutzen- oder Kostenänderungen einschließlich Rückmeldung an den Gesamtvorstand.

### Produktkommission

Die Produktkommission (PK) tagt mindestens vierteljährlich und entscheidet über – soweit PK-relevant – neue Produkte, die Anpassung bestehender

Produkte, Tarife und Bedingungen sowie über Produkteinstellungen und bereitet etwaige diesbezügliche Beschlussfassungen des Ausschusses Produkt- und Markenstrategie, der Investitionskommission oder des Vorstands der R+V Versicherung AG vor. Dabei sind neue Produkte und Produkteinstellungen generell PK-relevant, die Anpassung bestehender Produkte, Tarife und Bedingungen hingegen lediglich ab einem Aufwand von 0,5 Mio. Euro, bei hoher vertrieblicher Relevanz oder bei hohen Auswirkungen auf das Risikoprofil. Die PK ist nicht zuständig für Produkte der Aktiven Rückversicherung.

Die Produktkommission legt ferner den Produkt-Management-Prozess fest und verantwortet die Anwendung des Produkt-Management-Prozesses entsprechend seines Geltungsbereichs. Des Weiteren bereitet sie die Beschlussfassung des Vorstands über die Festlegung von Zielgruppen vor und nimmt Nutzenberichte (ein und zwei Jahre nach Produkteinführung) sowie ABC-Analysen entgegen.

### Risikokommission

Die Risikokommission ist das zentrale Entscheidungs-, Informations- und Koordinationsgremium der Risikomanagement-Funktion. Sie bearbeitet die ressortübergreifenden Fragestellungen und Themen im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem und dem operativen Risikomanagement. Sie bildet einen integralen Bestandteil des ORSA-Prozesses und dient der Koordination, Information und dem fachlichen Austausch zwischen dem Gesamt- und dem Ressort-Risikomanagement. Darüber hinaus hat die Risikokommission – ungeachtet der Leitungsverantwortung des für das Risikomanagement zuständigen Ressortvorstandes – eigenständige Entscheidungsbefugnisse und bereitet ferner Entscheidungen des Gesamtvorstands vor. Beispielsweise behandelt die Risikokommission einmal jährlich die überarbeitete Risikostrategie einschließlich der Limite für die Risikotragfähigkeit zur Beschlussfassung durch den Vorstand, unterstützt den Vorstand im regulären und im ad-hoc ORSA-Prozess und unterstützt die Risikomanagement-Funktion bei der

	<b>Allgemeine Angaben zum Governance-System</b>			
--	---	--	--	--

übergeordneten Einschätzung der jederzeitigen Risikotragfähigkeit (regulatorisch, ökonomisch) sowie der indikatorbasierten Risikoeinschätzung pro Gesellschaft und für die Gruppe.

Die Risikokommission dient zudem der Interaktion der Risikomanagementfunktion mit den drei anderen Schlüsselfunktionen, deren Inhaber als Gäste mit Rederecht zu allen Sitzungen der Risikokommission geladen werden.

Die Aufgaben, Befugnisse sowie die Aufbau- und Ablauforganisation der Risikokommission sind in ihrer Geschäftsordnung niedergelegt.

### Weitere Governance-Gremien

Neben den genannten Ausschüssen und Kommissionen existieren weitere Gremien, die zentrale Governance-Aufgaben wahrnehmen. Besondere Bedeutung haben dabei die Führungskreise, das Kapitalkomitee, das ALM-Komitee, das Komitee der versicherungsmathematischen Funktionen (VMF-Komitee), die Compliance-Konferenz sowie die Sicherheits- und BCM-Konferenz (SBK).

### Schlüsselfunktionen

Die Solvency II-Governance-Vorgaben enthalten spezifische Organisationsanforderungen für vier aus aufsichtsrechtlicher Sicht besonders wichtige Bereiche des Unternehmens. Die Organisationseinheiten, denen die Aufgaben dieser vier Themengebiete zugewiesen sind, werden als Schlüsselfunktionen bezeichnet: Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion, interne Revision sowie versicherungsmathematische Funktion.

Unter einer Funktion ist dabei primär der Mitarbeiterkreis zu verstehen, der die jeweiligen Aufgaben wahrnimmt. Funktionen bestehen aus einer Organisationseinheit, einem Teil dieser Organisationseinheit oder sind aus mehreren Organisationseinheiten oder mehreren Teilen von Organisationseinheiten zusammengesetzt. Für jede Schlüsselfunktion ist

eine verantwortliche Person festgelegt, der die Letztverantwortung für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben ihrer Schlüsselfunktion zukommt.

Die KL hat die vier Schlüsselfunktionen eingerichtet und in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert.

In der R+V Gruppe sind die Schlüsselfunktionen auf einzelne R+V-Gesellschaften ausgegliedert worden, die diese Schlüsselfunktionsaufgaben für die anderen betroffenen R+V-Unternehmen als Dienstleister erbringen. Die Schlüsselfunktionen „Risikomanagement“, „Compliance“ und „interne Revision“ sind bei der R+V Versicherung AG angesiedelt, die diese Schlüsselfunktionsaufgaben für sich selbst sowie als Dienstleister für die anderen deutschen R+V-Versicherungsunternehmen erbringt. Die versicherungsmathematische Funktion erbringt die R+V Versicherung AG hingegen nur für sich selbst, nicht als Dienstleister für andere Gesellschaften. Die versicherungsmathematischen Funktionen der R+V-Kompositgesellschaften sind bei der R+V Allgemeine Versicherung AG angesiedelt bzw. auf diese ausgegliedert, die versicherungsmathematischen Funktionen für die Gesellschaften des Ressorts Personenversicherung sind bei der R+V Lebensversicherung AG angesiedelt bzw. auf diese ausgegliedert. Alle Schlüsselfunktionen sind organisatorisch direkt unter den jeweiligen Vorstandsressorts angesiedelt.

Für die Governance-Struktur von R+V nehmen die Schlüsselfunktionen eine wichtige Stellung im Konzept der drei Verteidigungslinien (3 lines of defence-concept) ein. Das Konzept dient der Sicherstellung eines funktionsfähigen Überwachungs- und Kontrollsystems im Unternehmen und unterstützt dabei das Risikomanagement von R+V. Die erste Verteidigungslinie umfasst die Risikosteuerung der operativen Einheiten. Im Rahmen der täglichen Geschäftstätigkeit zeichnen die Mitarbeiter von R+V Risiken. Als zweite Verteidigungslinie agiert die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion und die versicherungsmathematische Funktion. Sie erfüllen

insbesondere eine zentrale Überwachungs- und Beratungsaufgabe, indem sie die implementierten Kontrollmechanismen der ersten Verteidigungslinie regelmäßig überwachen und die notwendige Methodenkompetenz zur Verfügung stellen. Eine prozessunabhängige Letztprüfung erfolgt durch die interne Revision, die als dritte Verteidigungslinie für die nachgelagerte Prüfung der operativen Tätigkeiten, aber auch der Tätigkeit der anderen drei Schlüsselfunktionen zuständig ist.

In aufbauorganisatorischer Hinsicht stellt R+V sicher, dass jede Schlüsselfunktion eine angemessene Stellung innerhalb der Aufbauorganisation sowie klar festgelegte Zuständigkeiten und Befugnisse besitzt. Dies wird in den internen R+V-Leitlinien der vier Schlüsselfunktionen festgelegt, in denen die Stellung der jeweiligen Schlüsselfunktion im Unternehmen, ihre Kompetenzen sowie ihre organisatorische Einbindung festgelegt ist. Wesentlicher Aspekt ist hierbei die direkte Berichterstattung gegenüber dem Vorstand, die turnusmäßig mindestens einmal jährlich in gesonderten schriftlichen Berichten sowie darüber hinaus ad hoc aus besonderem Anlass erfolgt.

Auch die Ablauforganisation der Schlüsselfunktionen sowie die Sachverhalte, die an die jeweilige Schlüsselfunktion zu melden sind, werden in der jeweiligen internen Leitlinie festgelegt.

Die Risikomanagementfunktion ist zentral / dezentral organisiert. Die zentrale Risikomanagement-Stelle ist organisatorisch bei der R+V Versicherung AG angesiedelt und wird dort vom Bereich „Gesamtrisikomanagement“ (bis zum 1.6.2018 noch „Konzern-Risikomanagement“ benannt) wahrgenommen. Sie führt die Risikomanagement-Aufgaben kooperativ mit den dezentralen Risikomanagement-Stellen der jeweiligen Ressorts aus. Zentrales Koordinations-, Entscheidungs- und Informationsgremium ist die Risikokommission. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Risikomanagement-Funktion an die R+V Versicherung AG

ausgliedert. Die Risikomanagementfunktion unterstützt den Vorstand und die anderen Funktionen bei einer effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems und überwacht sowohl dieses als auch das Risikoprofil. Sie ist für die Identifikation, Analyse und Bewertung der Risiken im Rahmen des Risikomanagementprozesses und für die Durchführung des ORSA verantwortlich. Dies schließt die Früherkennung, vollständige Erfassung und interne Überwachung aller wesentlichen Risiken ein. Dabei macht die Risikomanagementfunktion grundlegende Vorgaben für die für alle Gesellschaften der R+V Versicherungsgruppe anzuwendenden Risikomessmethoden. Damit soll ein konsistentes Risikomanagement sichergestellt werden. Darüber hinaus berichtet das Risikomanagement die Risiken an die Risikokommission, den Vorstand und den Aufsichtsrat. Der Inhaber der Risikomanagementfunktion berichtet unmittelbar an den Vorstand.

Die Compliance-Funktion ist zentral/dezentral organisiert. Die zentrale Compliance-Stelle ist organisatorisch bei der R+V Versicherung AG eingerichtet und wird dort vom Bereich Konzern-Recht wahrgenommen, bei dem auch die zentrale Rechtsabteilung angesiedelt ist. Die Compliance-Tätigkeit wird von der zentralen Stelle in Kooperation mit den dezentralen Compliance-Stellen der Ressorts durchgeführt. Zentrales Koordinations-, Informations- und Entscheidungsgremium der Compliance-Funktion ist die Compliance-Konferenz. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Compliance-Funktion an die R+V Versicherung AG ausgliedert. Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen sowie der Sicherstellung der Rechtmäßigkeit interner Verfahren und Vorgaben. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Der Inhaber

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	B Governance-System	C Risikoprofil	D Bewertung für Solvabilitätszwecke	E Kapitalmanagement
	<b>Allgemeine Angaben zum Governance-System</b>			

der Compliance-Funktion berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

Die Schlüsselfunktion interne Revision ist bei der R+V Versicherung AG angesiedelt und wird dort vom Bereich Konzern-Revision ausgeübt. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die interne Revision an die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Die interne Revision prüft die Einhaltung der internen Regelungen, insbesondere auch des Risikomanagementsystems, und deren Wirksamkeit. Die Konzern-Revision ist eine von den operativen Geschäftsbereichen losgelöste, unabhängige und organisatorisch selbständige Funktion. Sie ist der Geschäftsleitung unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet. Zur Behebung festgestellter Defizite werden Maßnahmen vereinbart und von der Konzern-Revision nachgehalten.

Die versicherungsmathematische Funktion der R+V Allgemeine Versicherung AG wird durch Mitarbeiter im Zentralen Aktuariat Komposit wahrgenommen. Die R+V Direktversicherung AG, die Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, die KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG, die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, die KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG sowie die Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft a.G. haben die versicherungsmathematische Funktion auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert, die für diese Gesellschaften ebenfalls von Mitarbeitern im Zentralen Aktuariat Komposit erbracht wird. Die versicherungsmathematische Funktion ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Im Einzelnen koordiniert sie die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, gewährleistet die Angemessenheit der der Berechnung zugrundeliegenden Annahmen, Methoden und Modelle. Darüber hinaus bewertet sie die Qualität der bei der Berechnung der

versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Daten und Informationstechnologiesysteme. Mindestens einmal jährlich berichtet die versicherungsmathematische Funktion schriftlich an den Vorstand. Darüber hinaus gibt die versicherungsmathematische Funktion eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen ab.

### Wesentliche Änderungen am Governance-System

Zum Berichtsstichtag lagen keine wesentlichen Änderungen am Governance-System vor.

### Vergütungspolitik und -system

Die europäischen und nationalen Solvency II-Vorgaben legen allgemeine Grundsätze und konkrete Anforderungen an die Vergütungssysteme von Versicherungsunternehmen fest.

Für die Vergütung aller Mitarbeiter werden allgemeine Grundprinzipien vorgegeben, die folgende Kernelemente der Vergütungspolitik von R+V definieren:

- Einklang mit der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie des Unternehmens, seinem Risikoprofil, seinen Zielen, seinen Risikomanagementpraktiken sowie den langfristigen Interessen und der langfristigen Leistung des Unternehmens als Ganzes
- Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten
- Förderung eines soliden und wirksamen Risikomanagements und keine Ermutigung zur Übernahme von Risiken, die die Risikotoleranzschwellen des Unternehmens übersteigen
- Keine Gefährdung der Fähigkeit des Unternehmens, eine angemessene Kapitalausstattung aufrechtzuerhalten.

### Aufsichtsrat

Die Vergütung des Aufsichtsrates wurde durch Beschluss der Hauptversammlung als Fixvergütung festgelegt. Da der Aufsichtsrat die Leitung des Unternehmens durch den Vorstand überwachen soll, wird keine an die Erreichung von Zielen gekoppelte variable Vergütung für den Aufsichtsrat vorgesehen. Soweit vorhanden wird für die Tätigkeit in einem Ausschuss ein zusätzlicher Vergütungsanspruch festgelegt. Daneben besteht ein Anspruch auf Sitzungsgeld als pauschale Aufwandsentschädigung und konkret verauslagte Reisekosten. Aktien oder Aktienoptionen werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen existieren nicht.

### Vorstand

Das Vergütungssystem für den Vorstand fördert eine angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungsentscheidung durch den Aufsichtsrat. Es ist mit dem Steuerungssystem der R+V verknüpft. Die Ableitung der Ziele für die variable Vorstandsvergütung erfolgt aus der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie. Die Ziele werden aus der operativen Planung in einem rollierenden mehrjährigen Planungsprozess abgeleitet. Bei der Vergütung des Vorstands achtet der Aufsichtsrat auf ein angemessenes Verhältnis der Vergütung zu den Aufgaben und Leistungen des Vorstandes sowie zur Lage des Unternehmens. Außerordentlichen Entwicklungen werden durch eine Obergrenze der variablen Vergütung Rechnung getragen. Unter Berücksichtigung bestehender vertraglicher Ansprüche überprüft der Aufsichtsrat das Vergütungssystem und die Vergütungshöhe regelmäßig auf ihre Angemessenheit.

Der Vorsitzende des Vorstands Dr. Edgar Martin und das Vorstandmitglied Jens Hasselbacher sind ebenfalls Mitglieder des Vorstands der R+V Versicherung AG. Sie erhalten für die Organtätigkeit bei der KL keine gesonderte Vergütung. Die anderen Mitglieder des Vorstands nehmen ihr Mandat auf der Grundlage ihres Arbeitsvertrags mit der R+V Allgemeine Versicherung AG wahr. Neben der Vergütung

für die Beschäftigung bei der R+V Allgemeine Versicherung AG, die Festbezüge sowie eine variable Vergütung umfasst, erhalten sie als Vorstand der KL einen Bonus als variable Vergütung. Der Bonus ist als Jahresbonus ausgestaltet. Die Höhe des Bonus beträgt ca. 20 bzw. 30 % der Gesamtvergütung. Die variable Vergütung basiert auf der Jahresperformance. Sie kann bei deutlicher Zielverfehlung entfallen. Die variable Jahresvergütung orientiert sich an den Zielvorgaben, die sich aus der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie ableiten. Die festgesetzten Ziele sind zu 50 % Unternehmensentwicklungsziele (Konzernziele) und zu 50 % persönliche Ziele. Es wird dabei darauf geachtet, dass sowohl finanzielle als auch nicht-finanzielle Ziele vorgegeben werden. Jedes Ziel ist mit einem Zielgewicht ausgestattet.

Die aufgeschobene Auszahlung eines wesentlichen Teils der variablen Jahresvergütung in Höhe von 30 % der variablen Vergütung ermöglicht eine nachträgliche Abwärtskorrektur (Malus/Auszahlungsvorbehalt). Nur ein Teil des erzielten Jahresbonus wird nach Ablauf des einjährigen Beurteilungszeitraumes (Geschäftsjahr) und Festsetzung durch den Aufsichtsrat auf Beschlussvorschlag des Personalausschusses sofort ausgezahlt. Ein wesentlicher Anteil steht dagegen unter Auszahlungsvorbehalt und wird erst nach Ablauf von drei weiteren Jahren ausgezahlt. Personalausschuss und Aufsichtsrat beurteilen die Voraussetzung der Auszahlung auf der Grundlage der Entwicklung des Aktienwerts nach Ablauf von drei Jahren. Die Entscheidung erfolgt durch Beschluss des Aufsichtsrates.

Aktienoptionen oder Aktien werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. In den vertraglichen Vereinbarungen verpflichten sich die Vorstandsmitglieder während des gesamten Zeitraums, keine persönlichen Hedging Strategien zu verfolgen und nicht auf vergütungs- oder haftungsbezogene Versicherungen zurückzugreifen, die die in den Vergütungsregelungen verankerten Risikoanpassungseffekte unterlaufen würden.

## Allgemeine Angaben zum Governance-System

### Vergütung nichtleitender und leitender Mitarbeiter

Die Vergütung der nichtleitenden Mitarbeiter richtet sich grundsätzlich nach der aktuellen Fassung des Manteltarifvertrages und des Gehaltstarifvertrages der Versicherungswirtschaft. Die R+V-internen Vergütungsvorgaben für leitende und nichtleitende Mitarbeiter sind in separaten internen Leitlinien für den Innendienst und für den Außendienst festgelegt. Die Vergütungsleitlinien stellen insbesondere sicher, dass die Vergütungsvorgaben im Einklang mit der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie des Unternehmens und seinem Risikoprofil stehen und dass die Erfolgskriterien, nach denen sich die variable Vergütung bemisst, keine Interessenkonflikte schaffen und nicht zur Übernahme von Risiken ermutigen, die die Risikotoleranzschwellen des Unternehmens übersteigen.

Das Jahreszielgehalt der nichtleitenden Mitarbeiter setzt sich für Tarifmitarbeiter aus dem Jahresgrundgehalt und den Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) zusammen. Bei nichtleitenden Mitarbeitern mit variabler Vergütung und leitenden Angestellten besteht das Jahreszielgehalt aus dem Jahresgrundgehalt und dem Anteil der variablen Vergütung bei 100%iger Zielerreichung.

Den überwiegenden Anteil der Vergütung des Innendienstes bildet generell das fixe Grundgehalt. Die variable Vergütung setzt sich aus einer Tantieme sowie einer Bonifikation zusammen. Die Höhe der Tantieme hängt von der Erreichung bestimmter Unternehmensziele ab, wobei 75% der Zieltantieme fix sind. Die Höhe der Bonifikation richtet sich nach dem Grad der Erreichung individueller und gegebenenfalls auch auf die Organisationseinheit bezogener Ziele.

Auch im Außendienst setzt sich die variable Vergütung aus einer Tantieme sowie einer Bonifikation zusammen. Die Höhe der Tantieme hängt von der Erreichung bestimmter Unternehmensziele ab, wobei 75% der Zieltantieme fix sind. Die Höhe der Bonifikation richtet sich nach dem Grad der Erreichung

individueller und gegebenenfalls auch auf die Organisationseinheit bezogener Ziele. Im Außendienst werden als zusätzlicher variabler Vergütungsbestandteil Provisionen ausgelobt. Die Höhe der Provisionen richtet sich nach dem Umfang vermittelter neuer Versicherungsverträge, bzw. die Verlängerung und Erweiterung bestehender Versicherungsverträge.

Ansprüche auf Aktienoptionen oder Aktien, die mit der Erreichung individueller oder kollektiver Erfolgskriterien verbunden wären, werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Lediglich die Höhe bzw. der Zielerreichungsgrad der variablen Vergütungsbestandteile ist an die Erreichung individueller und kollektiver Erfolgskriterien gekoppelt. Die Ableitung der Ziele für die variable Vergütung der nichtleitenden und leitenden Mitarbeiter erfolgt aus der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie. Die Ziele werden aus der operativen Planung in einem rollierenden, mehrjährigen Planungsprozess abgeleitet. Das Vergütungssystem der nichtleitenden und leitenden Mitarbeiter ist mit dem Vergütungssystem des Vorstands verknüpft. Soweit möglich und sachgerecht werden identische oder vergleichbare Konzernziele ausgewählt. Insbesondere bei der Vergütung der leitenden Mitarbeiter achtet der Vorstand auf ein angemessenes Verhältnis der Vergütung zu den Aufgaben und Leistungen sowie zur Lage des Unternehmens. Außerordentlichen Entwicklungen wird unter anderem auch durch eine feste Obergrenze der variablen Vergütung Rechnung getragen.

### Risk-Taker, Inhaber der Schlüsselfunktionen und Hauptbevollmächtigte

Die Risk-Taker, Inhaber der Schlüsselfunktionen sowie die Hauptbevollmächtigten erhalten ein Jahreszielgehalt, das neben fixen Gehaltsbestandteilen auch variable Gehaltsbestandteile – Tantieme und Bonifikation - enthält. Diese variable Vergütung hängt von der Erreichung quantitativer und qualitativer Ziele ab. Um im Sinne einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung der Art und dem Zeithorizont der Geschäftstätigkeit des Unternehmens Rechnung zu tragen, wird im April des Folgejahres nicht die

komplette Summe aus tatsächlicher Tantieme und individueller Bonifikation ausgezahlt. Die Auszahlung eines wesentlichen Teils der variablen Vergütung in Höhe von 40% (bei Verträgen vor dem 1.1.2017 30%) wird um drei Jahre aufgeschoben und erfolgt im April des dem dritten Jahr folgenden Jahres. Die Höhe der Auszahlung des aufgeschobenen variablen Teils richtet sich nach der Entwicklung des Unternehmenswertes nach drei Jahren. Falls dieser Wert nicht erreicht wird, kann der Auszahlungsbetrag gekürzt werden oder entfallen. Aktien oder Aktienoptionen werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen bestehen nicht.

#### Wesentliche Transaktionen

Im Berichtszeitraum sind keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt worden.

## B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

### Anforderungen an Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde

Personen, die ein Versicherungsunternehmen tatsächlich leiten und Personen, die andere Schlüsselaufgaben innehaben, müssen gewisse Anforderungen an die fachliche Eignung und die persönliche Zuverlässigkeit erfüllen – die sogenannten Fit & Proper-Anforderungen (§ 24 Abs. 1 VAG). Die Vorgaben entsprechen vom Grundsatz her den ehemals in § 7a Abs. 1, Abs. 4 VAG a.F. enthaltenen Regelungen für Vorstände und Aufsichtsräte, allerdings wurde der betroffene Personenkreis unter Solvency II erheblich ausgedehnt.

Folgende Personen unterliegen den Fit & Proper-Anforderungen:

- Mitglieder des Vorstands
- Mitglieder des Aufsichtsrats

- die verantwortlichen Inhaber der Schlüsselfunktionen
- alle Personen, die in Schlüsselfunktionen tätig sind. Über die vier Schlüsselfunktionen hinaus wurden unternehmensintern keine weiteren sonstigen Schlüsselaufgaben oder Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, identifiziert.

### Bewertung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit

#### Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt. Letzterer ist daher für die Prüfung und Sicherstellung von Eignung und Zuverlässigkeit der zu bestellenden Person verantwortlich. Bei der Prüfung der Zuverlässigkeit und der fachlichen Eignung wird der Aufsichtsrat durch den Bereich Konzern-Recht unterstützt, der eine Vorprüfung durchführt und den Aufsichtsrat – über den Aufsichtsratsvorsitzenden – vor seiner Entscheidung über etwaige Auffälligkeiten informiert.

Die individuelle fachliche Eignung jedes Vorstandsmitglieds muss ihn in die Lage versetzen, eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens zu gewährleisten. Hierzu muss das Mitglied über vertiefte theoretische und praktische Kenntnisse in den wesentlichen Themenbereichen seiner Ressortzuständigkeit, angemessene theoretische und praktische Kenntnisse im Versicherungsgeschäft, ausreichende Kenntnisse aller Geschäftsbereiche, um eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten sowie über Leitungserfahrung verfügen, die über einen angemessenen Zeitraum auf einer höheren Verantwortungsebene erworben wurde.

Neben der individuellen Eignung und Zuverlässigkeit einer Person, die als Vorstandsmitglied bestellt werden soll, ist nach EIOPA-Governance-Leitlinie 13 (Erläuterungen) auch zu prüfen, ob der Vorstand in fünf gesetzlich festgelegten Themengebieten als Gesamtgremium ausreichende Eignung aufweist („kollektive Qualifikation“):

---

**Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit**


---

- Versicherungs- und Finanzmärkte;
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell;
- Governance-System;
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse und
- regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen.

Der Aufsichtsrat trifft die Entscheidung, ob die Person fachlich geeignet und zuverlässig ist sowie die Entscheidung, ob die kollektive Qualifikation des Vorstandes gegeben ist, inzident mit der Entscheidung zur Bestellung des Vorstandsmitglieds.

Wird ein Umstand bekannt, der eine Neubeurteilung der fachlichen Eignung oder der Zuverlässigkeit eines amtierenden Vorstandsmitglieds gebietet, ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates zu informieren. Von diesem ist unverzüglich eine Neuprüfung der Eignung oder der Zuverlässigkeit durch den Aufsichtsrat einzuleiten.

### Aufsichtsrat

Die Prüfung der fachlichen Eignung eines zu bestellenden Aufsichtsratsmitglieds umfasst zum einen die Prüfung der individuellen fachlichen Eignung der Person. Die fachliche Eignung von Aufsichtsratsmitgliedern muss diese befähigen, ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen sowie die Geschäftstätigkeit des Unternehmens überwachen zu können. Darüber hinaus ist im Wege einer Gesamtschau zu prüfen, ob durch die Bestellung der Person auch die kollektive Eignung des Aufsichtsrats als Gesamtgremium sichergestellt ist. Eine Kollektivqualifikation muss (in Übereinstimmung mit den Vorgaben des BaFin-Merkblatts „Aufsichtsrat VA“) mindestens in den Themenfeldern Kapitalanlage, Versicherungstechnik und Rechnungslegung gegeben sein.

Bei der Prüfung der fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit wird der Aufsichtsrat durch den Bereich Konzern-Recht unterstützt, der eine Vorprüfung durchführt und den Aufsichtsrat – über den Aufsichtsratsvorsitzenden – vor seiner Entscheidung

über etwaige Auffälligkeiten informiert. Die Entscheidung über die fachliche Eignung und die Zuverlässigkeit der zu bestellenden Person erfolgt inzident im Empfehlungsbeschluss.

Sofern eine Gesellschaft den Vorgaben des MitbestG oder des DrittelbG unterliegt, erfolgt die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer durch Wahl. In diesem Fall findet die Überprüfung der Eignung und der Zuverlässigkeit nach Amtsantritt durch den Bereich Konzern-Recht statt.

Wird dem Aufsichtsrat ein Umstand bekannt, der eine Neubeurteilung der Eignung und/oder der Zuverlässigkeit eines amtierenden Aufsichtsratsmitglieds gebietet, ist vom Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. – sofern der Aufsichtsratsvorsitzende betroffen ist – seinem Stellvertreter unverzüglich eine Neuprüfung der Eignung und/oder der Zuverlässigkeit durch den Aufsichtsrat einzuleiten.

### Schlüsselfunktions-Inhaber und Mitarbeitende in der Schlüsselfunktion

Obleich lediglich die beabsichtigte Bestellung von Schlüsselfunktions-Inhabern einer Anzeigepflicht unterliegt, gelten die versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Eignung und Zuverlässigkeit für Schlüsselfunktions-Inhaber und Mitarbeitende in den Schlüsselfunktionen grundsätzlich gleichermaßen.

#### Eignung

Bei R+V werden die Anforderungen an die fachliche Eignung von Schlüsselfunktions-Inhabern und Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden im Profil der jeweiligen Stelle niedergelegt, das von der zuständigen Führungskraft zu erstellen ist. Im Rahmen der Prüfung der fachlichen Eignung wird daher untersucht, ob die jeweilige Person die Anforderungen der konkreten Stellenbeschreibung erfüllt. Dabei legt die Führungskraft insbesondere den Lebenslauf, Qualifikationsnachweise und etwaige Arbeitszeugnisse der Person zugrunde.

R+V stellt an die Schlüsselfunktions-Inhaber spezifische Anforderungen hinsichtlich der fachlichen Qualifikationen.

Risikomanagementfunktion:

- Abgeschlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften, Volkswirtschaft, Mathematik, Physik oder vergleichbaren Abschluss in einem mathematisch/naturwissenschaftlich orientierten Studiengang
- Mehr als 8 Jahre Berufserfahrung im Risikomanagement eines Finanzdienstleistungsunternehmens oder Beratungsunternehmens, vertiefte Kenntnisse der Solvency II Anforderungen und Beherrschung der Zusammenhänge der Geschäfts-/ Risikomodellierung von Versicherungen, nachgewiesene Führungserfahrung

Compliance Funktion:

- Abgeschlossenes 2. Juristisches Staatsexamen sowie mehrjährige Berufserfahrung in einem juristisch ausgerichteten Bereich eines Versicherungsunternehmens, in einer verantwortlichen Compliance- oder Revisions-Funktion.
- Erfahrung in der Durchführung von Risk-Assessments sowie nachgewiesene Führungserfahrung.

Versicherungsmathematische Funktion:

- Inhaber der versicherungsmathematischen Funktion können weitreichende Kenntnisse der Versicherungs- und der Finanzmathematik vorweisen, idealerweise durch einen thematisch ausgerichteten Studienabschluss (Mathematik, Wirtschaftswissenschaften, etc.).
- Zusätzlich sind erforderlich: mehr als 8 Jahre Berufserfahrung im Aktuariat einer Versicherung oder langjährige erfolgreiche Wahrnehmung einer verantwortlichen Funktion im finanzmathematischen Umfeld einer Versicherung.

Interne Revision:

- Abgeschlossenes wirtschaftswissenschaftliches, juristisches oder vergleichbares Studium oder abgeschlossene Versicherungs- oder Bankausbildung mit erheblicher berufsbegleitender Weiterqualifizierung.
- Mehrjährige Berufserfahrung in der Versicherungswirtschaft in mehreren leitenden Funktionen.
- Kenntnisse der Revisions-Prüfungsstandards sowie der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen.

Die Eignungsanforderungen an die Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden setzen sich aus grundlegenden, auf die jeweilige Schlüsselfunktion bezogenen Anforderungen sowie aus den individuellen Anforderungen für die individuelle Stelle (festgelegt in der jeweiligen Stellenbeschreibung) zusammen.

Risikomanagementfunktion:

- Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der Risikomanagementfunktion
- Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- Tiefere praktische Erfahrungen im Risikomanagement (nur für leitende Mitarbeiter der Risikomanagementfunktion)

Compliance-Funktion:

- Vertrautheit mit dem Versicherungsgeschäft
- Vertrautheit mit den für den Zuständigkeitsbereich relevanten externen und internen Vorschriften
- Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen
- Führungserfahrung (nur für die Leiter der dezentralen Compliance-Stellen)
- Abgeschlossenes 1. und 2. juristisches Staatsexamen (nur für die Mitarbeiter der zentralen Compliance-Stelle)

	<b>Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung</b>			
--	---	--	--	--

Versicherungsmathematische Funktion:

- Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der versicherungsmathematischen Funktion
- Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- Tiefere praktische Erfahrungen in versicherungsmathematischen Themengebieten

Interne Revision:

- Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der internen Revision, der Betriebsorganisation oder wesentlicher Tätigkeiten und Aufgaben in einem Versicherungsunternehmen
- Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- Führungserfahrung (nur für leitende Mitarbeiter der internen Revision)

Im laufenden Beschäftigungsverhältnis wird die Eignung der Schlüsselfunktions-Inhaber und der Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden durch eine jährliche Beurteilung der Person und ihre fortlaufende, aufgabenbezogene Qualifizierung gewährleistet.

Der Bedarf zur fachlichen Weiterbildung wird jährlich anhand der fachlichen Anforderungen gemäß der jeweiligen Stellenbeschreibung geprüft. Etwasige Qualifizierungserfordernisse wird durch die Festlegung von Fortbildungs- bzw. Schulungsmaßnahmen Rechnung getragen. Die Qualifizierungsmaßnahmen werden von der Führungskraft in Abstimmung mit dem Schlüsselfunktions-Inhaber bzw. mit dem Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden im Online-Entwicklungsplan dokumentiert.

#### Zuverlässigkeit

Die Zuverlässigkeit muss nicht positiv nachgewiesen werden, sondern wird vermutet, sofern keine Anhaltspunkte vorliegen, die gegen eine Zuverlässigkeit sprechen. Im Rahmen der Zuverlässigkeitsprü-

fung von Schlüsselfunktions-Inhabern und Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden werden bei R+V die Person und ihr Werdegang daher auf solche, die Zuverlässigkeit kontraindizierende Aspekte untersucht. Hierzu dienen insbesondere der Lebenslauf der Person sowie ein von der Person auszufüllender Selbstauskunftsbogen, der inhaltlich im Wesentlichen der Selbstauskunft entspricht, die von der BaFin bei der Anzeige eines Schlüsselfunktionsinhabers verlangt wird. Die Zuverlässigkeitsprüfung wird von der Personalabteilung durchgeführt.

Die Zuverlässigkeit der Schlüsselfunktions-Inhaber und der Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden wird von der zuständigen Führungskraft und dem Bereich Personal dauerhaft sichergestellt, indem bei Auffälligkeiten, die Indikatoren gegen seine Zuverlässigkeit sein könnten, unverzüglich eine Neuprüfung der Zuverlässigkeit durchzuführen ist.

Des Weiteren fordert der Bereich Personal in einem Turnus von fünf Jahren vom jeweiligen Schlüsselfunktions-Inhaber bzw. der in der Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden Person eine Prüfung der im Selbstauskunftsbogen vorgenommenen Angaben.

### B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

#### Ziel des Risikomanagements

Unter einem Risikomanagementsystem ist die Gesamtheit der Regelungen, die einen strukturierten Umgang mit Chancen und Risiken im Unternehmen sicherstellt, zu verstehen.

Aus der Risikokultur, der Unternehmensstrategie und den Unternehmenszielen werden die Ziele des Risikomanagementsystems abgeleitet und in der Risikostrategie formuliert.

Ziel des Risikomanagements ist es, für die gesamte Geschäftstätigkeit die dauernde Erfüllbarkeit der

Verpflichtungen aus den Versicherungen und hierbei insbesondere die Solvabilität sowie die langfristige Risikotragfähigkeit, die Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen, die Anlage in geeignete Vermögenswerte, die Einhaltung der kaufmännischen Grundsätze einschließlich einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Einhaltung der übrigen finanziellen Grundlagen des Geschäftsbetriebs zu gewährleisten.

Das Risikomanagement umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen. Dabei werden Risiken und andere negative Entwicklungen, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, analysiert und Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und damit auch für ein angemessenes und wirksames Risikomanagement. Das Risikomanagement ist gemäß Geschäftsverteilungsplan einem Vorstand zugeordnet. Der Gesamtvorstand benennt den Inhaber der Risikomanagementfunktion und muss ihn eigeninitiativ, angemessen und zeitnah über alle Tatsachen informieren, die für seine Aufgabenerfüllung erforderlich sein können.

Die Risikomanagementfunktion ist so strukturiert, dass die Umsetzung des Risikomanagementsystems maßgeblich befördert wird. Bei den R+V-Gesellschaften setzt sie sich aus dem Inhaber der Risikomanagementfunktion sowie aus der zentralen (Gesamtrisikomanagement) und den dezentralen Risikomanagementeinheiten (Ressort-Risikomanagement) zusammen, die die Aufgabe der Risikomanagementfunktion wahrnehmen.

Der Risikomanagementfunktion obliegen folgende Aufgaben:

- die Unterstützung des Vorstands und anderer Funktionen bei der effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems,

- die Förderung des Risikobewusstseins der vom Risikomanagementsystem betroffenen Mitarbeiter,
- die Überwachung des Risikomanagementsystems,
- die Überwachung des allgemeinen Risikoprofils des Unternehmens,
- die Berichterstattung über wesentliche Risikoexponierungen, das Risikoprofil sowie die Angemessenheit des Risikomanagementsystems und die Beratung des Vorstands in Fragen des Risikomanagements und
- die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems.

Die Risikomanagementfunktion arbeitet bei der Erstellung der Solvabilitätsübersicht sowie bei der Bewertung von Risiken eng mit der versicherungsmathematischen Funktion zusammen.

### Risikostrategie

Die vom Vorstand festgelegte Risikostrategie wird aus der Geschäftsstrategie abgeleitet und umfasst Aussagen zu Art, Umfang und Komplexität der Risiken sowie zur Risikotragfähigkeit. Die Risikokommission bereitet die Beschlussfassung des Vorstands zur Risikostrategie inkl. der Limite für die Risikotragfähigkeit vor. Eine Beschlussfassung über die Risikostrategie erfolgt jährlich.

Bei der Entscheidung über die Geschäftsstrategie wird das Ergebnis der vorausschauenden Beurteilung der unternehmenseigenen Risiken berücksichtigt. In der Risikostrategie sind Strategien zur Steuerung der wesentlichen Risiken und deren Auswirkungen auf den Solvenzkapitalbedarf (SCR), den Gesamtsolvabilitätsbedarf (Overall Solvency Needs, OSN), die Eigenmittel sowie Maßnahmen (Kapitalunterlegung und/oder Risikominderungstechniken) entsprechend dem Risikoprofil enthalten.

Die Steuerung basiert auf der vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren sowie auf der Ableitung von Zielgrößen für die KL und deren Unternehmensbereiche. Im Rahmen des jährlichen strategischen Planungsprozesses wird die Strategische Pla-

	<b>Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung</b>			
--	---	--	--	--

nung für die kommenden vier Jahre unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit sowie der Rahmendaten der DZ BANK vorgenommen.

### Risikomanagementprozess

Im Folgenden wird der Ablauf der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) dargestellt. Die Begriffe Risikomanagementprozess und ORSA-Prozess sind synonym zu verwenden.

Der ORSA-Prozess ist integraler Bestandteil des Risikomanagements. Die Rahmenbedingungen des Risikomanagementprozesses, das heißt die Risikogrundsätze, die Festlegung der methodischen Grundlagen, die organisatorische Struktur, die Abgrenzung der zu betrachtenden Unternehmensbereiche und die Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Aufgaben, werden vom Vorstand vorgegeben.

Bezugspunkt der ORSA-Durchführung ist der 31. Dezember eines Geschäftsjahres. Der Vorstand betrachtet ORSA als wichtiges Instrument, um ein umfassendes Bild über die Risiken vermittelt zu bekommen, denen die KL ausgesetzt ist oder in Zukunft ausgesetzt sein könnte.

Der ORSA wird einmal pro Jahr vollständig durchgeführt. Unterjährig wird mindestens zu den Quartalsstichtagen die Risikosituation im Rahmen der Risikokommission analysiert. Die Durchführung des ORSA ist im ersten Halbjahr des darauffolgenden Geschäftsjahres vorgesehen.

Aufgrund der ablauforganisatorischen Regelungen mit einer vierteljährlich stattfindenden Risikokommission ist eine dauerhafte Auseinandersetzung mit der Risikosituation – einschließlich der Sicherstellung einer ausreichenden Solvenz – gewährleistet. Darüber hinaus ist der nicht-reguläre ORSA etabliert. Der nicht-reguläre ORSA ist gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung anlassbezogen immer dann durchzuführen, wenn sich das Risikoprofil des Un-

ternehmens wesentlich verändert hat. Hierfür wurden Auslöser definiert. Somit ist die Überwachung der jederzeitigen Risikotragfähigkeit gewährleistet.

Die Vorgaben zur Einhaltung der Datenqualität werden durch die Leitlinie „Datenqualitätsmanagement“ beschrieben. Das Ziel dieser Leitlinie ist es, einen einheitlich gültigen Standard für die Sicherstellung der Datenqualität zu definieren.

### Risikoidentifikation

Die Identifikation der Risiken ist aufgrund der sich ständig ändernden Verhältnisse und Anforderungen eine kontinuierliche Aufgabe. Sie ist bei R+V in die alltäglichen Arbeitsabläufe integriert. Die Integration fördert das Risikobewusstsein bei den Mitarbeitern und reduziert zugleich den Umsetzungsaufwand. Alle Risiken im Unternehmen sind strukturiert und systematisch unternehmensweit zu definieren und zu erfassen. Die Risikoidentifikation wird einmal jährlich vollumfänglich im Rahmen der Risikoinventur durchgeführt.

Ziel der Risikoidentifikation ist es, eine vollständige Übersicht über die wesentlichen Risiken im Unternehmen zu erhalten. In einem ersten Schritt erfolgt bei der Risikoinventur eine Identifikation und Dokumentation aller Risiken inklusive Beschreibung der Risikomerkmale. Sämtliche Risiken werden anhand des Wesentlichkeitskonzepts eingeteilt. Die Auflistung, Beschreibung und Einteilung stellt im Ergebnis das Risikoprofil dar.

### Risikobewertung und -analyse

Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoidentifikation erfolgt eine Analyse und Bewertung der wesentlichen Risiken anhand quantitativer und qualitativer Methoden. Die Risikomessung erfolgt mittels der Standardformel gemäß den Vorgaben von Solvency II. Die Ermittlung der Risikokapitalanforderung beruht auf dem Risikomaß Value-at-Risk (VaR) zum Konfidenzniveau 99,5 % über einen Zeithorizont von einem Jahr. Die Ergebnisse der Risikobewertungen sind zum einen das SCR gemäß der Säule 1 von Solvency II und zum anderen der

OSN gemäß den Anforderungen der Säule 2. Diesen Kapitalanforderungen stehen die anrechenbaren ökonomischen Eigenmittel gegenüber.

Die generelle Grundlage zur Bestimmung der Kapitalanforderungen ist eine ökonomische Betrachtung der Finanz- und Risikosituation des Versicherungsunternehmens, die in einem Gesamtbilanzansatz erfolgt.

Im ersten Schritt müssen Versicherungsunternehmen eine Solvabilitätsübersicht aufstellen, welche den ökonomischen Wert aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten enthält. Aus der Differenz dieser Werte ergeben sich die vorhandenen ökonomischen Eigenmittel. Im zweiten Schritt ist auf Basis der Risiken in allen Aktiv- und Passivpositionen (risikobasierter Ansatz) der Kapitalbedarf zu bestimmen, das SCR. Ausreichende Solvabilität ist gegeben, wenn die ökonomischen Eigenmittel das SCR übersteigen.

Die im Rahmen der Standardformel vorgeschlagene Modellierung und Parametrisierung soll grundsätzlich ein „durchschnittliches“ europäisches Versicherungsunternehmen abbilden. Daher kann es sein, dass die spezifische Risikosituation nicht bzw. nicht angemessen abgebildet wird. Explizites Ziel im Rahmen der Umsetzung der Solvency II-Anforderungen ist die angemessene Abbildung und Bewertung des spezifischen Risikoprofils. Die in diesem Zusammenhang eingesetzte Angemessenheitsprüfung verfolgt das Ziel, die aus der Standardformel abgeleitete Modellierung und Parametrisierung zu überprüfen.

Sofern die aus den Anforderungen an die Standardformel abgeleiteten Bewertungsansätze die spezifische Risikosituation der KL nicht abbilden, sind für diese Bewertungsansätze interne Weiterentwicklungen erforderlich, um die korrekte interne Sicht auf die Solvabilitätsanforderung zu gewährleisten.

Eine Überprüfung der zur Risikoberechnung angewendeten Modelle und Methoden findet im Rahmen der operativen Prozesse statt. Ziel der Validierung ist die Erfüllung aufsichtsrechtlicher, konzern- und

unternehmensinterner Vorgaben und damit ein Verständnis über die Qualität und die Stärken und Schwächen der zur Risikoberechnung eingesetzten Modelle. Es wird untersucht, ob die zur Risikoberechnung eingesetzten Modelle geeignet sind, die Risiken von R+V angemessen zu quantifizieren. Ergebnis der Validierungshandlungen ist damit eine Aussage darüber, ob die Modelle für den Einsatzzweck geeignet sind und ob sie die gestellten Anforderungen erfüllen.

Die von R+V regelmäßig durchgeführten Stresstests setzen sich aus makroökonomischen und hypothetischen Stresstests zusammen.

Um die Beteiligung der Versicherungsnehmer an allen Stresstests angemessen zu berücksichtigen, wird die Veränderung der freien Eigenmittel betrachtet.

Zusätzlich werden neben dem Basisfall definierte Szenarien (z.B. Niedrigzins) über den Planungshorizont projiziert und analysiert.

### Risikosteuerung

Unter Risikosteuerung ist die operative Umsetzung der Risikostrategie in den risikotragenden Geschäftseinheiten zu verstehen. Die Risikosteuerung erfolgt gemäß den in der Risikostrategie beschriebenen Verfahren. Die verantwortlichen Geschäftseinheiten treffen Entscheidungen zur bewussten Übernahme oder Vermeidung von Risiken. Dies geschieht unter Berücksichtigung vorgegebener Rahmenbedingungen und Risikolimitierungen bzw. der vereinbarten Schwellenwerte. Die operative Umsetzung erfolgt auch durch die jeweiligen Zeichnungs- und Anlage Richtlinien.

Die Anwendung von Risikominderungstechniken ist Teil der Risikostrategie und ihrer Einzelgesellschaften. Die Leitlinie „Rückversicherung und andere Risikominderungstechniken“ beinhaltet die zentralen Vorgaben, die Aufbauorganisation sowie die wesentliche Ablauforganisation für den Einsatz von Rückversicherung zu Zwecken der Risikominderung

	<b>Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung</b>		
--	---	--	--

und den Einsatz weiterer Risikominderungstechniken.

Die Ergebnisse des ORSA und die während der ORSA-Durchführung gewonnenen Einblicke werden im Kapitalmanagement (siehe auch Kapitel E.1.1), in der geschäftlichen Planung und bei der Entwicklung und Konzeption neuer Produkte berücksichtigt.

Der Produktmanagement-Prozess von R+V beschreibt den Prozess, der bei der Entwicklung, Konzeption und Einführung neuer Versicherungsprodukte einzuhalten ist. Dabei ist ein Bestandteil des Produktmanagement-Prozesses von R+V die Risikobeurteilung neuer Produkte. Für die Einführung neuer Finanzprodukte ist ebenfalls ein expliziter Prozess ("Neue-Produkte-Prozess") festgelegt, bei dem die mit dem neuen Finanzprodukt verbundenen Risiken beurteilt werden.

### Risikoüberwachung

Zur Risikoauslastung wird die SCR- bzw. OSN-Bedeckungsquote der KL anhand der „gelben“ (125 %) und „roten“ (110 %) Schwellenwerte bewertet und quartalsweise bzw. jährlich in der Risikokommission von R+V berichtet. Durch Projektion des OSN bzw. SCR und der Eigenmittel der KL wird vorausschauend betrachtet, ob die gesetzten Limits im Planungszeitraum eingehalten werden.

### Risikoberichtswesen

Das zentrale Risikoberichtswesen sorgt für Transparenz in der Berichterstattung. Bei wesentlichen Veränderungen von Risiken sind Meldungen an den Vorstand vorgesehen. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden den zuständigen Aufsichtsgremien im regelmäßigen Turnus zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Durchführung des ORSA-Prozesses wird ein ORSA-Bericht verfasst. Für die R+V Gruppe wird ein „einzigiger ORSA-Bericht“ verfasst. R+V übermittelt den internen ORSA-Bericht nach Freigabe durch den Vorstand als externen ORSA-Bericht an die BaFin.

Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des ORSA werden nach Abnahme durch den Vorstand an die Bereichsleiter von R+V und die Mitglieder der Risikokommission übermittelt, die diese im Rahmen der dezentralen Verantwortung an ihre Mitarbeiter weitergeben.

### Inhaltliche Verknüpfung der Unternehmenssteuerung mit den Ergebnissen des ORSA

Der Vorstand betrachtet ORSA als wichtiges Instrument, um ein umfassendes Bild über die Risiken vermittelt zu bekommen, denen R+V ausgesetzt ist oder in Zukunft ausgesetzt sein könnte. Die Ergebnisse des ORSA und die während der ORSA-Durchführung gewonnenen Einblicke werden im Kapitalmanagement, in der geschäftlichen Planung und bei der Entwicklung und Konzeption neuer Produkte berücksichtigt. Bei R+V findet daher eine inhaltliche Verknüpfung der Unternehmenssteuerung mit den Ergebnissen des ORSA statt.

Bestehende Gremien werden genutzt, um die ORSA-Ergebnisse zu hinterfragen. Dies erfolgt u.a. zu einem Großteil im Rahmen der Vorstandsklausuren. Im Rahmen dieser Klausuren und regulärer Vorstandssitzungen werden die Ergebnisse des ORSA diskutiert.

Durch den ORSA wird der Vorstand von R+V in die Lage versetzt, zu beurteilen, wie sich die Risiken im Kapitalbedarf widerspiegeln. Die Mitglieder des Vorstandes sorgen für eine angemessene Ausgestaltung des ORSA und steuern dessen Durchführung.

Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem ORSA genehmigt der Vorstand die lang- und kurzfristige Kapitalplanung unter Beachtung der von ihm festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie im Rahmen der Vorstandsklausurtagungen der R+V Versicherung AG im Frühjahr und Herbst. Dieser Plan umfasst Alternativen, um sicherzustellen, dass die Kapitalanforderungen selbst unter unerwartet ungünstigen Umständen erfüllt werden können.

## B.4 Internes Kontrollsystem

### Beschreibung des internen Kontrollsystems

Das interne Kontrollsystem (IKS) von R+V ist die Gesamtheit aller organisatorischen und technischen Maßnahmen, Kontrollen und Funktionen, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen und sicherzustellen, dass alle zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie alle aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben eingehalten werden. Das IKS soll ebenfalls sicherstellen, dass die im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit stehenden Informationen an interne oder externe Adressaten vollständig und zutreffend sind. Das IKS umfasst alle Unternehmensebenen und auch ausgegliederte Bereiche und Prozesse.

Das IKS stellt konzeptionell ein Element des gesamten integrierten Kontroll- und Steuerungssystems im Sinne des Modells der drei Verteidigungslinien dar, in dem die Zuständigkeiten und Kontrollaktivitäten aller Organisationseinheiten und der Schlüsselfunktionen ineinandergreifen.

Zur Einrichtung und Durchführung interner Kontrollen sind durch die R+V-interne Leitlinie „IKS“ alle Unternehmensbereiche verpflichtet. Die IKS-Leitlinie richtet sich an Mitarbeitende und Führungskräfte. Sie legt die Vorgaben an die risikoorientierte Prüfung der Ablauforganisation, die daran anknüpfende Implementierung und Dokumentation angemessener Kontrollmaßnahmen fest sowie die regelmäßige und anlassbezogene Überprüfung dieser Risikoeinschätzungen und der Angemessenheit der Kontrollmaßnahmen. Darüber hinaus regelt die IKS-Leitlinie die Durchführung und Dokumentation der vorgesehenen Kontrollmaßnahmen, den Umgang mit etwaig festgestellten Defiziten sowie die diesbezüglichen Melde- und Berichtswege, insbesondere auch an die Schlüsselfunktionen. Die Kontrollprozesse sind integraler Bestandteil der Aufbau- und Ablauforganisation bei R+V.

Die interne Revision der R+V überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des gesamten IKS. Dies geschieht durch unabhängige und objektive Prüfung der vorgelagerten Verteidigungslinien.

### Compliance-Funktion

Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen und in der Sicherstellung der Rechtmäßigkeit interner Vorgaben und Verfahren. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko).

Die Compliance-Funktion wird wegen der übergreifenden Organisation der Geschäftsprozesse unternehmensübergreifend durch eine zentrale Compliance-Stelle in Kooperation mit dezentralen Compliance-Stellen der Vorstandsressorts der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Die zentrale Compliance-Stelle ist bei der R+V Versicherung AG und dort beim Bereich Konzern-Recht angesiedelt. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Compliance-Funktion an die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Die Mitarbeitenden der zentralen Compliance-Stelle nehmen auch Aufgaben im Rahmen der allgemeinen Rechtsberatung wahr, wobei die Vermeidung von potenziellen Interessenkonflikten sichergestellt wird. Die Mitarbeitenden in den dezentralen Compliance-Stellen sind teilweise auch mit Aufgaben des Risikomanagements oder allgemeiner Rechtsberatung betraut, wobei auch insoweit potenzielle Interessenkonflikte vermieden werden.

Zentrales Koordinations-, Entscheidungs- und Berichtsgremium der Compliance-Funktion ist die vierteljährlich stattfindende Compliance-Konferenz. Dort werden die Aktivitäten der zentralen und de-

	<b>Funktion der internen Revision</b>		
--	---------------------------------------	--	--

zentralen Compliance-Stellen berichtet und koordiniert sowie relevante Vorfälle behandelt. In der Compliance-Konferenz finden zudem Informationsaustausch und Interaktion mit den anderen Schlüsselfunktionen statt, deren Inhaber als Gäste mit Rederecht zu jeder Sitzung geladen werden. Bei besonders gravierenden Verstößen sind Ad-hoc-Meldungen auch jenseits der Compliance-Konferenz an die zentrale Compliance-Stelle vorgesehen.

Inhaber der Compliance-Funktion ist der Leiter des Bereichs Konzern-Recht. Er berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

## B.5 Funktion der internen Revision

§ 30 VAG verpflichtet Versicherungsunternehmen eine Interne Revision einzurichten. Im Rahmen des sogenannten „Three-lines-of-defence“-Konzepts nimmt die Interne Revision ihre Aufgaben auf der dritten Verteidigungslinie wahr. Die übrigen drei Schlüsselfunktionen – die Compliance-Funktion, die Risikomanagement-Funktion sowie die versicherungsmathematische Funktion – gehören der zweiten Verteidigungslinie an.

Die Revisionsfunktion wird durch die Konzern-Revision der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Sie ist eine von den operativen Geschäftsprozessen losgelöste, unabhängige und organisatorisch selbstständige Funktion zur Überwachung aller Unternehmensbereiche. Sie ist der Geschäftsleitung unmittelbar unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden zugeordnet. Die Konzern-Revision hat zur Wahrung ihrer Aufgaben ein uneingeschränktes Informationsrecht. Der Leiter der Konzern-Revision ist verantwortlicher Inhaber der Schlüsselfunktion Interne Revision.

Die Revisionsfunktion erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und

die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen sowie der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese zu verbessern hilft.

Das Hauptziel der Revisionsfunktion ist, das Unternehmen vor Vermögensverlusten zu schützen. Die Aufgaben sowie die Aufbau- und Ablauforganisation der Internen Revision werden durch verschiedene deutsche und europäische Normen sowie verschiedene Prüfungs- und Revisionsstandards vorgegeben. Die Handlungsweisen der Revisionsfunktion orientieren sich zudem an den berufsständischen deutschen (Deutsches Institut für Interne Revision - DIIR) und internationalen Standards (Institute of Internal Auditors - IIA).

Die Revisionsplanung erfolgt risikoorientiert und wird jährlich, so auch 2018, im Revisionssystem aktualisiert. Sie beinhaltet die Prüfungsgebiete, die eine Kombination der Prüfungsthemen mit allen zu prüfenden Bereichen und Prozessen (Prüfungsuniversum) darstellen. Im Zuge der Planung werden auch Kapazitäten für außerplanmäßige Revisionsprüfungen vorgehalten.

Anti-FRAUD-Management, die Abwehr strafbarer und arglistiger Angriffe auf das Gesellschaftsvermögen, gewinnt auch in der R+V Gruppe zunehmend an Bedeutung. Seitens der Konzern-Revision wird das Thema Anti-FRAUD-Management seit mehreren Jahren zunehmend stärker koordiniert und im Unternehmen vorangetrieben.

## B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die versicherungsmathematische Funktion (VMF) ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungs-

technischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Neben dieser Kontrolltätigkeit nimmt die VMF weitere Aufgaben wahr. Dies umfasst unter anderem eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen und die Unterstützung der Risikomanagementfunktion im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung.

Die VMF erstellt einmal pro Jahr einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Erkenntnisse ihrer Aufgaben, der dem Vorstand vorgelegt wird. Zusätzlich berichtet die VMF bei Bedarf anlassbezogen an den Vorstand.

Die VMF ist so eingerichtet, dass sie frei von Einflüssen ist, die eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung beeinträchtigen können. Sie verfügt über eigene Mitarbeiter, die nur der verantwortlichen Person für die VMF unterstellt sind.

Die VMF ist gleichrangig und gleichberechtigt neben den anderen Schlüsselfunktionen, ohne dass diese gegenseitig weisungsbefugt sind. Um die geforderte Trennung von Berechnung und Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen sicherzustellen, ist die Durchführung der Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen durch die VMF jeweils organisatorisch von der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen getrennt.

Zur Abstimmung von gruppenweiten Vorgaben besteht ein gemeinsames Gremium der Versicherungsmathematischen Funktionen der R+V Gruppe („VMF-Komitee“). Daneben finden regelmäßig Gespräche mit der Funktion der internen Revision, der Compliance-Funktion sowie der Risikomanagementfunktion statt.

## B.7 Outsourcing

Das Solvency II-Recht enthält aufsichtsrechtliche Anforderungen für bestimmte Dienstleistungsverträge, mit denen das Unternehmen Tätigkeiten an andere Unternehmen auslagert. Welche Pflichten für den jeweiligen Ausgliederungsvorgang zu erfüllen sind, hängt davon ab, in welche Kategorie der Vertrag einzuordnen ist. Aufsichtsrechtlich relevant sind nur ein Teil der Ausgliederungsvorgänge, also nur Verträge über die Ausgliederung einer „Funktion“ oder „wichtigen Funktion“, einer „Versicherungstätigkeit“ oder „wichtigen Versicherungstätigkeit“ oder einer „Schlüsselfunktion“. Für Verträge, die eine Funktion bzw. Versicherungstätigkeit ausgliedern, werden bestimmte Pflichtinhalte in die Ausgliederungsverträge aufgenommen (u.a. Weisungs- und Kontrollrechte des ausgliedernden Unternehmens und der Aufsicht) und die Verträge ins Risikomanagement mit einbezogen. Bei Ausgliederung einer Schlüsselfunktion wird zusätzlich ein Ausgliederungsbeauftragter bestimmt, der den Dienstleister überwacht sowie Eignung und Zuverlässigkeit der betroffenen Mitarbeiter des Dienstleisters sichergestellt.

Die interne und externe Ausgliederung von Tätigkeiten bietet Qualitäts- und Kostenvorteile. Dabei zieht die Ausgliederung aber auch verschiedene, ausgliederungsspezifische Risiken nach sich, die identifiziert, analysiert und von einem angemessenen Risikomanagement begleitet werden.

Der Ausgliederungsprozess besteht – sowohl für externe als auch für interne Ausgliederungsvorgänge – aus vier Phasen:

- Prüfungs- und Auswahlphase
- Verhandlung und Vertragsabschluss
- Laufender Vertrag
- Beendigung und Abwicklung

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	B Governance-System	C Risikoprofil	D Bewertung für Solvabilitätszwecke	E Kapitalmanagement
	<b>Bewertung des Governance-Systems</b>			

In jeder dieser Phasen sind Vorgaben definiert, die zum großen Teil davon abhängen, wie der Ausgliederungsvertrag aufsichtsrechtlich zu klassifizieren ist.

Für die KL wurden folgende wichtige Funktionen bzw. Versicherungstätigkeiten extern ausgliedert:

- Zeichnung von Risiken im Namen der KL im Rahmen der vorgegebenen Zeichnungsvollmachten
- Vertragsverwaltung für den vermittelten Bestand
- Beitragseinzug
- Schadenbearbeitung für den vermittelten Bestand
- Regressführung

Darüber hinaus wurden folgende wichtigen Funktionen bzw. Versicherungstätigkeiten der KL intern an Gesellschaften der R+V-Gruppe ausgliedert:

- Vermögensanlage inklusive zentraler Gelddisposition/Finanzclearing, Vermögensverwaltung, Finanzplanung
- Gesellschaftsübergreifende Koordination des Rechnungswesens
- Gesellschaftsübergreifendes Controlling
- Rückversicherungsbetreuung
- EDV (Systembetrieb, Systementwicklung, Konzeption, Steuerung und IT-Sicherheitsmanagement)
- Vertriebsunterstützung und strategische Vertriebskoordination (inkl. Aufgaben des Produktmanagementprozesses)
- Rechnungswesen
- Bestandsverwaltung (inkl. Aufgaben des Produktmanagementprozesses), Leistungsbearbeitung
- Beschwerdemanagementfunktion
- Interne Revision
- Risikomanagement-Funktion
- Compliance Funktion
- Versicherungsmathematische Funktion
- Funktionsausgliederung Vertrieb (Vertriebsweg Makler)
- Funktionsausgliederung Vertrieb (übrige Vertriebswege)

Die Dienstleister sind in der Bundesrepublik Deutschland ansässig.

## B.8 Bewertung des Governance-Systems

In der Solvency II-Leitlinie „Interne Revision (Einzelgesellschaften)“ hat der Vorstand die Konzern-Revision beauftragt, eine interne Überprüfung des Governance-Systems im Rahmen von § 23 Abs. 2 VAG durchzuführen. Der Umfang der Überprüfung richtet sich insbesondere nach den Anforderungen der §§ 23 – 32 VAG (auf Gruppenebene jeweils in Verbindung mit § 275 VAG). Die Überprüfung des Governance-Systems nach § 23 Abs. 2 VAG wurde in 2018 durch die Konzern-Revision durch eine Revisionsprüfung unterstützt. Der Revisionsbericht wurde an alle Vorstände der deutschen Versicherungsgesellschaften der R+V-Gruppe verteilt.

Die Ergebnisse aus der revisionsseitigen Überprüfung des Governance-Systems ließen auf ein angemessenes und wirksames Governance-System schließen. Aus der zusammenfassenden Bewertung aller Erkenntnisquellen ergab sich, dass die Geschäftsorganisation und die Unternehmenssteuerung im Einklang mit der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie des Unternehmens standen.

Die von der BaFin im Rahmen von § 23 Abs. 2 VAG geforderte zukunftsgerichtete Gesamtbewertung des Governance-Systems (inkl. der Konzern-Revision als dessen Bestandteil) erfolgte durch den Vorstand. Der Vorstand kam, auch gestützt auf die Prüfungsergebnisse der Governance-Prüfung der Revision, zu dem Ergebnis, dass die Geschäftsorganisation und die Unternehmenssteuerung im Einklang mit der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie des Unternehmens waren.

## B.9 Sonstige Angaben

Nach derzeitiger Einschätzung liegen zum Stichtag keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

**Versicherungstechnisches Risiko**

## C Risikoprofil

Im Risikoprofil der KL werden die Risiken erfasst, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist.

Ausgangspunkt ist die Identifikation und Dokumentation sämtlicher für das Unternehmen vorhandener Risiken. Alle identifizierten Risiken werden im Rahmen der Wesentlichkeitsprüfung anhand qualitativer Kriterien eingeschätzt und als wesentlich oder nicht wesentlich eingestuft.

Die Ergebnisse der Risikoidentifikation und der Wesentlichkeitseinstufung werden im Risikoprofil dargestellt. Das Risikoprofil enthält somit alle wesentlichen und unwesentlichen Risiken.

Die KL bewertet ihre Risiken zur Messung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen mittels der Standardformel (siehe Kapitel E.2). Das Modell folgt einem Value-at-Risk Ansatz über einen einjährigen Horizont zu einem Sicherheitsniveau von 99,5 %.

Die regelmäßig durchgeführten Stresstests setzen sich aus zwei verschiedenen Stresstestarten zusammen. Es werden makroökonomische und hypothetische Stresstests berechnet. Bei den makroökonomischen Stresstests handelt es sich um risikoartenübergreifende Stresstests, in denen mehrere Risikofaktoren und Bewertungsparameter in verschiedenen Risikoarten simultan verändert werden. Die hypothetischen Stresstests hingegen sind sogenannte risikoartenspezifische Stresstests, in denen jeweils nur ein Risikoparameter verändert wird.

Nachfolgend ist die Risikoexponierung der KL zum Stichtag gemäß den aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen dargestellt:

**SCR / MCR**

IST 2018

	in TEuro
Marktrisiko	166.593
Gegenparteausfallrisiko	4.901
Lebensversicherungstechnisches Risiko	502
Krankenversicherungstechnisches Risiko	0
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	296.954
Diversifikation	-91.324
Risiko immaterielle Vermögenswerte	0
<b>Basissolvenzkapitalanforderung</b>	<b>377.625</b>
Operationelles Risiko	26.820
Verlustrückstellungsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	0
Verlustrückstellungsfähigkeit der latenten Steuern	-121.435
<b>Solvenzkapitalanforderung</b>	<b>283.011</b>
<b>Mindestkapitalanforderung</b>	<b>107.102</b>

### C.1 Versicherungstechnisches Risiko

#### Risikoexponierung

##### Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko

Die KL ist der Spezialversicherer des deutschen gewerblichen Güterkraftverkehrs. Ihr Versicherungsprogramm umfasst das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft, wobei sie primär die Versicherungszweige Kraftfahrt und Transport betreibt. In geringem Umfang wird auch das übernommene Versicherungsgeschäft betrieben. Aufgrund dieses Geschäftsmodells wurde für die Gesellschaft das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko mit allen Submodulen identifiziert. Da die Submodule Prämien- und Reserverisiko sowie Katastrophenrisiko Nichtleben als wesentlich eingestuft werden, ist das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko der KL gesamthaft als wesentlich einzustufen.

NICHTLEBENSVERSICHERUNGSTECHNISCHES RISIKO		
Risiken	Beschreibung	Einstufung
<b>Nichtlebensversicherungs-technisches Risiko</b>	Das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Nicht-Lebensversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	<b>Wesentlich</b>
Prämien- und Reserverisiko	Das Prämien- und Reserverisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf das Eintreten und den Betrag der Schadenabwicklung ergibt.	Wesentlich
Katastrophenrisiko Nichtleben	Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer signifikanten Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.	Wesentlich
Stornorisiko	Das Stornorisiko beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsraten von Versicherungspolice ergibt.	Nicht wesentlich

### Prämien- und Reserverisiko

Prämien sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen so kalkuliert, dass die eingenommenen Prämien zur Deckung der zukünftig anfallenden Schäden und Kosten ausreichen. Um die zukünftigen Verpflichtungen für bereits im Bestand befindliche Verträge in der Bilanz darzustellen, werden mit Hilfe aktuarieller Verfahren Prämienrückstellungen gebildet. Zur Darstellung der zukünftigen Verpflichtungen aus bereits eingetretenen Schadenfällen werden Schadenrückstellungen gebildet.

Die Möglichkeit der zufälligen Abweichung von den Annahmen bei der Preisfestlegung wie auch bei der Bildung der Schadenrückstellungen ist ein inhärentes Risiko eines Schaden-/Unfallversicherers. Aus diesem Grund wird das Prämien- und Reserverisiko der KL als wesentlich eingestuft.

### Katastrophenrisiko Nichtleben

Ein Katastrophenereignis bei einem Versicherungsunternehmen ist dadurch charakterisiert, dass ein Schadenereignis im Gegensatz zu Einzelschadenfällen sehr viele Versicherungsnehmer gleichzeitig trifft. Beim Katastrophenrisiko Nichtleben werden die folgenden Risiken unterschieden:

- Naturkatastrophenrisiko: Dieses kann sich in allen Versicherungszweigen realisieren, die eine Elementardeckung anbieten. Die Gefahren Sturm, Hagel, Erdbeben und Überschwemmung sind bei der KL potentiell risikoreiche Gefahren
- Von Menschen verursachte Katastrophen (Man-Made-Risiko): Für das Risikoprofil der KL sind Man-Made-Risiken aus den Geschäftsbereichen Kraftfahrt-Haftpflicht, Haftpflicht, Luftfahrt, Feuer sowie Seefahrt relevant
- Sonstige Katastrophen

Die KL ist aufgrund des betriebenen Geschäfts diesen Risiken ausgesetzt. Durch den oben beschriebenen Charakter eines Katastrophenereignisses kann der dadurch entstehende Schaden in ungünstigen Fällen immens sein. Aufgrund der potentiell hohen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis wird das Katastrophenrisiko als wesentliches Risiko eingestuft.

### Lebensversicherungstechnisches Risiko

Es wurden das Langlebigkeits-, das Lebensversicherungskosten- und das Revisionsrisiko für die KL identifiziert. Da diese Subrisiken des Lebensversicherungstechnischen Risikos als nicht wesentlich

		Versicherungstechnisches Risiko		
--	--	---------------------------------	--	--

eingestuft werden, ist das Lebensversicherungstechnische Risiko der KL auch gesamthaft als nicht wesentlich einzustufen.

### Krankenversicherungstechnisches Risiko

Die KL ist ein Schaden-/Unfallversicherer und bietet im Versicherungszweig Kraftfahrt die Kraftfahrt-Unfallversicherung an. Daher wurde für die Gesellschaft das krankenversicherungstechnische Risiko identifiziert und als nicht wesentlich eingestuft. Es werden das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Leben, nAd Nichtleben und das Katastrophenrisiko Krankenversicherung für die KL identifiziert. Da alle Submodule als nicht wesentlich eingestuft werden, ist das krankenversicherungstechnische Risiko der KL auch gesamthaft als nicht wesentlich einzustufen.

### Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Die Steuerung des Prämien- und Reserverisikos erfolgt durch eine gezielte Risikoselektion, eine risikogerechte Tarif- und Produktgestaltung sowie durch ertragsorientierte Zeichnungsrichtlinien. Zur Aufrechterhaltung eines ausgewogenen Risikoprofils achtet die KL bei großen Einzelrisiken auf adäquaten Rückversicherungsschutz. Durch den Einsatz von Planungs- und Steuerungsinstrumenten wird das Management frühzeitig in die Lage versetzt, unerwartete oder gefährliche Bestands- und Schadenentwicklungen zu erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen der veränderten Risikosituation begegnen zu können. Um die genannten Risiken beherrschbar zu machen, unterliegt die Preisfindung einer genauen Kalkulation unter Verwendung mathematisch-statistischer Modelle.

Zur Risikominderung in der Versicherungstechnik kauft die KL obligatorischen und fakultativen Rückversicherungsschutz ein, formuliert Risikoabschlüsse und gestaltet risikogerechte Selbstbehalt-Modelle. Im Zusammenhang mit Rückversicherungsentscheidungen erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Risikotragfähigkeit. Daraus leiten

sich Rückversicherungsstrukturen und Haftungsstrecken ab.

### Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen entstehen durch das Eingehen von einzelnen Risiken oder stark korrelierten Risiken, welche durch ein hohes Schaden- und Ausfallpotenzial gekennzeichnet sind.

Gegenstand regelmäßiger Analysen des Versicherungsbestands sind Risikokonzentrationen und deren Veränderung im Zeitablauf. Die Nutzung geografischer Diversifikation und der Einsatz von Zeichnungsrichtlinien bilden die Basis der Steuerung des Risikos aus Naturkatastrophen.

### Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko erfolgt eine Stressbetrachtung der erwarteten Inflation in der Schadenabwicklung. Im Prämien- und Reserverisiko sind die Rückstellungen der treibende Input zur Berechnung des Risikos. Aus diesem Grund wird für den hypothetischen Stresstest der Versicherungstechnik bei der Schadenerwartung eine zusätzliche Schadeninflation pro Jahr angenommen.

Im versicherungstechnischen Stresstest (Inflation) sinkt das Stornorisiko um 1.094 TEuro, das Prämien- und Reserverisiko steigt um 4.151 TEuro an. Insgesamt steigt das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko um 3.888 TEuro, das SCR um 11.742 TEuro. Die versicherungstechnischen Rückstellungen steigen um 35.691 TEuro, sodass die Eigenmittel sich insgesamt um -25.588 TEuro verändern.

Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit im Stresstest um 20 %-Punkte. Es ergeben sich keine wesentlichen Änderungen in der Bedeckung, sodass die Risikotragfähigkeit der KL auch unter diesem Szenario ausreichend sichergestellt ist.

	Vor Stress	Inflation
31.12.2017		
<b>Bedeckungsquote</b>	275,3%	255,7%

Im Rahmen der Stresstestberechnungen wurden keine weitergehenden risikoreduzierenden oder eigenmittelerhöhenden Maßnahmen berücksichtigt, welche die Gesellschaft bei Eintritt eines solchen

Szenarios ergreifen würde. Grundsätzlich ist aktuell keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit zu erkennen, sodass keine Maßnahmen erforderlich sind.

## C.2 Marktrisiko

### Risikoexponierung

MARKTRISIKO			
Risiken	Beschreibung	Mapping zu den Solvency II- Modulen	Einstufung
<b>Marktrisiko</b>	Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder in der Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen. Es spiegelt zudem die strukturelle Inkongruenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten insbesondere im Hinblick auf deren Laufzeit wider.		<b>Wesentlich</b>
Zinsrisiko	Das Zinsrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinskurve oder in Bezug auf die Volatilität der Zinssätze.	Zinsrisiko	Wesentlich
Aktienrisiko	Das Aktienrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien.	Aktienrisiko	Wesentlich
Immobilienrisiko	Das Immobilienrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.	Immobilienrisiko	Wesentlich
Spreadrisiko	Das Spreadrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Credit-Spreads über der risikofreien Zinskurve. Dabei setzt sich dieser Spread im Allgemeinen aus verschiedenen Komponenten zusammen (z.B. Prämien für potentielle Ausfälle, steuerliche Aspekte und eingeschränkte Liquidität/Fungibilität).	Spreadrisiko	Wesentlich
Währungsrisiko	Das Währungsrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse.	Währungsrisiko	Wesentlich
Beteiligungsrisiko	Beteiligungsrisiko bezeichnet das Risiko, dass sich aus Wertveränderungen des Beteiligungsportfolios ergibt.	Aktienrisiko	Wesentlich

Die KL ist eine Sachversicherungsgesellschaft der R+V und primär in den Versicherungszweigen Kraftfahrt und Transport tätig. In geringem Umfang wird auch das übernommene Versicherungsgeschäft betrieben.

Die Anlagepolitik der Gesellschaft trägt durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung. Dies führt in der Folge dazu, dass bei der KL alle im Marktrisiko auftretenden Submodule in signifikantem Umfang

		<b>Marktrisiko</b>		
--	--	--------------------	--	--

vorhanden sind. Einen besonderen Anlageschwerpunkt bilden Kapitalanlagen in festverzinsliche Wertpapiere.

Aufgrund dieses Schwerpunktes können ein anhaltendes Zinstief und enge Credit-Spreads die R+V vor zusätzliche Herausforderungen stellen, sodass die Submodule Zins- und Spreadrisiko für die KL als besonders wesentlich eingestuft werden.

Bei der KL werden Aktien im Rahmen einer langfristigen Anlagestrategie zur Sicherstellung der Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern genutzt. Es besteht nicht der Anspruch, aus den kurzfristigen Schwankungen durch Realisierungen Gewinne zu erzielen.

Währungsrisiken aus in Fremdwährungen gehaltenen Kapitalanlagen und Immobilienrisiken sind für die KL ebenfalls aufgrund der relativen Höhe dieser Investments als wesentlich einzustufen.

Das Beteiligungsrisiko der KL ist aufgrund der absoluten Höhe der von der Gesellschaft gehaltenen Beteiligungen als wesentlich einzustufen.

### Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Die Steuerung der Risiken aus der Kapitalanlage erfolgt innerhalb der von EIOPA vorgegebenen Leitlinien, der Vorschriften des VAG, der aufsichtsrechtlichen Rundschreiben und der internen Anlagerichtlinien. Die Einhaltung der internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlagerisiko sowie der weiteren aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird bei der KL durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Dabei umfasst die Steuerung der Risiken sowohl ökonomische als auch bilanzielle Aspekte. Auf organisatorischer Ebene begegnet die KL Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Anlage, Abwicklung und Controlling.

Die KL nimmt fortlaufend Erweiterungen und Verfeinerungen des Instrumentariums zur Risikoidentifikation, -bewertung und -analyse bei der Neuanlage und der Beobachtung des Anlagebestands vor, um den Veränderungen an den Kapitalmärkten zu begegnen und Risiken frühzeitig zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Kapitalanlagerisiken begegnet die KL grundsätzlich durch Beachtung des Prinzips einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität, um die Qualität des Portfolios zu gewährleisten. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen trägt die Anlagepolitik der KL dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung.

Bei R+V werden regelmäßige Untersuchungen zum Asset-Liability-Management durchgeführt. Mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden Auswirkungen eines lang anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie volatiler Kapitalmärkte systematisch geprüft.

### Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen sind Ansammlungen von Einzelrisiken, die aufgrund hoher Abhängigkeiten bzw. verwandter Wirkungszusammenhänge mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit gemeinsam schlagend werden. Die Abhängigkeiten und die Verwandtschaft der Wirkungszusammenhänge offenbaren sich teilweise erst in Krisensituationen.

Nach § 124 VAG müssen Versicherungsunternehmen ihre gesamten Vermögenswerte nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht anlegen. Zu den gesetzlichen Anforderungen dieses Grundsatzes gehört auch:

- Anlagen sind in angemessener Weise so zu mischen und zu streuen, dass eine übermäßige Abhän-

gigkeit von einem bestimmten Vermögenswert oder Emittenten oder von einer bestimmten Unternehmensgruppe oder einem geografischen Raum und eine übermäßige Risikokonzentration im Portfolio als Ganzem vermieden werden und - Vermögensanlagen bei demselben Emittenten oder bei Emittenten, die derselben Unternehmensgruppe angehören, dürfen nicht zu einer übermäßigen Risikokonzentration führen.

R+V hat diese Anforderungen aus dem VAG weiter konkretisiert in ihrer Risikomanagementleitlinie für das Anlagerisiko. Dort sind insbesondere die quantitativen Beschränkungen zur Mischung sowie die schuldnerbezogenen Beschränkungen zur Streuung festgelegt.

Im Sinne einer weiteren Detaillierung werden die Grundsätze aus der Risikomanagementleitlinie für das Anlagerisiko durch spezielle Richtlinien ergänzt, die Vorgaben und Bestimmungen zu einzelnen Anlageklassen beinhalten. Im Rahmen dieser speziellen Richtlinien sind weitere spezifische quantitative und schuldnerbezogene Beschränkungen für die jeweilige Anlageform definiert.

Die Umsetzung dieser Normen bei Kapitalanlagen führt dazu, dass das Versicherungsunternehmen eine weitgehende Diversifizierung der Anlagerisiken beachtet und somit Risikokonzentrationen weitgehend vermieden werden.

### Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Markttrisiko werden seitens der KL diverse hypothetische Stresstests durchgeführt, um die Auswirkungen eines Stresses einer einzelnen Risikoart auf die Risikotragfähigkeit der KL zu analysieren. Diese hypothetischen Stresstests für das Markttrisiko umfassen dabei die Subrisikokategorien Zinsrisiko, Spreadrisiko sowie Aktienrisiko.

Im Hinblick auf das Zinsrisiko wird eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve +/- 110 Basispunkte simuliert. Bei diesen Zinsszenarien wird ein Auf- bzw. Abschlag auf die momentane Swapzinskurve vorgenommen.

Durch die Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 110 Basispunkte nach oben sinkt das Markttrisiko um 8.806 TEuro. Der Rückgang des Risikokapitals für das Markttrisiko resultiert aus einem Rückgang des Zinsrisikos um 6.458 TEuro in Verbindung mit einem Rückgang des Spreadrisikos um 6.090 TEuro. Das SCR sinkt um 937 TEuro, die versicherungstechnischen Rückstellungen um 33.593 TEuro. Die Eigenmittel verändern sich insgesamt um -54.441 TEuro. Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit aus diesem Grund um 18 %-Punkte.

Im entgegengesetzten Szenario, Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 110 Basispunkte nach unten, steigt das Markttrisiko um 11.043 TEuro. Der Anstieg des Risikokapitals für das Markttrisiko folgt im Wesentlichen einem Anstieg des Zinsrisikos sowie des Spreadrisikos um 8.527 TEuro bzw. um 7.288 TEuro. Das SCR steigt um 590 TEuro, die versicherungstechnischen Rückstellungen um 37.596 TEuro. Die Eigenmittel verändern sich insgesamt um 64.038 TEuro. Die Bedeckungsquote steigt im Stress um 22 %-Punkte.

Das Aktienrisiko wird durch einen weltweiten Aktienkursrückgang gestresst.

Durch den simulierten Schock am Aktienmarkt sinkt das Markttrisiko um 13.289 TEuro. Dies resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang des Aktienrisikos um 13.902 TEuro. Das SCR sinkt um 8.034 TEuro. Die versicherungstechnischen Rückstellungen verändern sich nur marginal. Die Eigenmittel sinken insgesamt um 44.605 TEuro. Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit um 8 %-Punkte.

Für das Spreadrisiko erfolgt die Simulation eines Anstiegs der Creditspreads in den Segmenten Bank und Corporate. Der Creditspread-Stresstest ist dabei als rein aktivseitiger Stresstest konzipiert.

Im Ergebnis führen die gestiegenen Creditspreads hauptsächlich zu einem Rückgang des Spreadrisikos um 6.907 TEuro sowie des Aktienrisikos um

		<b>Marktrisiko</b>		
--	--	--------------------	--	--

2.256 TEuro. Dies führt insgesamt zu einem Rückgang des Marktrisikos um 7.625 TEuro. Das SCR steigt um 9.028 TEuro. Die versicherungstechnischen Rückstellungen verändern sich nur marginal. Die Eigenmittel sinken insgesamt um 51.384 TEuro, was die Bedeckungsquote im Stress um 26 %-Punkte sinken lässt.

Bei den oben gezeigten Stresstests des Marktrisikos zeigt die Gesellschaft abhängig vom Stressszenario eine hohe bzw. ausreichende Risikotragfähigkeit.

	Vor Stress	Zinsanstieg, 110BP	Zinsrückgang, 110 BP	Aktienkurs- rückgang	Spreadanstieg Bank, Corporate
31.12.2018					
<b>Bedeckungsquote</b>	275,3%	256,9%	297,3%	267,2%	249,2%

Im Rahmen der Stresstestberechnungen wurden keine weitergehenden risikoreduzierenden oder eigenmittelerhöhenden Maßnahmen berücksichtigt, welche die Gesellschaft bei Eintritt eines solchen

Szenarios ergreifen würde. Grundsätzlich ist aktuell keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit zu erkennen, sodass keine Maßnahmen erforderlich sind.

## C.3 Kreditrisiko

### Risikoexponierung

KREDITRISIKO			
Risiken	Beschreibung	Mapping zu den Solvency II-Modulen	Einstufung
<b>Kreditrisiko</b>	Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus dem Ausfall von Gegenparteien (Kreditnehmer, Emittenten, Kontrahenten und Rückversicherungsunternehmen) sowie aus der Migration der Bonität dieser Adressen.		<b>Wesentlich</b>
<b>Ausfallrisiko</b>	Beim Ausfallrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Verluste aus dem Ausfall von Gegenparteien entstehen. Darunter fallen:		Wesentlich
- Kreditnehmer	- Kreditnehmer (Zinszahlungen und Forderungen),	Gegenparteiausfallrisiko	Nicht wesentlich
- Emittenten	- Emittenten handelbarer Schuld-/Beteiligungstitel (Schuldverschreibungen, Aktien, Genussscheine o.ä.),	Spreadrisiko	Wesentlich
- Aktien	- Kontrahenten (ggf. positive Marktwerte von Derivaten) oder	Aktienrisiko	Wesentlich
- Kontrahenten	- Rückversicherungsunternehmen (Absicherung von Verbindlichkeiten)	Gegenparteiausfallrisiko	Wesentlich
- Rückversicherungsunternehmen		Gegenparteiausfallrisiko	Wesentlich
<b>Migrationsrisiko</b>	Das Migrationsrisiko bildet die Gefahr von Wertverlusten ab, die durch eine Verschlechterung der Bonitätseinstufung (Ratingmigration) eines		Wesentlich
- Emittenten	- Emittenten handelbarer Schuld-/Beteiligungstitel (Schuldverschreibungen, Genussscheine o.ä.), oder	Spreadrisiko	Wesentlich
- Kontrahenten	- Kontrahenten (CVA-Risiko) entstehen. CVA (Credit Valuation Adjustment) stellt hierbei die Wertanpassung von außerbörslich gehandelten Derivaten für erwartete Verluste aus dem Ausfall einer Gegenpartei dar.	Gegenparteiausfallrisiko	Wesentlich
<b>Verwertungsrisiko</b>	Das Verwertungsrisiko resultiert sowohl aus der Unsicherheit über die Verwertungsquote vorhandener Sicherheiten als auch aus der Unsicherheit über die Einbringungsquote (Recovery Rate) nach dem Ausfall von Gegenparteien.		Wesentlich
- Kreditnehmer		Gegenparteiausfallrisiko	Nicht wesentlich
- Emittenten		Spreadrisiko	Wesentlich

Kreditrisiken bestehen in einer möglichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Emittenten bzw. Schuldern und der daraus resultierenden Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder bonitätsbedingter Wertminderungen. Die Kapitalanlage der Gesellschaft weist grundsätzlich eine hohe Bonität und eine solide Besicherungsstruktur auf. In den dominierenden Branchen Öffentliche Hand und Finanzsektor handelt es sich insbesondere um Forderungen in Form von Staatsanleihen und gesetzlich besicherten deutschen und europäischen Pfandbriefen.

Trotzdem sind aufgrund des hohen Anteils der festverzinslichen Wertpapiere am Gesamtbestand die damit verbundenen Risiken als wesentlich einzustufen.

Die KL sichert das Portfolio in verschiedenen Sparten aus dem Bereich Schaden/Unfall durch Rückversicherungsverträge ab. Trotz spartenspezifischer Anforderungen an die Ratings der Gegenparteien kann der Ausfall einer Gegenpartei nachhaltig negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage der Gesellschaft nach sich ziehen, weshalb das Risiko aus Sicht der Gesellschaft als wesentlich eingeschätzt wird.

### Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Den Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und an Versicherungsvermittler wird durch ein effektives Forderungsausfallmanagement begegnet. Zudem wird dem Forde-

		Liquiditätsrisiko		
--	--	-------------------	--	--

rungsausfallrisiko durch angemessene Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen, die nach den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit ausreichend bemessen sind.

Das Ausfallrisiko für die Abrechnungsforderungen wird durch die ständige Überwachung der Standard & Poor's-Ratings und die sonstigen am Markt verfügbaren Informationsquellen begrenzt.

Um Kontrahenten- und Emittentenrisiken zu beurteilen, zieht die KL zur Unterstützung die Einschätzungen internationaler Ratingagenturen heran, die durch eigene Bonitätsanalysen ergänzt werden. Für die wesentlichen Gegenparteien wird die Einhaltung der Limite fortlaufend überprüft. Die Auslastung der Limite und Einhaltung der Anlagerichtlinien wird regelmäßig überwacht.

### Risikokonzentrationen

Zum Umgang mit Risikokonzentrationen wird auf die Ausführungen zu Risikokonzentrationen innerhalb des Marktrisikos verwiesen.

### Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Gegenparteausfallrisiko der KL ist lediglich die Ausfallwahrscheinlichkeit der Gegenpartei (Probability of Default) ein Risikofaktor. Im Gegenparteausfallrisiko werden jedoch nur OTC Derivate (im Wesentlichen Devisentermingeschäfte und Swaps) betrachtet, deren Bestand aufgrund ihres geringen Volumens als immateriell eingestuft wird. Aus diesem Grund erfolgen keine Stresstests für das Gegenparteausfallrisiko der KL.

Stresstests für das Spreadrisiko, welches gemäß der internen Risikokategorisierung der KL und der Standardformel unter dem Marktrisiko geführt wird, sind entsprechend unter dem Marktrisiko in Kapitel C.2 beschrieben.

## C.4 Liquiditätsrisiko

Für eine Versicherung bedeutet Liquiditätsrisiko, dass das Unternehmen nicht in der Lage ist, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Das grundsätzliche Risiko von Marktwertverlusten wird jedoch bereits in den Modulen Zins-, Spread- und Aktienrisiko berücksichtigt und quantifiziert. Die mangelnde Fungibilität wird im Spreadrisiko durch entsprechende Aufschläge berücksichtigt und quantifiziert. Eine zusätzliche Kapitalunterlegung ist nicht erforderlich.

Um dem Liquiditätsrisiko zu begegnen, wird die Liquidität von R+V zentral gesteuert. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird eine integrierte Simulation zur Bestands- und Erfolgsentwicklung im Kapitalanlagebereich sowie zur Entwicklung der Cashflows durchgeführt. Basis der Steuerung ist der prognostizierte Verlauf aller wesentlichen Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung.

Der „bei künftigen Prämien einkalkulierte erwartete Gewinn (EPIFP)“ zum Stichtag 31. Dezember 2018 beträgt 35.176 TEuro.

## C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko wird für die KL als wesentlich eingestuft.

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- und systembedingten oder externen Vorfällen. Das operationelle Risiko umfasst auch Compliance- und Rechtsrisiken.

Für das operationelle Risiko werden Szenarien identifiziert. Zur Plausibilisierung der Szenarien sowie

zur Früherkennung von möglichen negativen Entwicklungen wurden geeignete quantitative oder qualitative Indikatoren entwickelt und dem entsprechenden Szenario zugeordnet. Die Überprüfung der Szenarien findet jährlich statt.

## C.6 Andere wesentliche Risiken

### Länderrisiko

Das Länderrisiko umfasst die Gefahr, dass seitens einer ausländischen Regierung Restriktionen erlassen werden, die den Transfer von Finanzmitteln von Schuldern dieses Landes an ausländische Gläubiger untersagen. Für die KL ist dieses Risiko aufgrund existierender Investitionen außerhalb Deutschlands und auch aufgrund der Höhe der Investments als wesentlich einzustufen. Das Länderrisiko bezieht sich jedoch nicht auf eine Migration oder einen Ausfall des betreffenden Landes und der emittierten Verpflichtungen, da diese Risiken bereits im Kreditrisiko berücksichtigt werden.

### Modellrisiko

Zur Risikomessung werden verschiedene Modelle eingesetzt. Durch den Einsatz dieser Modelle entsteht ein Risiko bezüglich der angemessenen Auswahl und Spezifikation (z.B. Unwägbarkeiten in der Parametrisierung). Aufgrund der Identifikation dieses Risikos in verschiedenen Modulen der Standardformel wird das Modellrisiko für die KL als wesentlich eingeschätzt.

### Strategisches Risiko

Bei der KL wurde das strategische Risiko identifiziert. Um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben, ist es für die Gesellschaft existenziell notwendig auf veränderte Rahmenbedingungen adäquat zu reagieren sowie ein aktives Kostenmanagement zu betreiben. Des Weiteren kann die verspätete oder ausbleibende Steuerung des eigenen Portfolios aufgrund Veränderungen der Marktpreise, Verhalten der

Marktteilnehmer in Bezug auf die angebotene Produktpalette oder generellen Trends in der Versicherungsbranche ein strategisches Risiko darstellen. Hinsichtlich der Risikominderung aus Rückversicherung entsteht ein strategisches Risiko insbesondere daraus, dass sich grundsätzlich gegen die Absicherung entschieden werden kann oder die Platzierung der Risiken des Versicherungsunternehmens bei Rückversicherern nicht oder nur in unzureichender Form möglich ist. Aus diesen Gründen wird die Wesentlichkeit des strategischen Risikos festgestellt.

### Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko wird für die KL als wesentlich eingestuft, da es für die Gesellschaft existenziell notwendig ist, sich einen guten Ruf gegenüber Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern, Aktionären, Öffentlichkeit und Aufsicht zu bewahren und damit weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben. Vor dem Hintergrund des durch neue Medien veränderten Kommunikationsverhaltens und der dadurch erhöhten Verbreitungsgeschwindigkeit von schlechten Unternehmensnachrichten, hat dieses Risiko stark an Bedeutung gewonnen.

## C.7 Sonstige Angaben

Nach derzeitiger Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

## D Bewertung für Solvabilitätszwecke

Ziel ist das Aufstellen einer Bilanz mit Marktwerten oder marktkonsistent bewerteten Aktiva und Passiva (nachfolgend „Solvabilitätsübersicht“) im Sinne der Vorgaben von Solvency II (vergleiche §§ 74 bis 88 VAG). In der Solvabilitätsübersicht sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten.

In Bezug auf die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gilt nach § 74 VAG:

- Der beizulegende Zeitwert entspricht für Vermögenswerte dem Betrag, zu dem die Vermögenswerte zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten.
- Der beizulegende Zeitwert entspricht für Verbindlichkeiten dem Betrag, zu dem die Verbindlichkeiten zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten. Eine Berichtigung der Bewertung, um die Bonität des Versicherungsunternehmens zu berücksichtigen, findet nicht statt.

Grundsätzlich besteht die Anforderung, verlässliche und beobachtbare Marktpreise anzusetzen, das heißt eine „mark to market“ Bewertung vorzunehmen. Ist dies nicht möglich, so werden konstruierte „Marktpreise“ unter Berücksichtigung aller vorhandenen Marktinformationen verwendet („mark to model“).

Für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die weder zu den versicherungstechnischen Rückstellungen noch zu den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen gehören, gilt weiterhin:

- Ansatz und Bewertung erfolgen nach International Financial Reporting Standards (IFRS), sofern Konformität zu § 74 VAG nachweisbar ist.

- Ist die Bewertung nach IFRS temporär beziehungsweise permanent nicht konsistent, so ist eine alternative, zu § 74 VAG konsistente Bewertungsmethode anzuwenden.
- Einzelne Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind separat zu bewerten.

Die Bewertung erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung, also jeweils mit dem Going-Concern-Ansatz.

Für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der genannten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ist seitens der Rechtsgrundlagen von Solvency II eine dreistufige Bewertungshierarchie vorgegeben. Level 1 sieht eine Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu Marktpreisen vor, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten notiert sind. Sofern die Kriterien von Level 1 nicht erfüllt sind, erfolgt eine Bewertung zu Marktpreisen ähnlicher Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die an aktiven Märkten notiert sind (Level 2). Hierbei sind Korrekturen für preisrelevante Unterschiede zwischen dem Bewertungs- und Vergleichsobjekt zu berücksichtigen. Fehlt es an Marktpreisen an aktiven Märkten, so sind in Level 3 der Bewertungshierarchie alternative Bewertungsmethoden heranzuziehen, um die beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu bestimmen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden ebenfalls gemäß Solvency II ökonomisch bewertet. Anstelle des Vorsichtsprinzips der deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung entspricht der angesetzte ökonomische Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem aktuellen Betrag, der bei einer Übertragung der Versicherungspflichten von einem auf das andere Unternehmen gezahlt würde.

Die Unterschiede zwischen der Bilanz gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und der ökonomischen Solvabilitätsübersicht begründen sich im Wesentlichen durch ausweistechnische Unterschiede sowie durch abweichende Bewertungsmethoden. Beispiele für wesentliche Unterschiede sind hierbei stille Reserven oder Lasten bei der handelsrechtlichen Bewertung der Kapitalanlagen und die nach HGB vorsichtige Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Bewertung von Investmentfonds sowie der Ausweis von einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen.

Die nachfolgenden Abschnitte geben eine quantitative und qualitative Beschreibung der zugrundeliegenden Bewertungsmethoden sowie Ergebnisse der Solvabilitätsübersicht der KL einschließlich der wesentlichen Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Bilanzierung zum Stichtag. Die HGB-Vergleichsspalte beinhaltet die HGB-Werte in der nach Solvency II-Vorgaben umgegliederten Bilanzstruktur.

## D.1 Vermögenswerte

### Latente Steueransprüche

Latente Steuern werden gemäß Solvency II für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten berücksichtigt, bei denen der Wertansatz in der Steuerbilanz von dem in der Solvabilitätsübersicht abweicht. Aktive latente Steuern sind zu bilanzieren, wenn Aktivposten in der Solvabilitätsübersicht niedriger oder Passivposten höher anzusetzen sind als in der Steuerbilanz und sich diese Differenzen in der Zukunft mit steuerlicher Wirkung wieder ausgleichen (temporäre Differenzen). Entsprechend sind passive latente Steuern zu bilanzieren, wenn Aktivposten in der Solvabilitätsübersicht höher oder Passivposten niedriger anzusetzen sind als in der Steuerbilanz.

Das Konzept der Berechnung der latenten Steuern in der Solvabilitätsübersicht folgt dabei grundsätzlich den Regelungen der IFRS gemäß IAS 12.

Die KL geht bei der Berechnung der latenten Steuern in der Solvabilitätsübersicht zweistufig vor: Die latenten Steuern gemäß IFRS werden in geeigneter Weise in die Solvabilitätsübersicht übernommen und die Bewertungsunterschiede zwischen IFRS und Solvency II mit zusätzlichen latenten Steuern belegt. Die Bewertungsunterschiede werden mit dem individuellen Unternehmenssteuersatz der KL multipliziert, wobei steuerliche Spezialregelungen zur Anwendung kommen. Am Stichtag bereits beschlossene Steuersatzänderungen werden berücksichtigt.

Abhängig davon, ob sich für einen Wertunterschied latente Steueransprüche oder latente Steuerschulden ergeben, wird dieser dem Bilanzposten „latente Steueransprüche“ oder „latente Steuerschulden“ zugeordnet. Latente Steueransprüche werden maximal in Höhe der latenten Steuerschulden aktiviert, da Ansprüche bis zu dieser Höhe als werthaltig angesehen werden.

Für die Sicherstellung der Werthaltigkeit ist dabei der Zeitpunkt entscheidend, zu dem steuerliche Erträge und Aufwendungen anfallen: Um steuerliche Verlustvorträge nutzen zu können, müssen die Aufwendungen zeitlich grundsätzlich vor den Erträgen anfallen.

Die aktiven latenten Steuern der KL stammen insbesondere aus den folgenden Sondereffekten:

- Latente Steuern auf die Risikomarge
- Zweistufige Berechnung der latenten Steuern

Für die Sondereffekte wurde das Vorliegen der benötigten zeitlichen Abfolge von Erträgen und Aufwendungen nachgewiesen. Im Rahmen der Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer wurde u.a. die Werthaltigkeitsanalyse aktiver latenter Steuern überprüft und als angemessen beurteilt.

Aufgrund abweichender handels- und steuerrechtlicher Wertansätze ergeben sich bei der KL zum 31. Dezember 2018 in der Handelsbilanz ausschließlich

## Vermögenswerte

aktive latente Steuern. Die aktiven latenten Steuern wurden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 S. 2 HGB nicht bilanziert.

### Immobilien für den Eigenbedarf und Sachanlagen

In der Solvabilitätsübersicht wird unter diesem Posten bei der KL die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgte die Bewertung zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben wurden. Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 250 Euro und 1.000 Euro lagen, wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über fünf Jahre – beginnend mit dem Jahr der Bildung – abgeschrieben wird.

Weiterhin werden in dieser Position auch eigengenutzte Immobilien geführt. Unter Solvency II erfolgt eine Bewertung zum Marktwert. Dieser ergibt sich u.a. aus der Bewertung der zugrundeliegenden Bodenrichtwerte. Eine Aktualisierung erfolgt alle fünf Jahre.

Gemäß HGB werden diese eigengenutzten Immobilien mit den um Abschreibungen geminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bei einer dauernden Wertminderung bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgten linear. Zuschreibungen erfolgten gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB; jedoch maximal auf die um planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungs- und Herstellungskosten.

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Geschäfts- oder Firmenwert	-	0
Abgegrenzte Abschlusskosten	-	0
Immaterielle Vermögenswerte	0	0
Latente Steueransprüche	100.046	0
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	878	0
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	29.501	15.023
<b>Summe</b>	<b>130.424</b>	<b>15.023</b>

### Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)

Alle Kapitalanlagen außer Grundstücke und Gebäude sowie Beteiligungen zählen zu den finanziellen Vermögenswerten, die gemäß Solvency II zum Marktwert bewertet werden. Die Zuordnung der Anlagen zu den Kategorien nach Solvency II weicht ggf. von den Eingruppierungen nach HGB ab. Prinzipiell ist eine Deckungsgleichheit der Anlagen nach Solvency II und HGB gewährleistet.

Grundlegend werden Anlagen, die auf einem aktiven Markt gehandelt werden, entsprechend der zum Bilanzstichtag an den Finanzmärkten notierten Preise bewertet. Außerbörslich gehandelte Wertpapiere werden anhand der an den Finanzmärkten allgemein anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Die im Rahmen der Solvabilitätsübersicht offengelegten beizulegenden Zeitwerte entsprechen weitgehend den Zeitwerten, die im Anhang des Geschäftsberichtes gemäß den Vorschriften § 54 ff. der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) veröffentlicht werden.

Grundlegende Unterschiede in der Darstellung der Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den regulatorischen Anforderungen gemäß Solvency II bestehen im Hinblick auf die Bewertungsmethode und die geforderte Gliederung.

Die Grundlage für die Zugangs- und Folgebewertung von Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften bilden die gesetzlichen Vorschriften gemäß § 253 HGB.

Diesen Vorschriften folgend werden Anlagen in Folgeperioden entsprechend zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zu beizulegenden Werten bewertet, wobei die historischen Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, die jeweilige Obergrenze bei der Folgebewertung bilden. Die Erfassung von möglichen Wertminderungen entspricht den Vorschriften § 253 Abs. 3 und 4 HGB. Niedrigere Wertansätze aus der Vergangenheit werden auf die Anschaffungskosten beziehungsweise den niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 5 HGB zugeschrieben, sofern die Gründe für vorgenommene Wertminderungen nicht mehr existieren.

Weiterführende Angaben zu den Anlagenarten, deren Bewertungsmethoden sowie zu weiteren quantitativen und qualitativen Unterschieden zwischen den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den Anforderungen gemäß Solvency II werden nachfolgend gegeben:

#### Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Die Bilanzposition „Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen“ umfasst alle Anteile an Unternehmen, die dazu bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen.

Zur Ermittlung der Zeitwerte der Beteiligungen der KL werden im Wesentlichen die folgenden Bewertungsverfahren eingesetzt. Die relative Gewichtung der eingesetzten Bewertungsverfahren wird jeweils in Klammern angegeben:

- Fortgeführte Anschaffungskosten (0,2 %)
- Ertragswert (99,8 %)

Da keine Marktpreisnotierungen für Beteiligungen an Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen vorliegen, werden unter Solvency II die Beteiligungen nach der angepassten Equity-Methode bewertet. Es handelt sich dabei um ein nach den Rechtsgrundlagen von Solvency II definiertes Bewertungsverfahren, bei dem Versicherungsunternehmen mit ihrem anteiligen Solvency-II-Eigenkapital angesetzt werden. Der Wertansatz entspricht dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens. Ein dabei vorhandener Überschuss wird mit dem Anteil an der Beteiligung als Zeitwert angesetzt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden nach HGB zu Anschaffungskosten, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vermindert um Abschreibungen, bilanziert. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestehen, werden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zum Anschaffungswert vorgenommen.

#### Staats- und Unternehmensanleihen

Hierunter fallen durch öffentliche Stellen (Zentralstaaten / Bundesstaaten, supranationale staatliche Institutionen, Regionalregierungen oder Kommunalverwaltungen) sowie von Unternehmen ausgegebene Anleihen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Namensschuldverschreibungen sowie übrige Ausleihungen. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition erfolgen nach Solvency II mit dem jeweiligen Marktwert.

Für den Buchwert der HGB-Bilanz werden Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2

Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden mit dem fortgeführten Anschaffungswert, oder bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt. Die Amortisation einer Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung im Anlage- und Umlaufvermögen nicht mehr bestehen, werden gem. § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zum fortgeführten Anschaffungswert vorgenommen.

Schuldscheinforderungen, Darlehen und Namensschuldverschreibungen sowie die übrigen Ausleihungen werden mit dem fortgeführten Anschaffungswert angesetzt, soweit nicht Einzelwertberechtigungen vorzunehmen sind. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

### Strukturierte Schuldtitel

Bei einem strukturierten Produkt wird ein derivatives Finanzinstrument (zum Beispiel eine Option) mit einem nichtderivativen Instrument (zum Beispiel einer Anleihe) kombiniert.

Nach Solvency II wird unter der Position „Strukturierte Schuldtitel“ der jeweilige Marktwert ausgewiesen, wobei keine Zerlegung dieser Schuldtitel erfolgt. Die Position „Strukturierte Schuldtitel“ wird im Wesentlichen mit einem Libor-Market-Modell bewertet.

Unter HGB werden bei R+V Finanzderivate und Strukturierte Schuldtitel in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt. Die derivativen Bestandteile werden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden bewertet.

### Besicherte Wertpapiere

Unter dieser Bilanzposition werden alle Anleihen gegenüber Zweckgemeinschaften zusammengefasst, die Forderungen gegenüber Dritten bündeln, in verschiedene Qualitätsklassen tranchieren und als Zins und Tilgung an den Inhaber der Anleihe weiterleiten (sogenannte Asset Backed Securities, ABS).

Unter Solvency II werden die Marktwerte der ABS-Produkte nach der Discounted Cashflow Methode ermittelt; dabei werden überwiegend am Markt beobachtbare Werte herangezogen.

Da aktuell alle Besicherten Wertpapiere der KL dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß HGB als Wert dieser Bilanzposition der jeweilige Anschaffungswert, vermindert um in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen, herangezogen.

### Investmentfonds

Unter dieser Position werden alle Investitionen bei Unternehmen, deren alleiniger Zweck in gemeinsamen Anlagen in übertragbare Wertpapiere und / oder andere Kapitalanlagen liegt, ausgewiesen. Investmentfonds umfassen unter anderem Aktienfonds, Rentenfonds, Mischfonds, Geldmarktfonds, Immobilienfonds, Infrastrukturfonds sowie Sonstige Fonds. Die KL hält Aktien-, Renten-sowie Mischfonds.

Als beizulegender Zeitwert für Anteile an Investmentfonds nach Solvency II werden Börsenkurse, Rücknahmepreise oder Nettoinventarwerte inkl. Fonds-Kasse zum Bilanzstichtag verwendet.

Sofern die Investmentanteile gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden diese gemäß Wahlrecht nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB auf den Marktwert abgeschrieben.

### Derivate

Nach Solvency II werden unter der Bilanzposition „Derivate“ auf der Aktivseite die aktuell positiven

Marktpreise aller Derivate zusammengefasst. Insbesondere die Zahlungsströme von Swaps werden unter Solvency II getrennt nach Mittelzuflüssen und -abflüssen dargestellt. Die Derivate mit aktuell negativem Marktwert werden als Gegenposition auf der Passivseite dargestellt.

Derivative Finanzinstrumente werden am Bilanzstichtag mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierzu wird bei börsengehandelten Finanzinstrumenten der Börsenwert herangezogen. Bei nicht börsengehandelten Finanzinstrumenten werden die Zeitwerte mittels anerkannter kapitalwertorientierter Verfahren ermittelt, in die im Wesentlichen am Markt beobachtbare, laufzeitadäquate Zinssätze, Bonitäts- und Liquiditätszuschläge als Bewertungsparameter einfließen. Anderenfalls werden sonstige anerkannte Bewertungsverfahren zugrunde gelegt.

Zins-Swaps werden anhand der Discounted Cashflow Methode berechnet, der Bewertungsparameter ist hier die Geldmarkt-/Swapzinsstrukturkurve sowie gegebenenfalls Devisenkassakurse.

Vorkäufe werden auf Valuta berechnet, Bewertungsparameter sind Swap- und Geldmarktkurven. Aktien-/Indexbezogene Optionen werden mit dem Local-Volatility-Modell mit konstantem Forward Skew mittels Monte-Carlo-Simulation bewertet, die Bewertungsparameter sind Aktien- beziehungsweise Indexkurse, Implizite Volatilität, Euro-Einlagenzinssätze. Devisentermingeschäfte werden mit dem Delta von Termin- und Kassakurs per Valuta bewertet.

Im Unterschied zu den bilanziellen Richtlinien von Solvency II ist eine gesonderte Bilanzierung von Derivaten mit positiven Marktwerten im Rahmen der handelsrechtlichen Rechnungslegung nicht vorgesehen.

### Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente

Diese Bilanzposition umfasst alle Einlagen außer übertragbaren Einlagen. Dies bedeutet, dass sie zu keinem Zeitpunkt für Zahlungsvorgänge genutzt

werden können und dass es nicht ohne nennenswerte Beschränkung oder Gebühren möglich ist, ihre Umwandlung in Bargeld zu verlangen oder sie auf Dritte zu übertragen. Kassen- oder Geldbestände außerhalb der Kapitalanlage werden in der Bilanzposition „Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente“ ausgewiesen. Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht erfolgt aufgrund des kurzfristigen Charakters mit dem HGB-Buchwert zuzüglich der Stückzinsen.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	167.492	4.243
Aktien	0	0
Anleihen	653.266	588.981
davon Staatsanleihen	182.297	164.358
davon Unternehmensanleihen	421.853	380.341
davon Strukturierte Schuldtitel	44.978	40.552
davon Besicherte Wertpapiere	4.137	3.730
Investmentfonds	552.826	547.728
Derivate	4.074	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	49.997	50.000
Sonstige Anlagen	0	0
<b>Summe</b>	<b>1.427.654</b>	<b>1.190.952</b>

## Darlehen und Hypotheken

In der Kategorie Darlehen und Hypotheken werden nicht derivative Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, ausgewiesen. KL hat dieser Kategorie Hypothekendarlehen zugeordnet.

Ansatz und Bewertung der Hypothekendarlehen erfolgen unter Solvency II mit dem grundsätzlich auf Basis von Zinsstrukturkurven ermittelten Zeitwert. Unter HGB werden Hypothekenforderungen mit dem fortgeführten Anschaffungswert angesetzt, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

## Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Diese Position entspricht dem Anteil der Rückversicherer am Besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen und ist eng mit der Modellierung der versicherungstechnischen Rückstellungen verknüpft. Eine detaillierte Beschreibung dieser Bilanzposition folgt in der Solvabilitätsübersicht zusammen mit dem Vergleich der Bilanzierung gemäß HGB in Abschnitt D.2.

## Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

## Forderungen gegenüber Rückversicherern

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

## Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Ansatz und Bewertung erfolgen bei dieser Position grundsätzlich nach den Regelungen der IFRS.

Abweichend zu IFRS sowie HGB werden in dieser Position die sonstigen Forderungen aus abgegrenzten Mieten und Zinsen nicht gezeigt. Unter Solvency II sind diese in den Marktwerten der Kapitalanlagen enthalten und können dort nicht separiert werden.

Weiterhin resultiert der Unterschied zur HGB-Bilanz aus der Bilanzierung von Forderungen im Zusammenhang mit Rentenzahlungsverpflichtungen. Nach IFRS (IAS 19) wird unter Solvency II auf der Aktivseite der Erstattungsanspruch aus Rentenzahlungsverpflichtungen ausgewiesen. Dieser umfasst Rückdeckungsversicherungen, Forderungen gegenüber Pensionsfonds und Forderungen gegenüber der Unterstützungskasse GmbH.

Im Vergleich dazu werden unter HGB auf der Aktivseite lediglich Rückdeckungsversicherungen und Forderungen an Pensionsfonds (gezahlte Einmalbeiträge für Auslagerungen in früheren Geschäftsjahren) ausgewiesen.

## Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Ansatz und Bewertung erfolgen bei dieser Position nach den Regelungen der IFRS, das heißt, es werden sogenannte Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente im Sinne der in IAS 7 für die Zahlungsstrom-Rechnung gegebenen Definition erfasst und die Bewertung erfolgt zum Nennwert. Grundsätzlich

werden unter diesem Posten Bank- und Kassenguthaben ausgewiesen.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

### Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Unter dieser Position werden alle sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Vermögenswerte bilanziert. Ansatz und Bewertung erfolgen entsprechend dem IFRS-/HGB-Buchwert.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	0	0
Darlehen und Hypotheken	16	15
davon Policendarlehen	0	0
davon Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	16	15
davon Sonstige Darlehen und Hypotheken	0	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	99.025	220.090
Nichtlebensversicherungen und n.A.d. Nichtlebensversicherung betriebenen KV	99.025	219.110
davon Nichtlebensversicherungen	99.025	219.110
Lebensversicherungen und n.A.d. LV betriebenen KV	0	980
davon Lebensversicherungen	0	980
Depotforderungen	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	64.552	64.552
Forderungen gegenüber Rückversicherern	1.740	1.740
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	38.767	50.281
Eigene Aktien	0	0
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	11.122	11.122
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	14.071	14.081
<b>Summe</b>	<b>229.293</b>	<b>361.881</b>

## D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Für das Versicherungsgeschäft der KL ergeben sich in der Segmentierung nach Solvency II die folgenden Geschäftsbereiche:

### Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung):

- Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung
- Sonstige Kraftfahrtversicherung
- See-, Luftfahrt- und Transportversicherung

## Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung

- Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen

Die aus dem Geschäftsbereich Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung resultierenden Renten werden dem Lebensversicherungsgeschäft zugeordnet (Renten aus der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung).

In geringem Umfang wird auch das übernommene Versicherungsgeschäft betrieben, wobei es sich dabei ausschließlich um proportionale Rückversicherungsverpflichtungen aus dem Geschäftsbereich See-, Luftfahrt- und Transportversicherung handelt. Die Modellierung des übernommenen Geschäfts unter Solvency II wird aus Materialitätsgründen im folgenden Kapitel nicht beschrieben.

Die KL betreibt in geringem Umfang Auslandsgeschäft, das jedoch keinen wesentlichen Anteil darstellt. Da auch aus Risikogesichtspunkten ein separater Ausweis aufgrund der Gleichartigkeit des Geschäfts nicht erforderlich ist, wird im Rahmen des Proportionalitätsprinzips bei der Darstellung der Besten Schätzwerte auf einen gesonderten Ausweis

dieser Positionen verzichtet und das gesamte Geschäft auf Deutschland geschlüsselt.

In der Solvabilitätsübersicht werden für sämtliche Versicherungsverpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und Anspruchsberechtigten versicherungstechnische Rückstellungen gebildet. Diese werden auf vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise berechnet (§ 75 Abs. 1 VAG).

Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen entspricht dem aktuellen Betrag, den Versicherungsunternehmen zahlen müssten, wenn sie ihre Versicherungsverpflichtungen unverzüglich auf ein anderes Versicherungsunternehmen übertragen würden (§ 75 Abs. 2 VAG). Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt unter Berücksichtigung der von den Finanzmärkten bereitgestellten Informationen sowie allgemein verfügbarer Daten über versicherungstechnische Risiken und hat mit diesen konsistent zu sein (Marktkonsistenz). Die versicherungstechnischen Rückstellungen ergeben sich aus der Summe des Besten Schätzwerts und der Risikomarge.

Bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden weder Übergangsmaßnahmen (nach §§ 351 bis 352 VAG), noch die Volatilitätsanpassung (nach § 82 VAG) angewendet.

### VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

#### Solvency II-Wert

	Bester Schätzwert in TEuro	Risikomarge in TEuro	Summe in TEuro
Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	564.433	89.163	653.596
Lebensversicherung	11.507	492	12.000
<b>Summe</b>	<b>575.941</b>	<b>89.655</b>	<b>665.596</b>

## Bester Schätzwert

Der beste Schätzwert ist Teil der versicherungstechnischen Rückstellung und ein wahrscheinlichkeitsgewichteter, diskontierter Durchschnitt aller zukünftigen Ein- und Auszahlungsströme. Die Abzinsung der Zahlungen erfolgt mit den laufzeitabhängigen Zinssätzen der von der Aufsicht vorgegebenen risikofreien Zinsstrukturkurve unter Berücksichtigung der tatsächlichen Zahlungszeitpunkte.

Bei der Projektion der künftigen Zahlungsströme werden alle ein- und ausgehenden Zahlungsströme berücksichtigt, die zur Abrechnung der Versicherungsverbindlichkeiten während ihrer Laufzeit benötigt werden (§ 77 Abs. 3 VAG): Prämienzahlungen und damit im Zusammenhang stehende Zahlungsströme, sämtliche Zahlungen an Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigte (gegebenenfalls einschließlich künftiger Überschussbeteiligungen, unabhängig davon, ob sie vertraglich garantiert werden oder nicht) sowie sämtliche bei der Bedienung der Versicherungsverpflichtungen anfallenden Aufwendungen.

Wesentliche Änderungen der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugrunde gelegten relevanten Annahmen gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum sind nicht vorhanden.

### Bester Schätzwert der Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)

Der beste Schätzwert bestimmt zum größeren Teil den Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen Nichtlebensversicherung und setzt sich aus zwei Komponenten zusammen:

- Schadenrückstellungen
- Prämienrückstellungen

Die Schadenrückstellungen sind die Rückstellungen für bereits eingetretene Versicherungsfälle.

Unter den Prämienrückstellungen wird eine Rückstellung für noch nicht eingetretene Schäden und Kosten abzüglich korrespondierender Prämien aus bereits eingegangenen Versicherungsverpflichtungen verstanden.

Die aktuarielle Bewertung der Schadenrückstellungen erfolgt standardmäßig mit Hilfe von marktüblichen schadenversicherungsmathematischen Methoden. Die Schadenrückstellungen werden auf homogenen Risikogruppen ermittelt, die eine gleichartige Schadenabwicklung aufweisen. Die Klassifizierung der homogenen Risikogruppen orientiert sich auch an den Geschäftsbereichen der KL.

Die Prämienrückstellungen ergeben sich aus der Summe der erwarteten zukünftigen ausgehenden Kosten und Schadenzahlungen aus dem Bestandsgeschäft abzüglich der erwarteten gebuchten eingehenden Prämie, das heißt die zum Bilanzstichtag erwartete Prämie bis zum jeweiligen Ablauf des zum Stichtag haftbaren Geschäfts. Die Prämienrückstellungen werden für die gleichen homogenen Risikogruppen ermittelt wie die Schadenrückstellungen, um eine in sich konsistente Ermittlung der Besten Schätzwerte sicherzustellen.

Für die KL ergeben sich für die relevanten Geschäftsbereiche die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Solvency II-Ergebnisse:

## VT. RÜCKSTELLUNGEN - NICHTLEBENSVERSICHERUNG (AUßER KRANKENVERSICHERUNG)

### Solvency II-Wert

	Schadenrückstellung in TEuro	Prämienrückstellung in TEuro	Risikomarge in TEuro	Summe in TEuro
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	471.808	22.879	54.280	548.967
Sonstige Kraftfahrtversicherung	26.140	-30.776	20.428	15.792
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	82.093	-7.711	14.454	88.837
<b>Summe</b>	<b>580.041</b>	<b>-15.608</b>	<b>89.163</b>	<b>653.596</b>

Die Rückstellungen sind durch den Geschäftsbereich Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung dominiert.

Die Risikomarge des Geschäftsbereich See-, Luftfahrt- und Transportversicherung umfasst 332 TEuro aus dem Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherung und 322 TEuro aus der Allgemeinen Haftpflichtversicherung. Die Risiken entstammen der KL-Police.

### Grad der Unsicherheit der Schätzung (Nichtlebensversicherung)

Der Grad der Unsicherheit der Schadenrückstellungen in Bezug auf negative Abweichungen vom Erwartungswert (und somit höheren Schadenrückstellungen) wird getrieben durch spätere Nachmeldungen von Schäden und Nachreservierungen von bereits bekannten Schäden. Im Bereich der Prämienrückstellungen ergibt sich die Unsicherheit insbesondere aufgrund von zukünftigen Groß- oder Naturkatastrophenschäden.

Die KL überwacht diese Unsicherheiten, in dem sie die Angemessenheit der verwendeten Modelle und Annahmen laufend überprüft und durch Backtesting sowie Überleitungsrechnung („Variation Analysis“) die Ursachen für die etwaigen Abweichungen untersucht. Ferner werden die Unsicherheiten quantifiziert, in dem die Schwankungsbreite (Standardabweichung) der Besten Schätzwerte pro Sparte ermittelt wird.

### Vergleich zur HGB-Bilanzierung (Nichtlebensversicherung)

Die HGB-Positionen „Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ und „Rückstellungen für die Verkehrsoferhilfe/Solidarhilfe“ werden in der Regel auf Einzelschadenbasis gestellt und nicht diskontiert. Die Stellung der Reserve erfolgt nach dem Vorsichtsprinzip.

Im Vergleich dazu werden die ökonomischen Schadenrückstellungen auf homogenen Risikogruppen ermittelt. Die Berechnung erfolgt auf Basis schadenversicherungsmathematischer Bewertungsmodelle. Es wird eine beste Schätzung erstellt, welche keine Zuschläge auf Grund von Vorsichtsüberlegungen enthält. Die Abweichung zwischen den beiden HGB-Positionen und der ökonomischen Schadenrückstellung ist durch die unterschiedlichen Bewertungsansätze und die Diskontierung begründet.

Die Position „Prämienrückstellungen“ wird nur in der Solvenzbilanz angesetzt. In der HGB-Bilanz existieren folgende vergleichbare Positionen: „Rückstellungen für Beitragsüberträge“, „Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung“, die „Stornorückstellung“, die „Rückstellung für unverbrauchte Kfz-Beiträge“ sowie die Drohverlustrückstellung.

In der HGB-Bilanz ist die Position „Risikomarge“, anders als in der Solvenzbilanz, nicht vorgesehen. Es gibt keine HGB-Bilanzposition, die einen ähnlichen Charakter wie die Risikomarge aufweist.

„Schwankungsrückstellungen“ werden unter Solvency II als Eigenmittel angesetzt. Unter HGB werden diese als versicherungstechnische Rückstellung ausgewiesen.

#### VERGLEICH HGB ZU SOLVENCY II - NICHTLEBENSVERSICHERUNG (AUßER KV) UND KV NAD NICHTLEBENSVERSICHERUNG

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Vt. Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)</b>	<b>1.217.425</b>	<b>653.596</b>
Schadenrückstellungen		580.041
Rückstellung für nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.093.178	
Rückstellungen für die Verkehrshilfe / Solidarhilfe	1.243	
Prämienrückstellungen		-15.608
Rückstellungen für Beitragsüberträge	4.562	
Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	19.013	
Stornorückstellung	1.248	
Rückstellung für unverbrauchte Kfz-Beiträge	1	
Drohverlustrückstellung	501	
Risikomarge		89.163
Schwankungsrückstellung	97.680	

Im Detail ergibt sich für die einzelnen Geschäftsbereiche:

#### VERGLEICH HGB ZU SOLVENCY II AUF LOB-EBENE - NICHTLEBENSVERSICHERUNG (AUßER KV) UND KV NAD NICHTLEBENSVERSICHERUNG

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Vt. Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)</b>	<b>1.217.425</b>	<b>653.596</b>
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	857.338	548.967
Sonstige Kraftfahrtversicherung	110.692	15.792
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	249.395	88.837

#### Bester Schätzwert der Lebensversicherung

Die Projektion der garantierten Leistungen und Kostenaufwendungen erfolgte auf einzelvertraglicher Basis.

Neben den Produkt- und Bestandsdaten zu Beginn der Projektion gingen Annahmen zur Entwicklung der Bestände über die Projektionsphase ein, insbe-

sondere die Sterblichkeiten. Da für die kleinen Bestände eine Quantifizierung der Abweichungen zwischen Sterblichkeiten 1. und 2. Ordnung nicht opportun erscheint, werden erstere - auf branchenweit erhobenen Daten der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) basierend (derzeit Sterbetafel DAV 2006 HUR) - als Schätzer herangezogen.

Die Kosten werden durch einen Verwaltungskostenzuschlag von 2 % der laufenden Renten pauschal berücksichtigt.

Die resultierenden jährlichen Zahlungsströme werden mit den sich aus der von der EIOPA veröffentlichten Zinskurve zum jeweiligen Stichtag ergebenden Werten diskontiert.

## VT. RÜCKSTELLUNGEN - LEBENSVERSICHERUNG

### Solvency II-Wert

	Bester Schätzwert in TEuro	Risikomarge in TEuro	Summe in TEuro
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der KV in Zusammenhang stehen	11.507	492	12.000
<b>Summe</b>	<b>11.507</b>	<b>492</b>	<b>12.000</b>

Die Rückstellungen sind rein durch die Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen dominiert.

### Vergleich zur HGB-Bilanzierung (Lebensversicherung)

Die Ermittlung der Rentendeckungs-Rückstellungen nach HGB erfolgt gemäß § 11 a Abs. 3 Nr. 2 VAG, § 341 f und § 341 g HGB und der entsprechend § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung.

Der verwendete Rechnungszins entspricht hier dem zum Zeitpunkt der Rentenbewilligung geltenden Höchstrechnungszins entsprechend § 2 DeckRV und wird für die Dauer der Rentenzahlung als konstant angenommen. Eine Zinsstrukturkurve wie bei der Solvency II-Methodik wird nicht verwendet.

Durch einen Verwaltungskostenzuschlag von jährlich 2 % der Renten werden die Kosten in beiden Fällen (HGB und Solvency II) angemessen berücksichtigt.

Für beide Berechnungen werden die Sterblichkeiten 1. Ordnung herangezogen (aktuell die Sterbetafel DAV 2006 HUR). Es existieren keine Erkenntnisse hinsichtlich der Unangemessenheit dieser Rechnungsgrundlage. Auf die in der Solvency II-Methodik mögliche Verwendung der Sterblichkeiten 2. Ordnung wird verzichtet, da für die kleinen Bestände eine Quantifizierung der Abweichungen zur Sterbetafel nicht mit genügender Sicherheit vorgenommen werden kann.

## VERGLEICH HGB ZU SOLVENCY II - LEBENSVERSICHERUNG

	HGB-Wert in TEuro	Solvency II-Wert in TEuro
<b>Lebensversicherung</b>	<b>11.905</b>	<b>12.000</b>
Bester Schätzwert Renten		11.507
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	11.905	
Risikomarge		492

Im Detail ergibt sich für den Geschäftsbereich:

## VERGLEICH HGB ZU SOLVENCY II JE GESCHÄFTSBEREICH - LEBENSVERSICHERUNG

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Vt. Rückstellungen - Lebensversicherung</b>	<b>11.905</b>	<b>12.000</b>
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der KV in Zusammenhang stehen	11.905	12.000

### Risikomarge

Die Risikomarge stellt sicher, dass der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem Betrag entspricht, den Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen bei Bestandsübernahme erwartungsgemäß benötigen, um die Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen zu erfüllen.

Für die Ermittlung der Risikomarge wird ein Betrag an anrechnungsfähigen Eigenmitteln berechnet, der der Solvenzkapitalanforderung entspricht, die für die Bedeckung der Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen während ihrer Laufzeit erforderlich ist. Zur Berücksichtigung der Kapitalbereitstellungskosten wird der ermittelte Kapitalbetrag mit einem Kapitalkostensatz verzinst.

Es wird die Vereinfachungsmethode 1 (gemäß Leitlinie 62 EIOPA BoS 14/166) verwendet, der die Annahme zugrunde liegt, dass sich die zukünftigen SCR proportional zu den besten Schätzwerten entwickeln. Die für die Risikomarge relevanten Teile des SCR werden separat fortgeschrieben. Die Proportionalitätsfaktoren entsprechen dabei den Verhältnissen der zukünftigen besten Schätzwerte zu den gegenwärtigen besten Schätzwerten.

Die Zeitreihe der zukünftigen SCR wird mit dem laufzeitabhängigen, risikofreien Zinssatz diskontiert und zum Barwert summiert. Nach dem Kapitalkostenansatz wird der Barwert mit dem regulatorisch vorgegebenen Kapitalkostensatz von 6 % multipliziert.

Die Höhen der Risikomargen der Geschäftsbereiche der KL sind in den Abschnitten zu den „Besten Schätzwerten“ dargestellt.

### Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

In der Solvabilitätsübersicht wird unter der Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ die Summe der Besten Schätzwerte der Prämien- und Schadenrückstellungen, die aus zedierten Rückversicherungsverträgen resultieren, ausgewiesen.

### Bester Schätzwert der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Die Modellierung der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen erfolgt auf Basis einer Zahlungsstrom-Projektion mittels aktuarieller Verfahren, getrennt nach dem Anteil der Prämien- und Schadenrückstellung. Das Verfahren zur Berechnung dieser Rückstellungen folgt den Vorgaben der Standardformel (§ 86 VAG) an die Berechnung von Rückversicherungsabgaben. Insbesondere wird auf Grundlage des Abrechnungsturnus für Rückversicherungsverträge die zeitliche Differenz zwischen dem Erhalt der Beträge und den Auszahlungen an die Anspruchsteller berücksichtigt (§ 86 (2) VAG), sowie mittels Bonitätseinschätzungen eine Anpassung der Zahlungsströme um den erwarteten Ausfall der jeweiligen Gegenparteien vorgenommen (§ 86 (3) VAG).

Nach denselben Grundsätzen wie für versicherungstechnische Rückstellungen des Bruttogeschäfts wird

			<b>Versicherungstechnische Rückstellungen</b>	
--	--	--	---	--

hierbei nur das sich zum Stichtag im Bestand befindliche Geschäft berücksichtigt. Die Vertragsgrenzen werden berücksichtigt.

Die Projektion der Zahlungsströme aus dem mittels Rückversicherung abgegebenen Geschäft setzt für

diese Geschäftsart auf Daten für das selbst abgeschlossene Geschäft auf.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ der Solvabilitätsübersicht per 31. Dezember 2018 dargestellt:

#### EINFORDERBARE BETRÄGE AUS RV

Solvency II-Wert

	Schadenrückstellung in TEuro	Prämienrückstellung in TEuro	Summe in TEuro
<b>Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)</b>			
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	96.676	-1.573	95.103
Sonstige Kraftfahrtversicherung	6.285	-9.684	-3.399
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	17.666	-10.345	7.321
<b>Summe</b>	<b>120.628</b>	<b>-21.602</b>	<b>99.025</b>

Derjenige Teil der Schadenrückstellungen, der aus anerkannten Rentenfällen im Bereich Kraftfahrzeughaftpflicht (Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen) resultiert, wird aufgrund des geringen Volumens aus Proportionalitätsgründen anhand der HGB-Deckungsrückstellung bewertet. Der Ausweis der Rückstellungen für anerkannte Rentenfälle unter Solvency II erfolgt zusammen mit dem Nichtlebensversicherungsgeschäft (außer KV). Die HGB-Ausweise werden entsprechend der Unterteilung in Geschäftsbereiche nach Solvency II vorgenommen.

Die weiteren Abweichungen zwischen HGB- und Solvency II-Schadenrückstellungen sind durch die unterschiedlichen Bewertungsmethoden und die Diskontierung der Zahlungsströme begründet.

Negative Beste Schätzwerte der Prämienrückstellungen für das abgegebene Geschäft weisen darauf hin, dass die zukünftig zu leistenden Prämien die erwartete Entlastung durch die jeweiligen Gegenparteien übersteigen. Tendenziell sind Mittelabflüsse aus Rückversicherungsverträgen im Erwartungswert üblich.

#### Vergleich zur HGB-Bilanzierung

In der HGB-Bilanz werden die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen unter der Bezeichnung „Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft“ auf der Passiv-Seite der Bilanz gezeigt.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Vergleich dieser HGB-Position zur Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ der Solvabilitätsübersicht per 31. Dezember 2018 gegenübergestellt:

**VERGLEICH HGB ZU SOLVENCY II**

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)</b>	<b>219.421</b>	<b>99.025</b>
Schadenrückstellungen		120.628
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	213.631	
Rückstellungen für die Verkehrsofopferhilfe / Solidarhilfe	311	
Prämienrückstellungen		-21.602
Rückstellungen für Beitragsüberträge	728	
Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	0	
Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	4.752	
Stornorückstellung	0	
Rückstellung für unverbrauchte Kfz-Beiträge	0	
<b>Lebensversicherung</b>	<b>980</b>	<b>0</b>
Bester Schätzwert Renten		0
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	980	

Im Detail ergibt sich für die einzelnen Geschäftsbereiche:

**VERGLEICH HGB ZU SOLVENCY II JE GESCHÄFTSBEREICH**

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)</b>	<b>219.421</b>	<b>99.025</b>
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	167.366	95.103
Sonstige Kraftfahrtversicherung	12.494	-3.399
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	39.561	7.321
<b>Lebensversicherung</b>	<b>980</b>	<b>0</b>
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Krankenversicherungs-Verpflichtungen in Zusammenhang stehen	980	0

### D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

#### Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-An-

satz. Hierunter fallen unter anderem Steuerrückstellungen und Rückstellungen für Jahresabschlusskosten.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

#### Rentenzahlungsverpflichtungen

Die Bilanzierung der Rentenzahlungsverpflichtungen nach Solvency II entspricht den Vorschriften des

IFRS. Die Bewertung der leistungsorientierten Altersversorgungssysteme der R+V erfolgt gemäß IAS 19 nach Anwartschaftsbarwertverfahren und basiert auf versicherungsmathematischen Gutachten. Der Berechnung liegen aktuelle Sterbe-, Invaliditäts- und Fluktuationswahrscheinlichkeiten, erwartete Gehalts-, Anwartschafts- und Rentensteigerungen sowie ein realitätsnaher Rechnungszins zugrunde. Der Rechnungszins orientiert sich an den Zinssätzen, die für langfristige Industrieanleihen von Emittenten bester Bonität gelten. Als Rechnungsgrundlage für die Sterblichkeits- und Invaliditätsannahmen dienen die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck.

Die Bewertung der Rentenzahlungsverpflichtungen nach HGB erfolgt entsprechend den Vorschriften des § 253 Abs. 1 HGB inkl. Einmalbeiträgen aus Auslagerungen an Pensionsfonds aus früheren Geschäftsjahren (§ 246 Abs. 2 S. 2 HGB kommt nicht zur Anwendung).

Der Unterschied zur HGB-Bilanz resultiert aus den unterschiedlichen Bewertungsansätzen nach IFRS und HGB.

### Latente Steuerschulden

Siehe hierzu die Erläuterungen unter D.1 Vermögenswerte.

### Derivate

Siehe hierzu die Erläuterungen unter D.1 Vermögenswerte.

### Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung sind vor allem auf den Ansatz von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing nach

IAS 17 zurückzuführen. Beim Finanzierungsleasing wird das Leasingobjekt in der Bilanz des Leasingnehmers aktiviert und entsprechend eine Verbindlichkeit zur Zahlung der Leasingraten passiviert.

### Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

### Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

### Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

### Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Unter dieser Bilanzposition werden alle sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Verbindlich-

keiten erfasst, die unter keiner anderen Position bilanziert werden. Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbeitrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Eventualverbindlichkeiten	0	0
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	4.220	4.378
Rentenzahlungsverpflichtungen	0	539
Depotverbindlichkeiten	0	0
Latente Steuerschulden	221.481	0
Derivate	2.059	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	99.233	99.241
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	15.524	15.524
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	10	10
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	40	40
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	0	0
<b>Summe</b>	<b>342.567</b>	<b>119.731</b>

## D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die beizulegenden Zeitwerte unter Solvency II werden auf Basis einer dreistufigen Bewertungshierarchie ermittelt. Die Zuordnung gibt Auskunft darüber, welche der ausgewiesenen Zeitwerte über Transaktionen am Markt zustande gekommen sind und in welchem Umfang die Bewertung wegen fehlender Markttransaktionen auf alternativen Bewertungsmethoden beruht, welche auf Basis beobachtbarer marktabgeleiteter Inputfaktoren oder mittels Verwendung nicht beobachtbarer Inputfaktoren erfolgen. Die Zuordnung zu einer der drei Level hängt

gemäß Art. 10 DVO von den im Rahmen der Bewertung verwendeten Inputfaktoren ab:

Level 1: Prinzipiell sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten anhand der Marktpreise zu bewerten, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind.

Level 2: Ist es nicht möglich, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notierten Marktpreise zu verwenden, so werden die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten anhand

			Alternative Bewertungsmethoden	
--	--	--	--------------------------------	--

der Marktpreise bewertet, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind, wobei den Unterschieden durch entsprechende Berichtigungen Rechnung getragen wird.

Level 3: Sind die Kriterien für einen aktiven Markt nicht erfüllt, sind alternative Bewertungsmethoden zu verwenden; diese stützen sich so wenig wie möglich auf unternehmensspezifische Inputfaktoren und weitestmöglich auf relevante Marktdaten, einschließlich folgender:

- Preisnotierungen für identische oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf Märkten, die nicht aktiv sind;
- andere Inputfaktoren als Marktpreisnotierungen, die für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit beobachtet werden können, einschließlich Zinssätzen und -kurven, die für gemeinhin notierte Spannen beobachtbar sind, impliziter Volatilitäten und Kredit-Spreads;
- marktgestützte Inputfaktoren, die möglicherweise nicht direkt beobachtbar sind, aber auf beobachtbaren Marktdaten beruhen oder von diesen untermauert werden.

Die Bewertungstechnik muss mit einem oder mehreren der folgenden Ansätze in Einklang stehen:

- dem marktbasieren Ansatz, bei dem Preise und andere maßgebliche Informationen genutzt werden, die durch Markttransaktionen entstehen, an denen identische oder ähnliche Vermögenswerte, Verbindlichkeiten oder Gruppen von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten beteiligt sind;
- dem einkommensbasierten Ansatz, bei dem künftige Beträge, wie Zahlungsströme oder Aufwendungen und Erträge, in einen einzigen aktuellen Betrag umgewandelt werden (z.B. Barwerttechniken, Optionspreismodelle und die Residualwertmethode);

- dem kostenbasierten oder dem auf den aktuellen Wiederbeschaffungskosten basierenden Ansatz, der den Betrag widerspiegelt, der gegenwärtig erforderlich wäre, um die Dienstleistungskapazität eines Vermögenswerts zu ersetzen;

Diese Zuordnung gemäß Art. 10 DVO wird von R+V zu Bewertungszwecken mit der Zuordnung gemäß IFRS 13 identifiziert.

Gemäß Art. 11 bis 15 und Kap. III DVO sind hiervon die folgenden Bilanzpositionen explizit ausgenommen, da gesonderte Bewertungsvorgaben vorliegen:

- Geschäfts- und Firmenwert
- Immaterielle Vermögenswerte
- Anteile an verbundenen Unternehmen, einschl. Beteiligungen, sofern nach der Angepassten Equity-Methode bewertet
- Versicherungstechnische Rückstellungen einschl. der einforderbaren Beiträge aus Rückversicherungsverträgen
- Eventualverbindlichkeiten
- Finanzielle Verbindlichkeiten
- Latente Steuern

Die alternativen Bewertungsmethoden folgen überwiegend dem einkommensbasierten Ansatz. Ausnahmen sind bestimmte festgelegte Beteiligungen, die anhand des Ertragswertverfahrens nach IFRS 13 und IDW S1 bewertet werden. Hierfür werden zukünftige Dividenden für in der Regel drei Jahre sowie für eine nachhaltige Phase geschätzt und nach deren Diskontierung ein Unternehmenswert ermittelt.

Folgende Sachverhalte bewirken bei R+V auf Einzeltitel ebene immer eine eindeutige Zuordnung zu folgenden Level:

Level 1:

- Zum Stichtag unverändert übernommene Marktpreise von aktiven Märkten, unabhängig davon,

wie niedrig am Bewertungsstichtag das Transaktionsvolumen an diesem Handelsplatz tatsächlich ist  
- Kurse auf anderen Börsenplätzen als dem in SAP zugeordnetem „Stamm-Handelsplatz“

#### Level 2:

- Kursmitteilung eines an der Börse gelisteten Papiers direkt vom Emittenten (z.B. wegen geringer Emissionsgröße)
- Zuordnung zu fiktiven Handelsplätzen bei Preisserviceagenturen
- Kurs, der älter als 10 Tage ist
- Berichtigungen ausschließlich anhand Marktparametern wie Zinsstrukturkurve, Währung, Ratingklasse usw.

#### Level 3:

- Bewertung anhand des Ertragswertverfahrens IDW S1
- Verwendung des Net-Asset Values (NAV)
- Überwiegende Verwendung von Schätzungen, wie Wahrscheinlichkeiten usw.
- Papiere, die sich in Liquidation befinden und wo keine aktuelle Kursermittlung mehr stattfindet
- Verwendung des Anschaffungswerts oder des Nominalwertes

Die nachfolgende Tabelle stellt die angewandten Bewertungshierarchien für die relevanten Bilanzpositionen der KL im Überblick dar.

#### SOLVENCY II-BEWERTUNGSHIERACHIE

Bewertungslevel

	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten  Level 1	Notierte Marktpreise ähnlicher Ver- mögenswerte und Ver- bindl.  Level 2	nicht am Markt be- obachtbare Bewertungs- parameter  Level 3
<b>Aktiva</b>			
Immobilien für den Eigenbedarf und Sachanlagen			X
Immobilien (außer zur Eigennutzung)			X
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen			X
Anleihen			
davon Staatsanleihen	X	X	
davon Unternehmensanleihen	X	X	X
davon Strukturierte Schuldtitel	X	X	
davon Besicherte Wertpapiere			X
Investmentfonds	X	X	X
Derivate		X	
Darlehen und Hypotheken			X
Sonstige Vermögenswerte		X	X
<b>Passiva</b>			
Rentenzahlungsverpflichtungen			X
Derivate		X	
Sonstige Verbindlichkeiten			X

In einem regelmäßigen Prozess wird sichergestellt, dass die verwendeten Modelle zur Bewertung der

Level 3-Positionen den regulatorischen Anforderungen gemäß § 74 VAG genügen. Hierbei werden die

Grundsätze der ordnungsmäßigen Buchführung hinsichtlich Willkürfreiheit und Stetigkeit berücksichtigt. Weiterhin werden die zugrundeliegenden Annahmen und Inputparameter dokumentiert und regelmäßig validiert. Sollten sich Veränderungen der Bewertungsbasis, zum Beispiel bei inaktiven Märkten oder bei der Anpassung von Parametern ergeben haben, die eine andere Zuordnung erforderlich machen, werden entsprechende Umgliederungen vorgenommen.

Neben den internen Validierungsmaßnahmen erfolgt ab dem Stichtag 31. Dezember 2016 gemäß § 35 (2) VAG eine regelmäßige Prüfung der Solvabilitätsübersicht und deren zugrundeliegenden Bewertungsansatz durch den Abschlussprüfer.

Im Folgenden werden sämtliche alternative Bewertungsmethoden erläutert, die im Berichtszeitraum für die Bewertung der Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten Anwendung fanden:

### Immobilien

Für Immobilien wird der Zeitwert anhand der zu erwartenden Mieteinnahmen, abzüglich der erwarteten Bewirtschaftungskosten, diskontiert auf den Stichtag, berechnet. Hierbei handelt es sich um eine kapitalwertorientierte Methode.

Immobilien (außer zur Eigennutzung) werden mittels eines normierten Bewertungsverfahrens auf Basis der Vorschriften der deutschen Wertermittlungsverordnung (WertV), der Werteermittlungsrichtlinien und des Baugesetzbuches ermittelt. Hiernach werden die Verkehrswerte der Immobilien zum Beispiel mittels Vergleichswert- oder Ertragswertverfahren ermittelt. Die Wertermittlung erfolgt unter anderem auf Basis aktueller Marktberichte, veröffentlichter Indizes sowie überregionaler Vergleichspreise. Wesentliche eingehende Bewertungsparameter sind dabei der nachhaltige Rohertrag sowie der zur Diskontierung über die wirtschaftliche Restnutzungsdauer der Gebäude verwendete Zinssatz.

Anlagen im Bau werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, da die Buchwerte hier die besten Näherungswerte der Zeitwerte darstellen.

Immobilien sind zu 100 % Level 3 zugeordnet.

### Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Für verbundene Unternehmen, bei denen es sich um ein Versicherungsunternehmen handelt werden unter Solvency II die anteiligen Überschüsse der Aktiva über die Passiva der Solvabilitätsübersicht angesetzt (Angepasste Equity-Methode).

Die übrigen Beteiligungen in Stufe 3 werden mit Hilfe des Ertragswertverfahrens ermittelt. Hierfür werden zukünftige Dividenden für in der Regel drei Jahre sowie für eine nachhaltige Phase geschätzt und nach deren Diskontierung ein Unternehmenswert ermittelt.

In einigen nicht wesentlichen Fällen, in denen der beizulegende Zeitwert auch unter Verwendung einer Bewertungstechnik, die nicht auf Marktdaten basiert, nicht ermittelt werden kann, werden Beteiligungen mit ihren Anschaffungskosten als angemessenem Näherungswert bewertet.

Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu 100 % Level 3 zugeordnet.

### Anleihen

#### Staats- und Unternehmensanleihen

Wenn durch den Kurslieferanten auf Preise schlechterer Qualität zurückgegriffen wurde oder es sich um Börsenpapiere handelt für die der Handel ausgesetzt ist, erfolgt eine Umgliederung von Level 2 in Level 3.

Staatsanleihen sind zu 50,7 % Level 1 und zu 49,2 % Level 2 zugeordnet.

Unternehmensanleihen sind zu 54,9 % Level 1, zu 49,2 % Level 2 und zu 2,2 % Level 3 zugeordnet.

### Strukturierte Schuldtitel

Strukturierte Produkte werden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden - insbesondere Barwertmethoden, Discounted Cashflow Methoden sowie dem Libor Market Modell - ermittelt. Eingehende Bewertungsparameter sind hierbei die Geldmarkt-/Swapzinsstrukturkurve, emittenten- und risikoklassenspezifische Credit-Spreads, Volatilitäten und Korrelationen für CMS-Swapsätze.

Strukturierte Schuldtitel sind zu 4,7 % Level 1 und zu 95,3 % Level 2 zugeordnet.

### Besicherte Wertpapiere

Bei der KL fallen unter diese Kategorie die Asset-Backed-Securities (ABS). Die Marktwertermittlung der Asset-Backed-Securities-Produkte erfolgt durch die Value & Risk Valuation Services GmbH und basiert auf zwei wesentlichen Informationsquellen.

Dies sind zum einen die Geschäftsdaten beziehungsweise die Daten zu den hinterlegten Sicherheiten, welche die Stammdaten der Produkte darstellen und somit qualitative Aussagen über das jeweilige Geschäft erlauben.

Zum anderen sind es die prognostizierten Rückzahlungen, aus denen die Cashflows der Geschäfte abgeleitet werden und die damit den quantitativen Hintergrund zur Bewertung bilden.

Besicherte Wertpapiere sind zu 100 % Level 3 zugeordnet.

### Investmentfonds

Die Marktpreise der extern verwalteten Investmentfonds werden von der KVG gemeldet. Als Bewertungsgrundlage dient hier der Net-Asset-Value.

Auf Grund der heterogenen Zusammensetzung von Investmentfonds ist eine relative Gewichtung der verwendeten Bewertungsmethoden für die Position nicht sachgerecht.

### Darlehen und Hypotheken

Darlehen und Hypotheken werden mittels Zinsstrukturkurven (Swapkurven) unter Berücksichtigung emittenten- und risikoklassenspezifischer (gedeckt, ungedeckt, nachrangig) Credit-Spreads bewertet. Für Hypothekendarlehen wird jedoch zusätzlich eine Gewinnmarge spread-erhöhend berücksichtigt.

Darlehen und Hypotheken sind zu 100 % Level 3 zugeordnet.

### Sonstige Vermögenswerte / Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den „Sonstigen Vermögenswerten“ sind verschiedene Bilanzpositionen zusammengefasst. Dies betrifft im Wesentlichen Forderungen (Handel, nicht Versicherung) sowie Forderungen gegenüber Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler. Die Position der „Sonstigen Verbindlichkeiten“ umfasst Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler. Die zusammengefassten Bilanzpositionen der „Sonstigen Vermögenswerte und „Sonstigen Verbindlichkeiten“ werden in der Solvabilitätsübersicht gemäß IFRS grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise zum Restbuchwert oder zum Nominalwert angesetzt. Abweichungen zum IFRS-Wert begründen sich lediglich in ausweistechnischen Unterschieden.

## D.5 Sonstige Angaben

Nach aktueller Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

## E Kapitalmanagement

### E.1 Eigenmittel

#### Kapitalmanagementstrategie

Dem Zusammenspiel zwischen Kapital- und Risikomanagement kommt eine wichtige Funktion bei der Sicherstellung der Gesamtsolvabilität zu. Darüber hinaus erfordern die Volatilität der Soll- und Ist-Werte aufgrund der Verankerung des Marktwertprinzips in der Solvency II-Richtlinie sowie die Anforderung, dass der Risikokapitalbedarf jederzeit mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln zu bedecken ist, einerseits eine kontinuierliche Beobachtung der Bedeckung und andererseits ein angemessenes, zukunftsorientiertes Management der Eigenmittel. Im Rahmen des Kapitalmanagements sind mögliche Maßnahmen zu beurteilen, die einer Verbesserung oder Wiederherstellung der Eigenmittelausstattung unter Normalbedingungen sowie in Stresssituationen dienen können.

Die vorausschauende Gegenüberstellung der Kapitalanforderungen und der verfügbaren Eigenmittel über den Planungshorizont findet im mittelfristigen Kapitalmanagementplan statt.

Das Kapitalmanagement liegt – als wesentlicher Teil des Risikomanagements – in der Verantwortung des Vorstands der KL. Ein zentraler Aspekt des Kapitalmanagementprozesses stellt die Erstellung des mittelfristigen Kapitalmanagementplans dar. Die Aufgabe des Kapitalmanagementplans liegt darin, die jederzeitige Bedeckung der Kapitalanforderungen der KL zu gewährleisten. Der mittelfristige Kapitalmanagementplan berücksichtigt insbesondere folgende Aspekte:

- geplante Kapitalemissionen;
- die Fälligkeit von Eigenmittelbestandteilen unter Einbeziehung sowohl der vertraglich vereinbarten Fälligkeit als auch einer vorzeitigen Rückzahlungs- oder Tilgungsmöglichkeit;
- die Auswirkung einer Emission, Tilgung, Rückzahlung oder anderweitigen Veränderung der Bewertung

von Eigenmittelbestandteilen auf die Anrechnungsgrenzen zur Bedeckung von SCR und MCR (Tiering);

- die Anwendung und die Implikationen der Ausschüttungsstrategie;
- die Ergebnisse der im Rahmen des ORSA durchgeführten Projektionen.

Der Betrachtungshorizont des Kapitalmanagementplans ergibt sich aus dem Geschäftsplanungshorizont der KL.

Der Kapitalmanagementplan berücksichtigt die Ergebnisse der im ORSA durchgeführten Projektionen und stellt daraus die im Verlauf der Planungsperiode resultierende Entwicklung der Bedeckung dar. Der Kapitalmanagementplan spiegelt somit die Wechselwirkung zwischen der Kapitalplanung und dem Risikoprofil des Unternehmens sowie die Verzahnung der beiden Prozesse wider.

Aufgrund der gesetzlich geforderten Verzahnung des Kapitalmanagementprozesses mit dem ORSA orientiert sich die Frequenz der Aktualisierung des Kapitalmanagementplans an der Frequenz des ORSA-Prozesses. Somit ist der Kapitalmanagementplan einerseits jährlich infolge eines regulären ORSA und andererseits infolge eines ad-hoc ORSA zu aktualisieren.

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Änderungen im Hinblick auf die zugrunde gelegten Ziele, Annahmen und Maßnahmen der Kapitalmanagementstrategie.

#### Gesamteigenmittel

Die Gesamteigenmittel setzen sich aus den Basiseigenmitteln und den ergänzenden Eigenmitteln zusammen. Basiseigenmittel sind der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich des Betrages der eigenen Aktien, nicht-anzuerkennender Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten sowie vorhersehbarer Dividenden und Ausschüttungen.

Ergänzende Eigenmittel sind solche, die nicht zu den Basiseigenmitteln zählen, und die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können, sofern die Aufsicht diese nach einer Kriterienprüfung genehmigt.

Derzeit strebt die KL keine Genehmigung ergänzender Eigenmittel an.

Gemäß § 91 VAG werden die gesamten Eigenmittel je nach Ausprägung beziehungsweise Erfüllungsgrad der regulatorisch vorgegebenen Merkmale in drei unterschiedliche Klassen, sogenannte „Tiers“, unterteilt. Die Einstufung erfolgt gemäß den nachfolgenden Mindestanforderungen:

- Ständige Verfügbarkeit
- Nachrangigkeit

- Ausreichende Laufzeit

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, ob und inwieweit ein Eigenmittelbestandteil frei ist von Verpflichtungen oder Anreizen zur Rückzahlung des Nominalbetrags, obligatorischen festen Kosten und sonstigen Belastungen.

Zum Stichtag werden alle Basiseigenmittel der KL gemäß den oben genannten Kriterien als Tier 1 klassifiziert.

BASISEIGENMITTEL				
	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
<b>2018</b>				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	2.000	2.000	0	0
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	90.777	90.777	0	0
Überschussfonds	0	0	0	0
Ausgleichsrücklage	686.431	686.431	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
<b>Basiseigenmittel nach Abzügen</b>	<b>779.208</b>	<b>779.208</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>2017</b>				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	2.000	2.000	0	0
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	90.777	90.777	0	0
Überschussfonds	0	0	0	0
Ausgleichsrücklage	683.501	683.501	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
<b>Basiseigenmittel nach Abzügen</b>	<b>776.278</b>	<b>776.278</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Die Basiseigenmittel der KL setzen sich zum Stichtag aus 2.000 TEuro Grundkapital, der Kapitalrücklage gemäß § 272 HGB – enthalten in der Position „Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio“ – in Höhe von 90.777 TEuro sowie der Ausgleichsrücklage in Höhe von 686.431 TEuro zusammen. Latente Netto-Steueransprüche liegen zum Stichtag nicht vor.

Das Grundkapital wird als solches bezeichnet, sofern zum einen die Aktien direkt vom Unternehmen ausgegeben werden und zum anderen die Aktien, im Falle

der Insolvenz, einen Anspruch des Inhabers auf das Restvermögen der Gesellschaft verkörpern. Das Grundkapital der KL ist in 80.000 Stückaktien aufgeteilt.

Gemäß Solvency II wird die Ausgleichsrücklage ermittelt, indem vom Überschuss der Aktiva über die Passiva die separat ausgewiesenen Basiseigenmittel, die vom Unternehmen gehaltenen eigenen Aktien,

## Eigenmittel

vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte sowie Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten abgezogen werden.

## AUSGLEICHSRÜCKLAGE

	HGB-Wert	Umbewertung	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Gewinnrücklage/Verlustrücklage	119.470	<b>119.470</b>	-
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	6.858	<b>6.858</b>	-
Bewertungsunterschiede	-	<b>560.103</b>	-
Anlagen	1.190.952	236.702	1.427.654
Sonstige Vermögenswerte	376.904	-117.233	259.671
Vt. Rückstellungen	1.229.019	563.423	665.596
Überschussfonds / freie RfB	0	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	119.731	-1.355	121.086
Latente Steuerschulden nach Saldierung	0	-121.435	121.435
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	-	<b>0</b>	0
<b>Ausgleichsrücklage</b>		<b>686.431</b>	

In der Ausgleichsrücklage sind die Bewertungsdifferenzen beziehungsweise überschießenden Eigenmittelpositionen der HGB-Bilanz im Vergleich zur Bewertung nach Solvency II erfasst. Die Ausgleichsrücklage enthält zum Stichtag unter anderem die Gewinnrücklage nach HGB in Höhe von 119.470 TEuro, den Bilanzgewinn in Höhe von 6.858 TEuro, sowie Anpassungen durch Neubewertung der Kapitalanlagen (236.702 TEuro) und der versicherungstechnischen Rückstellungen (563.423 TEuro). Die Umbewertung der sonstigen Verbindlichkeiten beinhaltet ebenfalls die unter HGB zu bilanzierenden Schwankungsrückstellungen (97.680 TEuro) und ähnliche Rückstellungen, welche unter Solvency II in der Ausgleichsrücklage als Eigenmittel angesetzt werden. Die Veränderung der sonstigen Vermögensgegenstände (117.233 TEuro) umfasst im Wesentlichen die Umbewertung der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen. Weiterhin liegen latente Steuerschulden nach Saldierung in Höhe von 121.435 TEuro vor, welche unter HGB nicht angesetzt werden.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Wert der Ausgleichsrücklage um 0,4 % verändert.

## Anrechnungsfähige Eigenmittel

Zur Bestimmung der anrechnungsfähigen Eigenmittel sind neben der Eigenmitteltüte zusätzlich quantitative Anforderungen an die Zusammensetzung der zur Bedeckung heranzuziehenden Eigenmittel zu beachten. Dabei ist grundsätzlich zwischen Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des SCR und Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des MCR zu unterscheiden. Da zum Stichtag die Eigenmittelbestandteile vollständig als Tier 1-Eigenmittel klassifiziert werden, kommen die quantitativen Anrechnungsgrenzen zur Bedeckung des SCR und MCR nicht zum Tragen.

<b>ANRECHNUNGSFÄHIGE EIGENMITTEL</b>				
	<b>Gesamt</b>	<b>Tier 1</b>	<b>Tier 2</b>	<b>Tier 3</b>
<b>2018</b>	<b>in TEuro</b>	<b>in TEuro</b>	<b>in TEuro</b>	<b>in TEuro</b>
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	779.208	779.208	0	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	779.208	779.208	0	0
<b>2017</b>				
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	776.278	776.278	0	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	776.278	776.278	0	0

### Vergleich zum HGB-Eigenkapital

Die Unterschiede zum HGB-Eigenkapital umfassen zum Stichtag im Wesentlichen die in der Ausgleichsrücklage enthaltenen Umbewertungen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einschließlich der latenten Netto-Steueransprüche (560.103 TEuro). Die Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen beziehen sich auf Bewertungs- und Ansatzunterschiede zwischen HGB und Solvency II. Die Berechnung der Schadenrückstellungen für die Bereiche Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung) erfolgt unter Solvency II nach den marktkonformen Prinzipien des besten Schätzwerts, die den Wert im Vergleich zu HGB reduzieren und sich in Höhe von 552.716 TEuro positiv auf die Eigenmittel auswirken. Zusätzlich werden die Schwankungsrückstellungen gemäß HGB (97.680 TEuro) unter Solvency II als Eigenmittel angesetzt. Die Prämienrückstellung (-21.602 TEuro) als Bilanzgröße für noch nicht eingetretene Verpflichtungen wirkt sich positiv auf die Eigenmittel unter Solvency II aus. Diese weist einen ähnlichen Charakter wie die Rückstellungen für Beitragsüberträge und Drohverlustrückstellungen unter HGB auf. Unterschiede zur Bewertung unter HGB ergeben sich aufgrund des Ansatzverbots für nicht realisierte Gewinne unter HGB nach dem Realisationsprinzip. Der Beste Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen für den Bereich Lebensversicherung führt im Vergleich zur Rentendeckungs-Rückstellungen nach HGB zu einer Verringerung der Eigenmittel. Weiterhin resultiert der Ansatz einer Risikomarge

(89.655 TEuro) in einer zusätzlichen Verpflichtung unter Solvency II.

Insgesamt ergeben sich anrechnungsfähige Eigenmittel in Höhe von 779.208 TEuro.

### E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Der Solvenzkapitalbedarf (SCR) wird im Standardmodell unter dem Grundsatz der Unternehmensfortführung so ermittelt, dass alle quantifizierbaren Risiken, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, berücksichtigt werden. Er wird als Value at Risk (VaR) zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % über einen Zeitraum von einem Jahr berechnet.

Grundsätzlich folgt die Berechnung des SCR einem modularen Aufbau. In dieser Struktur werden Risiken, die einen ähnlichen Ursprung aufweisen, zu sogenannten Risikomodulen zusammengefasst, wobei bei der KL folgende Risiken berücksichtigt werden:

- Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
- Lebensversicherungstechnisches Risiko
- Marktrisiko
- Gegenparteausfallrisiko
- Operationelles Risiko

Die jeweiligen Risikomodule setzen sich zusätzlich aus verschiedenen Subrisikomodulen zusammen. Für diese werden die jeweiligen Kapitalanforderungen

Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

bestimmt und anschließend zum SCR der übergeordneten Risikokategorie aggregiert. Gemäß diesem Aufbau werden die einzelnen Risikokategorien zur sogenannten Basissolvvenzkapitalanforderung (Basis-SCR) aggregiert. Um anschließend das Gesamt SCR zu ermitteln, wird einerseits die Kapitalanforderung für operationelle Risiken zum Basis-SCR hinzuge-rechnet und andererseits wird der Einfluss risikomindernder Effekte (Verlustrückstellungen der latenten Steuern) berücksichtigt.

Für die aktuelle Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen werden, außer für das Gegenparteiausfallrisiko, keine vereinfachten Berechnungen verwendet. Im Gegenparteiausfallrisiko wird zwischen zwei Typen unterschieden: Derivate, Sichteinlagen und Rückversicherungsverträge werden in einem rating-basierten Ansatz als Typ-1-Exponierungen behandelt, für Hypothekendarlehen und Außenstände wird als Typ-2-Exponierungen eine vereinfachte Berechnung verwendet. Die jeweiligen Risikobeiträge werden mit einem Varianz-Kovarianz-Ansatz zum SCR des Moduls aggregiert.

Für die aktuelle Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen werden keine unternehmensspezifischen Parameter angewendet.

Die Basissolvvenzkapitalanforderung (BSCR) beträgt zum Stichtag 377.625 TEuro. Die Ermittlung erfolgt durch Aggregation der Risikomodule mittels einer Wurzelformel sowie einer vorgegebenen Korrelationsmatrix, welche die Abhängigkeiten der Risikomodule berücksichtigt. Der daraus entstehende Diversifikationseffekt beträgt 91.324 TEuro. Das SCR der KL setzt sich aus dem BSCR und dem operationellen Risiko (OpRisk) in Höhe von 26.820 TEuro zusammen, abzüglich der Risikominderung durch die latenten Steuern in Höhe von 121.435 TEuro und beträgt somit 283.011 TEuro. Das MCR liegt bei 107.102 TEuro, dies entspricht 37,8 % des SCR-Wertes. Die Aufteilung des SCR auf die einzelnen Risikokategorien kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

SCR / MCR	
	IST 2018
	in TEuro
Marktrisiko	166.593
Gegenparteiausfallrisiko	4.901
Lebensversicherungstechnisches Risiko	502
Krankenversicherungstechnisches Risiko	0
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	296.954
Diversifikation	-91.324
Risiko immaterielle Vermögenswerte	0
<b>Basissolvvenzkapitalanforderung</b>	<b>377.625</b>
Operationelles Risiko	26.820
Verlustrückstellungen der versicherungstechnischen Rückstellungen	0
Verlustrückstellungen der latenten Steuern	-121.435
<b>Solvvenzkapitalanforderung</b>	<b>283.011</b>
<b>Mindestkapitalanforderung</b>	<b>107.102</b>

Das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko nimmt mit 296.954 TEuro die größte Risikoposition der KL ein, gefolgt vom Marktrisiko mit 166.593 TEuro und dem Gegenparteiausfallrisiko von 4.901 TEuro.

Zum Stichtag liegen ausreichende Eigenmittel zur Bedeckung des Risikokapitals des Unternehmens vor. Die aufsichtsrechtliche Bedeckungsquote des SCR liegt bei 275 %, die des MCR bei 728 %. Die sehr gute Bedeckungsquote wird dabei auch ohne Anwendung der genehmigungspflichtigen Instrumente der Übergangsmaßnahmen und der Volatilitätsanpassung erreicht.

Aufgrund aufsichtsrechtlicher Anforderungen gemäß DVO Artikel 297 Abs. 2 a sind wir zu folgender Aussage verpflichtet: Der endgültige Betrag der Solvenzkapitalanforderung unterliegt noch der aufsichtlichen Prüfung.

### E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls

## **Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung**

Die Durationsmethode für das Aktienrisiko wird bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung nicht angewendet.

### **E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen**

Ein internes Modell kommt bei der KL nicht zur Anwendung.

### **E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung**

Zum Bilanzstichtag und während des Berichtszeitraumes lag stets eine ausreichende Bedeckung des SCR sowie MCR vor. Gegenwärtig sind keine Risiken bekannt, die zu einer Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung oder Mindestkapitalanforderung führen.

### **E.6 Sonstige Angaben**

Nach derzeitiger Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

# Abkürzungsverzeichnis

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS (I/III)

A.o. Abschreibungen	Außerordentliche Abschreibungen	bzw.	beziehungsweise
ABS	Asset-Backed-Securities	CA	Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft
Abs.	Absatz	ca.	circa
abzgl.	abzüglich	CAA	Commissariat aux Assurances
AG	Aktiengesellschaft	CDL	Condor-Dienstleistungs GmbH
AktG	Aktiengesetz	CL	Condor Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
ALV	Arbeitslosigkeitzusatzversicherung	CMS	Constant Maturity Swaps
ALM	Asset-Liability-Management	CRA	Credit Rating Agency
Art.	Artikel	CVA	Credit Valuation Adjustment
AU	Arbeitsunfähigkeitsversicherung	DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e.V.
AUZ	Aktuarieller Unternehmenszins	DB	Direktionsbetrieb
AWV	Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung	DBO	Defined Benefit Obligation
ATZ	Altersteilzeit	DeckRV	Deckungsrückstellungsverordnung
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	DIIR	Deutsches Institut für Interne Revision
BÄK	Bundesärztekammer	DQ	Data Quality
bAV	betriebliche Altersvorsorge	DVO	Durchführungsverordnung
BCM	Business Continuity Management	DZ BANK AG	Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
BKA	Bundeskriminalamt	e.V.	eingetragener Verein
BKK	Betriebskrankenkasse	EDV	Elektronische Datenverarbeitung
bKV	betriebliche Krankenversicherung	EFSF	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
BLU	Bestandssystem Leben Unfall	EG	Europäische Gemeinschaft
BoS	Board of Supervisors	Einford.	Einforderbar
BP	Basispunkte	EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
BSCR	Basis SCR	Erfa	Erfahrungsaustausch
BSM	Branchensimulationsmodell	ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus
bspw.	beispielsweise	etc.	et cetera
BU	Berufsunfähigkeitsversicherung	EU	Europäische Union
BUC	Berufsunfähigkeitsversicherung Chemie	EUR	Euro
BUZ	Berufsunfähigkeitszusatzversicherung	EVT	Ertragsschadenversicherung Tier
bzgl.	bezüglich	EWU	Europäische Währungsunion

**ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS (II/III)**

EZB	Europäische Zentralbank	KV	Krankenversicherung
FD	Filialdirektion	KWG	Kreditwesengesetz
FLV	Fondsgebundene Lebensversicherung	LA	Lenkungsausschuss
Fondsgeb.	Fondsgebunden	LAZ	Lebensarbeitszeit
FRV	Fondsgebundene Rentenversicherung	lfd.	laufend
GA	Generalagentur	LSA	Loi du 7 decembre 2015 sur le secteur des assurances
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles	LV	Lebensversicherung
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	LVRG	Lebensversicherungsreformgesetz
ggf.	gegebenenfalls	MARS	Maklerabrechnungssystem
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung	MCR	Minimum Capital Requirement (Mindestkapitalanforderung)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Mgm.	Management
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte	nAd	nach Art der
GPAR	Gegenparteiausfallrisiko	NAV	NetAsset Value
grds.	grundsätzlich	NPP	Neue-Produkte-Prozess
GWG	Geldwäschegesetz	Nr.	Nummer
HGB	Handelsgesetzbuch	o.ä.	oder ähnliches
HRB	Handelsregister Abteilung B	OpRisk	Operationelles Risiko
HUR	Haftpflcht-Unfallrenten	OEDIV	Oetker Daten- und Informationsverarbeitung KG
HZV	Haftpflcht-Zusatzversicherung	ORSA	Own Risk and Solvency Assessment
i.R.	in Ruhestand	OTC	Over-the-counter
IAS	International Accounting Standards	pAV	private Altersvorsorge
IDD	Insurance Distribution Directive	PG	Patentgesetz
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.	PKV	Private Krankenversicherung
IFRS	International Financial Reporting Standards	PUMA	Portale und mobiler Arbeitsplatz
IIA	Institute of Internal Auditors	PSG	Pflegestärkungsgesetz
IKS	Internes Kontrollsystem	QPPM	Quasi Peak Programme Meter
IRKS	Integrierte Risiko- und Kapitalsteuerung	QRT	Quantitative Reporting Templates
ISRK	Interne Schadenregulierungskosten	OSN	Overall Solvency Needs
KV	Krankenversicherung	R+V	Hier: R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe
KoSt	Koordinierungsstelle	R4/2011	BaFin Rundschreiben 4/2011

### ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS (III/III)

RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen	u.a.	unter anderem
Reg. CAA	Règlement du Commissariat aux Assurances N° 15/03 vom 7. Dez. 2015	Überschussf.	Überschussfonds
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung	UBR	Unfallversicherungsgeschäft mit Beitragsrückgewähr
RMF	Risikomanagementfunktion	üG	übernommenes Rückversicherungsgeschäft
RSR	Regular Supervisory Report	UFR	Ultimate Forward Rate
RV	Rückversicherung	U-Kasse	Unterstützungskasse
RVA	R+V Allgemeine Versicherung AG	USA	Vereinigte Staaten von Amerika
RVK	R+V Krankenversicherung AG	USD	US-Dollar
RVL	R+V Lebensversicherung AG	usw.	und so weiter
RVLux	R+V Luxembourg Lebensversicherung S.A.	UZV	Unfallzusatzversicherung
RVV	R+V Versicherung AG	VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
RZ	Rechenzentrum	VAG a.F.	Versicherungsaufsichtsgesetz alte Fassung
RZV	Risikozusatzversicherung	VaR	Value at Risk
S.A.	Società Anonima	Verbindl.	Verbindlichkeiten
S&P	Standard and Poor's	VMF	Versicherungsmathematische Funktion
saG	selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	VT	Versicherungstechnik
SAP FS-CD	SAP Financial Services Collections and Disbursements	Vt.	Versicherungstechnisch
SAP FS-ICM	SAP Financial Services Incentive and Commission Management	VTV	Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
SATEC	Nationalen Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien des Großherzogtums Luxemburg	VV-KR	Bereich Konzern-Revision der R+V
SCR	Solvency Capital Requirement (Solvenzkapitalanforderung)	VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
SFCR	Solvency and Financial Condition Report	VVG	Versicherungsvertragsgesetz
SII	Solvency II	VVS	Vertriebsverwaltungssystem
sog.	sogenannte	WertV	Wertermittlungsverordnung
SPV	Soziale Pflegeversicherung	z.B.	zum Beispiel
SRK	Schadenregulierungskosten	ZÜB	Zukünftige Überschussbeteiligung
SV	Schadenversicherung	ZÜRS	Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen
SVG	Selbstverwaltungsgesetz		
SWOT	Strength-Weaknesses-Opportunities-Threats		
TEuro	Tausend Euro		
TV	Television		